

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Die Feiern
setzen eine Meile
aus dem Stall

Deutsche Rechtschreibung: Weshalb Reformen
ihren fortschreitenden Niedergang nicht aufhalten können.



Stefan Hüppe: Schule ein Stück weit neu erfinden
Bildung 2017: Kulturhoheit der Länder auf dem Prüfstand
dbb rheinland-pfalz: Dem Hass keine Chance
Schule und Recht: Umgang mit Passwörtern
VRB vor Ort: Miteinander – Füreinander
Klartext: Landesregierung verliert Maß

Inhalt

Ausgabe Oktober 2017

Titelthema

- **Rechtschreibreform: Der „Grislibär“ ist passé** 6

Bildungspolitik

- **VRB-Interview:** Im Gespräch mit Stefan Hüppe:
„Wir müssen Schule ein Stück weit neu erfinden!“ 10

Pinnwand 13

Neue Bertelsmann-Studie:
Deutschlands Schulen stehen vor Schüler-Boom 14

Bertelsmann-Stiftung: Grund zum Jubeln oder zum Jammern? 16

Buchhinweis: Josef Kraus – Wie man eine Bildungsnation
an die Wand fährt 17

Offener Brief: Jochen Ring schreibt an Martin Spiewak,
Redakteur „Die Zeit“ 18

DL-Präsident Josef Kraus zieht Bilanz nach 30 Jahren Amtszeit 19

- **Wahljahr 2017:** Kulturhoheit der Länder auf dem Prüfstand 20

Interview aus dem Archiv: Helmut Kohl und Schule 22

VRB-Verbandsarbeit

Pinnwand 23

VRB-Stellungnahme: Landesgesetz zur Anpassung
der Besoldung und Versorgung 2017/2018 23

- **dbb-rheinland-pfalz:**
Dem Hass keine Chance: Demokratisch handeln – Haltung zeigen! 24

Sommertagung Landeshauptvorstand:
Wahlanalyse und verbandspolitische Impulse 26

PISA-Studie: Mobbing macht Schule zur Qual 27

VRB-Interview: Die Landesvorsitzenden Karen Claasen (Saarland)
und Timo Lichtenthäler (Rheinland-Pfalz): Erfordert guter
Unterricht die Nutzung digitaler Medien? 28

VRB-Pressemitteilung:
Fehlstarts zum Schuljahresbeginn vermeiden 30

Wofgang Seebach: An Weichenstellungen mitgewirkt 31

Jahrestagung Seniorenvertretung VDR-Bund:
Kernthema Beamtenversorgung 32

Schule in Rheinland-Pfalz

Pinnwand 34

Landeselterntag 2017:
Eltern wünschen eine bessere Unterrichtsversorgung 35

VRB-Gespräch mit der ADD-Spitze: Informationskampagne
kann Schulentwicklungsarbeit nicht ersetzen! 36



10
Interview
Stefan Hüppe



20
Bundestagswahlen 2017

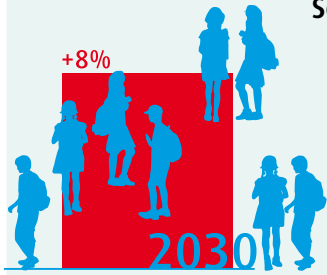


36 VRB und ADD im Gespräch

54
Wettbewerb
„Starke Schule“
Zwei Schulen aus Rheinland-Pfalz
belegen Siegerplätze.
Saskia Zimmermann sah sich für
RBiRP die Konzepte vor Ort an.

Schüler-Boom?

Glaubt man der Bertelsmann-Studie, müssen Schulen in Deutschland mit einem Schüler-Boom rechnen.



14

40



Antonia Defeu:
Vom Umgang mit Passwörtern



Gehirnforscher Professor Manfred Spitzer äußert sich im Gespräch mit Wolfgang Wünschel zum Thema Digitalisierung.

46

KlarText!

Michael Eich spricht KlarText:

Mit der Wertschätzung ist es leider nicht weit her!

64

Schule und Recht

Pinnwand 39

Recht an Schulen: Umgang mit Passwörtern 40 ◀

Beruf Lehrer

Pinnwand 43

VRB-Stellungnahme: Neufassung Dienstordnung 44

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand 45

VRB-Interview: Im Gespräch mit Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer: „Digitale Bildung gibt es nicht“ 46

Psychologie-Studentinnen: „Es war uns wichtig, uns zu verabschieden“ 48

VRB-Stellungnahme: Lehrplänenwurf für das Fach Musik in der Sekundarstufe I 49

VRB-Bezirke

Bezirk Koblenz

Delegiertentag: Eine erfolgreiche Veranstaltung mit Mehrwert und Zukunftspotenzial 50

Besuch an der IGS Maifeld in Polch: Profil und Herausforderungen einer Schule im Aufbau 51

Technologie im Klassenzimmer: „Lord Of The Board“ – Smartboard-Schulung für LAA 52

Bezirksvorstand auf dem Uni-Campus in Koblenz: „Fit für den Vorbereitungsdienst“ 53

Bezirk Neustadt

VRB vor Ort: „Starke Schule“ 54 ◀

Ausstellungsbesuch: Die Geschichte des Papsttums von der Antike bis zur Renaissance 56

Umzug: Seminar Mainz nach Wallertheim verlegt 56

Bezirk Trier

VRB-Delegierte im Dialog: Kindeswohlgefährdung verhindern 55

Geburtstagsbesuch bei Reinhold Wacker 63

Termine, Service und Internes

Trauer um Wolfgang Friebe 59

Vorankündigung: 8. Ingelheimer Fachkongress 59

Feedback an die Redaktion 59

Geburtstagswünsche 60

Vorschau auf das nächste Heft 61

Impressum 61

VRB-Handbuch für Lehrkräfte: Vorschau auf die 57. Ergänzung 64

KlarText!

Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz: Wir vermissen echte Wertschätzung! 62 ◀

Wahljahr 2017: „Bildung“ ist wieder ein Thema



Das Wahljahr 2017 brachte auf Länderebene manche Überraschung. Auch die Bundestagswahl stand unter dem Thema Bildung. Timo Lichtenthäler zeigt sich in seinem Leitartikel dankbar für die Vorlagen der Bundespolitik, denn jetzt sind die Landesregierung und die sie tragenden Parteien gefordert, die bundespolitischen Versprechen in der Landespolitik zu verankern. Klar ist: Ohne zusätzliche Investitionen im Bildungsbereich wird es nicht gehen!

Re-Reform Rechtschreibung

Kürzlich ist das Regelwerk zur deutschen Rechtschreibung aktualisiert worden. Sein Umfang ist überschaubar. Es wird – im Gegensatz zur Reform von 2006 – von Lehrkräften und Schülern gut zu verkraften sein. Wir haben die Re-Reform der Rechtschreibung zur Titelgeschichte gemacht, weil wir den Blick auf das eigentliche Problem der deutschen Rechtschreibung lenken möchten: ihren fortschreitenden Niedergang.

Gesprächsimpulse

Wir berichten über interessante und impulsstarke Gespräche mit Menschen aus den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft.

Manfred Spitzer, der renommierte Gehirnforscher und Bestseller-Autor (Beispiele: „Digitale Demenz“ und „Cyberkrank“) fordert, hinsichtlich der Effekte digitaler

Medien in der Bildung wachsam und kritisch zu bleiben. Wichtig für die Entwicklung des Sozialverhaltens sei es, dass man Sozialverhalten auch tatsächlich einige Stunden pro Tag wirklich erlebe. Man könne es nicht am Bildschirm lernen.

Stefan Hüppe leitet die Ausbildung und Personalentwicklung der Firmengruppe Boehringer Ingelheim. Im Interview antwortete er auf die Frage, was er ändern würde, wenn er an den schulpolitischen Stellschrauben drehen könnte, dass sich die berufliche Biografie eines Lehrers nicht gänzlich auf die Schule beschränken sollte.

Die sogenannte Informationskampagne zur Stärkung der Realschule plus werde zu wenig tatkräftig unterstützt und z.B. kaum durch gezielte Schulentwicklungsarbeit flankiert. Das bemängelte der VRB in einem Gespräch mit dem ADD-Präsidenten Thomas Linnertz und der Leiterin der Schulabteilung Brigitte Fischer.

In einem Interview mit der saarländischen und mit dem rheinland-pfälzischen VRB-Landesvorsitzenden wird die Frage erörtert, ob guter Unterricht zwangsläufig eine stärkere Nutzung digitaler Medien erfordert.

Abschiede

Über mehrere Ausgaben hinweg haben wir drei Landauer Psychologiestudentinnen begleitet, die sich zwei Jahre lang in der ehrenamtlichen Sprachförderung für Migrantenkinder engagiert haben. Heute verabschieden wir uns von ihnen. Alle drei sind sich rückblickend einig: die Arbeit mit den Kindern ist zwar manchmal anstrengend gewesen, aber war stets eine persönliche Bereicherung und eine Abwechslung zum Studium.

Josef Kraus war 30 Jahre Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Im jüngsten seiner zahlreichen Bücher („Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“) setzt er sich pointiert mit den Phänomenen der Bildungs- und Schulpolitik der letzten Jahrzehnte auseinander. Wir drucken einen Auszug aus einer Rezension Max Laveuves ab, in der es zum einen um den Autor

Josef Kraus und zum anderen exemplarisch um die Rolle der Bertelsmann-Stiftung geht.

Und es gibt noch mehr in dieser Ausgabe zu entdecken.

Stellungnahmen. Kritisch auseinandergesetzt haben wir uns mit dem Entwurf eines Landesgesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und mit dem Entwurf einer neuen Dienstordnung.

Passwörter. Im Umgang mit Passwörtern und bei möglichem Missbrauch von Passwörtern zeigen sich bei den Betroffenen häufig Unkenntnis und Unsicherheit. Zusammen mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu tragen wir im Austausch über konkrete Fälle aus der Schulwirklichkeit zur Klärung bei.

Studien. Es gibt zwei aktuelle Studien. Die eine prognostiziert einen Schülerboom, die andere kritisiert den Einfluss der sozialen Herkunft auf die Bildungsabschlüsse.

VRB vor Ort. Die Bezirksvorstände besuchen Schulen, informieren sich über deren Profile und nehmen sich der Themen an, die die Kolleginnen und Kollegen beschäftigen.

Vormerken. Der Fachkongress 2018 findet am 8. März in Ingelheim statt. Er befasst sich mit „Schule im europäischen Kontext.“ Hauptredner ist der Journalist Udo van Kampen.

Klartext. Michael Eich hält der Landesregierung vor, bei der Beanspruchung der Lehrkräfte das Maß zu verlieren und dadurch Vertrauen zu verspielen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr



Bundestagswahl 2017 – Glaubwürdigkeit der Bildungspolitik in der Beweispflicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2017 hatte in Sachen Wahlen einiges zu bieten.

Personalratswahlen

Die Personalratswahlen an den Schulen im Mai standen im Zeichen der VRB-Themen Arbeitsplatz, Wertschätzung und Unterrichtsqualität. Über unsere Verbandsziele, Forderungen, über die Ergebnisse der Personalratswahlen und die enge Zusammenarbeit zwischen den dbb-Lehrerverbänden haben wir Sie in unseren Ausgaben drei und vier sowie in der Extraausgabe im Juni bereits ausführlich informiert.

Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2017 waren unter anderem bildungspolitische Fragen für den Wahlausgang entscheidend. Die Politik musste z. B. beim Thema Inklusion begreifen, dass man Lehrkräfte und Schulen nicht überfordern darf.

Bildungspolitik war zentrales Thema des Bundestagswahlkampfes

Der Bundestagswahlkampf war, obwohl Bildungspolitik ein Hoheitsgebiet der Länder ist, eben auch ein bildungspolitischer Wahlkampf. Themen wie Schulbau, Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung im Bildungsbereich und befristete Zeitverträge erhielten einen hohen Stellenwert. Es bleibt abzuwarten, inwiefern Bildungsthemen seitens der zukünftigen Regierungsparteien auch nach der Wahl noch hohe Priorität beigemessen werden. Wir werden genau hinschauen.

Investitionen in Bildung

Wir haben uns in den vergangenen Jahren bei den Politikern im Lande immer wieder Gehör verschafft, wenn es um die befristeten Zeitverträge der Lehrerinnen und Lehrer, wenn es um mehr Investitionen im Bildungsbereich und wenn es um den Ausbau des digitalen Netzes an unseren Schulen ging. Wir werden bald erkennen können, ob wir in diesen Anliegen auch in Nach-Wahlzeiten tatsächlich vor einem Durchbruch stehen.

Kooperationsverbot auf dem Prüfstand

Fakt ist, dass die Bundespolitik aus der Vergangenheit nicht gelernt hat und Ziele formuliert, die mit dem geplanten Bildungshaushalt, wenn überhaupt, wieder nur halbherzig realisiert werden können. Zu viele Baustellen sind – zu Lasten der Bundesländer – noch unbearbeitet oder erst gar nicht angefangen worden.

Der Hauptgrund hierfür liegt in der Zuständigkeit der Länder in Bildungsfragen, die durch das Grundgesetz fest verankert ist. Damit verknüpft ist auch die Verpflichtung, die notwendigen Finanzierungen durch die Länderhaushalte zu gewährleisten. Es zeichnet sich ab, dass die Länder nicht gewillt oder in der Lage sind, die notwendigen Finanzierungen im Bildungsbereich zu schultern.

Um die Finanzierbarkeit zu erleichtern, steht das sogenannte Kooperationsverbot zur Diskussion. Es gibt politische Lager, die das Kooperationsverbot ganz aufheben wollen. Die bisher geführte Diskussion über die Auflockerung des Kooperationsverbots kann nicht überzeugen. Sie wird zu sehr unter den Aspekten zusätzlicher Investitionen für den Bildungsbereich durch den Bundeshaushalt geführt. Welche Begehrlichkeiten diese Diskussion um das Kooperationsverbot wecken kann, konnten wir im Wahlkampf erkennen.

Bildungspolitik ist Ländersache

Wir haben für Sie in dieser Ausgabe aus den Wahlprogrammen die Positionen der Parteien zur Kulturhoheit der Länder herausgefiltert. Es wurden wieder einmal große Versprechungen getätigt, an deren Einhaltung sich die Parteien messen lassen müssen.

Für uns ist und bleibt Bildungspolitik Ländersache. Im Land spielt die Musik! Wir sind allerdings erstaunt, dass die Bildungspolitiker im Land kaum Stellung bezogen haben. Wir werden sehr deutlich nachfragen, welche Positionen sie einnehmen. Wegducken gilt nicht.



Schief lagen in den Besoldungen beseitigen!

Die Wahlprogramme machen deutlich, welche Prioritäten im Bildungsbereich zu setzen sind. Aber auch für uns Lehrerinnen und Lehrer steht einiges auf dem Spiel. Ich nenne hier nur die Besoldung und die Diskussion um die Einführung einer Bürgerversicherung.

Die Bundesparteien haben im Wahlkampf 2017 in Sachen Bildung hohe Erwartungen geweckt. Jetzt sind die Landesregierung und die sie tragenden Parteien gefordert, die Vorgaben der Bundesparteien und -politiker in der Landespolitik zu verankern. Klar ist: Ohne zusätzliche Investitionen im Bildungsbereich wird es nicht gehen!

Ihr

Timo Lichtenthafer

Der „Grislibär“ ist passé

Nein, wir haben nicht etwa einen weiteren Problembären seines Reviers vertrieben. Vielmehr kehrte der Rat für deutsche Rechtschreibung in seiner Aktualisierung des Regelwerkes bei zwei Dutzend Fremdwörtern zur alten Schreibweise zurück – und Meister Petz schreibt sich wieder: Grizzlybär.



Im Dezember 2016 legte der Rat für deutsche Rechtschreibung der Kultusministerkonferenz (KMK) seinen neuesten Bericht zur Weiterentwicklung der deutschen Rechtschreibung vor. Mittlerweile hat der Rat in seiner Pressemitteilung vom 29. Juni 2017 mitgeteilt, dass die Änderungen im Regelwerk „von den zuständigen staatlichen Stellen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, dem Fürstentum Liechtenstein, der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens bestätigt und damit wirksam geworden“ sind. Der 27-seitige Bericht und das gesamte aktualisierte Regelwerk finden sich auf der Webseite des Rates unter www.rechtschreibrat.com.

Die KMK hat die Regeländerungen „abgenickt“

So wie 2006 bei der ersten großen Rechtschreibreform war es sicher keine leichte Aufgabe die oben genannten Länder und deren Kultusbehörden unter einen Hut zu bringen. Christian Stang, der als Mitglied der Orthografie- und Normberatungsstelle der Universität Regensburg als „Papst der deutschen Rechtschreibung“ gilt, vermutete aber zu Recht, dass die KMK „das leidige Thema“ abnicken würde (vgl. Heike Schmolz: Ein Handwerker unter Akademikern, FAZ vom 2.6.2017). So geschah es denn auch. Tatsächlich ist der Umfang der Regeländerungen überschaubar. Neben einer begrenzten Zahl von Wörtern, einigen präziser gefassten Regeln zur Groß- und Kleinschreibung oder zur Verwendung des Bindestrichs (siehe Überblick über die wichtigsten Regeländerungen auf Seite 9) ist die Großschreibung des „ß“ die Änderung, die beim Publikum die größte Aufmerksamkeit fand. Der Buchstabe schaffte es am 29. Juni 2017 sogar in die Heute-Sendung des ZDF.

Bedeutung der Re-Reform

Das große „ß“, etwas dickbäuchiger als das kleine ß, ist natürlich auf der Tastatur des PC noch nicht vorhanden, lässt sich aber mit der Tastenkombination 1E9E, Alt C erzeugen. In einer Glosse der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) wird der neue Buchstabe wegen seiner Ähnlichkeit mit dem kleinen ß sogar als typographische „Untat“ des Rechtschreibrates bezeichnet (apl: FAZ 1.7.2017, S. 11). An dem neuen Buchstaben lässt sich aber cum grano salis die Bedeutung der Re-Reform der Recht-

Dritter Bericht des Rats für deutsche Rechtschreibung und die Aktualisierung des Regelwerks der deutschen Rechtschreibung.

Das eigentliche Problem der deutschen Rechtschreibung ist ihr fortschreitender Niedergang.

schreibung einschätzen, kurz gesagt, sie ist nicht besonders groß. Das gilt auch für die Schule, für die der o.g. Christian Stang „keine Korrekturänderungen“ sieht. Wie sollte sie auch. Das große ESZETT ist wohl eher etwas für die Werbebranche, Designer oder Namen in Personalausweisen und nur eine „Kann-Regel“ neben dem großen Doppel S. Auch die Klein- oder Großschreibung von Adjektiven bei Substantiven hängt von der Bedeutung ab, die ihnen ein Textverfasser zuschreibt, wie in der goldenen oder Goldenen Hochzeit der Großeltern. Auch der „Grislibär“ ist in den vergangenen Jahren wohl kaum in den Rechtschreibdiktaten (wenn solche überhaupt noch geschrieben wurden) der Schüler aufgetaucht, er wird wie die „Wandalen“ nicht vermisst werden. Der Bindestrich, der zukünftig bei der Ex-Frau und dem Co-Trainer erlaubt ist, wird den Schülern ebenfalls kein Kopfzerbrechen bereiten.

Steht der Aufwand im Verhältnis zur Reform?

Das eigentliche Problem der deutschen Rechtschreibung, nämlich deren fortschreitender Niedergang, wird ohnehin kaum von der Weiterentwicklung der Rechtschreibreform bestimmt. Diese Reform ist sicher kein „Flop“, wie manche ihrer Kritiker boshaft behaupten, sie ist bestimmt in dem einen oder anderen Fall hilfreich.

Ob sie allerdings den Aufwand rechtfertigt, darüber gab es von Beginn an unterschiedliche Meinungen. Hans Peter Meidinger, der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, sagte dazu in einem Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden des Rechtschreibrates Josef Lange im Deutschlandfunk (10.08.2016), dass es auf Grund der vielen Kompromisse und dem „was übrig geblieben ist“ den großen Aufwand „wohl nicht mehr wert“ war. „Es hätte auch genügt, wenn man ... immer wieder maßvolle Anpassungen vornimmt“. Lange sieht das natürlich anders: „Die Behauptung, die Rechtschreibreform sei ein Flop, ist eine polemische Übertreibung“. Er sieht die Funktion des Rechtschreibrates in der Beobachtung der rasanten Sprachentwicklung, die ständige Normentscheidungen verlangt, etwa ob es „downgeloaded“ oder „gedownloaded“ heißen soll, oder gar beides. Beide sind sich einig, dass die auf allen Gebieten zu beobachtenden Mängel in der Rechtschreibung letztendlich auf die Geringschätzung zurückzuführen ist, die sie im Zeitalter



der Computer und des Internets, in den Medien, in den Kurzmitteilungsdiensten, den Internet-Blogs aber auch in der Schule erfährt. Über schludrig lektorierte Romane, über häufige Fehler auch in seriösen Zeitungen und vor allem über groteske Rechtschreibfehler in Internet-Blogs regt sich kaum noch jemand auf. Da schaffen offensichtlich auch die Rechtschreibprogramme der Computer keine Abhilfe, die vor allem bei der Grammatik versagen.

Die Ursachen für das Siechtum einer Kulturtechnik

Zum Thema Rechtschreibung im Allgemeinen und deren Zustand in Rheinland-Pfalz im Besonderen hat sich der Verband Reale Bildung in Rheinland-Pfalz bereits vor vier Jahren ausführlich geäußert. (Rechtschreibung – vom Niedergang einer Kulturtechnik: Reale Bildung in Rheinland-Pfalz 3/2013 und 1/2014). Von den damals aufgezeigten Ursachen des „Siechtums“ der Rechtschreibung seien hier noch einmal die wichtigsten genannt:

- Das häufige Mailen, Simsen und Chatten im Internet, wobei sowohl Schüler als auch Erwachsene kaum auf die Rechtschreibung achten.
- Gestützt auf die Lehrpläne und andere Richtlinien legen Lehrkräfte, auch Deutschlehrer, mehr Wert auf das Lesen und eine kreative Sprachproduktion. Die Anzahl von benoteten Diktaten und deren Berücksichtigung bei der Gesamtnote wurde reduziert. Fachlehrer nehmen kaum noch Notiz von Rechtschreibfehlern.
- Umstrittene Methoden des Lese- und Schreibunterrichts wie das „Schreiben nach Gehör“ führen zu Defiziten, die vor allem von Schülern mit „restringiertem Sprachcode“ nicht mehr aufzuholen sind. In seinem aufrüttelnden Beitrag

An der Rechtschreibung gescheitert

Bei dem Auswahlverfahren der rheinland-pfälzischen Polizei ist das Diktat eine der letzten Hürden – zuvor wird schon nach Schulabschluss, Noten, sowie dem Ergebnis von Intelligenz- und Konzentrationstest ausgewählt. Dennoch scheitern rund fünf Prozent der Bewerber an der deutschen Rechtschreibung. Zuletzt hatten Zahlen aus Baden-Württemberg aufhorchen lassen. Dort bedeutete 2016 der Deutsch-Test für circa ein Drittel der Prüflinge das Aus. Offenbar sind die Deutschkenntnisse zahlreicher Schülerinnen und Schüler schlechter als die Polizei erlaubt.

wü/Quelle: dpa-Meldung in „RHEINPFALZ AM SONNTAG“ vom 16.4.2017



GENIESSE GUTEN WEIN IN MASSEN.
GENIEßE GUTEN WEIN IN MAßEN.
GENIEßE GUTEN WEIN IN MAßEN.

Typografie und Rechtschreibung vereint

1. Zeile: vor der Re-Reform konnte die bis dahin typografisch korrekt gesetzte Schreibweise bei durchgängiger Versalienschrift zu Missverständnissen führen.

2. Zeile: ein kleines „ß“ wäre zwar die korrekte Rechtschreibung, aber die falsche Wahl der Typografie gewesen.

3. Zeile: Der neue Buchstabe löst das Problem.

Trotz Computern,
Smartphones
und Rechtschreibpro-
grammen ist die
pädagogische Mühe
der Rechtschreib-
erziehung
lohnenswert.

„Die Foirwer retete eine oile aus dem Stal – wie unsere Schüler das Schreiben verlernen“ beschreibt der Berliner Gymnasiallehrer Rainer Werner diese Fehlentwicklung (FAZ, Bildungswelten, 6.4.2017).

Von der Wissenschaft gestützt:

Solide Rechtschreibung ist unabdingbar

Um nicht als ewig Gestrige wahrgenommen zu werden, gingen die Autoren der o. g. Beiträge in der Realen Bildung in Rheinland-Pfalz, ein Grundschul- und ein Realschullehrer, auch der Frage nach, ob sich die pädagogische Mühe der Rechtschreiberziehung angesichts von Computern, Smartphones und Rechtschreibprogrammen überhaupt noch lohne. Sie machten klar, dass eine solide Rechtschreibung im Alltag und im Beruf nach wie vor unabdingbar sei. Diese Auffassung wird auch von der Wissenschaft gestützt, Neurologen und Psychologen betonen den positiven Einfluss der Rechtschreibung auf das Sprachverständnis und die Merkfähigkeit. Der Bildungswert des richtigen Schreibens ist auf längere Sicht unumstritten.

Fazit: Re-Reform von Schule gut zu verkraften

Auch wenn die jetzt vorgenommenen Änderungen des Regelwerks der deutschen Rechtschreibung in Umfang und Inhalt bescheiden sind, sie sind amtlich und sind vor allem von den Lehrenden der deutschen Sprache zu beachten. Im Gegensatz zur ersten Reform ist diese Re-Reform aber von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern gut zu verkraften.



Dr. Peter Bung
peter.bung@vrb-rlp.de

Die wichtigsten Regeländerungen

Großschreibung des Eszett

§25, Regelwerk S.29

Bei Schreibung mit Großbuchstaben schreibt man SS, daneben ist auch die Verwendung des Großbuchstaben ß möglich.

Beispiel: Straße – STRASSE – STRAÛE

Erweiterte Schreibweise mit Bindestrich

§45/1, Regelwerk S.48

„Man kann einen Bindestrich setzen zur Hervorhebung einzelner Bestandteile ...“ Mit Bezug auf den §45/1 ist bei Verbindungen mit Personenbezeichnungen die Bindestrichschreibung wie bei Co-Autor (Wörterverzeichnis S. 132) oder Ex-Kaiser (S.148) möglich.

Streichung vereinfachter Schreibweisen von Fremdwörtern, Rückkehr früherer Schreibweisen

Regelwerk Teil II Wörterverzeichnis, S. 107 - 285

Von den Wörtern des Wörterverzeichnisses wurden insgesamt 24 gestrichen. Für diese Wörter wurde die frühere Schreibweise wieder eingesetzt. Christian Stang hat sie aus 174 Seiten des

Verzeichnisses herausgefiltert (Christian Stang: Schluss mit „Ketschup“ und „Majonäse“!, FOCUS-Online, 30.05.2017, 10:16), es sind dies von A–Z folgende Wörter (jetzt gültige Schreibung in blau):

Anschovis – **Anchovis**

Belkanto – **Belcanto**

Bravur – **Bravour**

Campagne – **Kampagne**

Frotté – **Frottee**

Grislibär – **Grizzlybär**

Joga – **Yoga**

Jockei – **Jockey**

Kalvinismus – **Calvinismus**

Kanossagang – **Canossagang**

Kargo – **Cargo**

Ketschup – **Ketchup**

Kollier – **Collier**

Komplize – **Komplize**

Kommunikee – **Kommuniqué**

Majonäse – **Mayonnaise**

Masurka – **Mazurka**

Negligee – **Negligé**

Necessär – **Necessaire**

passee – **passé**

Rakett – **Racket**

Roulett – **Roulette**

Varietee – **Varieté**

Wandalismus – **Vandalismus**

Feste Verbindungen aus Adjektiv und Substantiv

§63, Regelwerk S.70–72

„Die umformulierten Regeln machen deutlich, wann in diesen Fällen klein- bzw. großgeschrieben wird und wann beide Schreibungen zulässig sind. So ist bei wörtlichem bzw. bildhaftem Gebrauch wie in ‚der freie Mitarbeiter‘ und ‚die gläserne Decke‘ die Kleinschreibung der Regelfall. Bei besonderen Anredeformen wie ‚der Heilige Vater‘ gilt die Großschreibung. Fälle mit schwanken-

dem Gebrauch wie z. B. ‚die mittlere/Mittlere Reife‘, die ‚goldene/Goldene Hochzeit‘ oder auch ‚der technische/Technische Direktor‘ werden neu grundsätzlich in beiden Schreibungen angesetzt“ (Pressemitteilung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom 29.06.2017).

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

俳句
Haiku

recht schreiben?

durch Hören

„das“ und „dass“ lernen

Denkfehler!

► INTERVIEW:



„Wir müssen Schule ein Stück weit neu erfinden!“

Im Gespräch mit Stefan Hüppe, Boehringer Ingelheim, Leiter der
Ausbildung und Personalentwicklung in Deutschland

Stefan Hüppe wollte nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik zunächst einmal die Praxis kennenlernen und zwei Jahre lang in der Industrie Erfahrungen sammeln. Darauf aufbauend sollte dann der Einstieg ins Studienseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen folgen. „Dass sich den zwei Jahren letztlich ein ganzes Berufsleben außerhalb des Schuldienstes anschloss, dafür ist Boehringer Ingelheim verantwortlich“, erklärt er seinen Gesprächspartnern Wolfgang Wünschel und Bernd Karst an seinem Arbeitsplatz in Ingelheim, wo das weltweit forschende Pharmaunternehmen seinen Hauptsitz hat.

RBiRP: Mit Boehringer Ingelheim haben Sie einen attraktiven Arbeitgeber gefunden. Und Sie haben im Laufe Ihrer 35-jährigen Firmenzugehörigkeit eine bemerkenswerte Karriere absolviert.

Stefan Hüppe: Boehringer Ingelheim überließ mir von Beginn an einen großen Gestaltungsspielraum. Ich konnte eigenverantwortlich arbeiten und Veränderungen vornehmen. So entwickelten wir im Rahmen der Ausbildung Konzepte für exemplarisches Lernen, und unser Einführungsseminar gewann allmählich einen stärker azubiorientierten Charakter, methodisch z. B. durch die Einführung von Workshops. Heute stützen wir uns stark auf erlebnispädagogische Ansätze. Zu meinem Kompetenzbereich gehören auch Entscheidungen über Ausbildungsinhalte, über Fort- und Weiterbildungsangebote und über die materielle Ausstattung der Ausbildung. Die gestalterische Arbeit mit

den Azubis bereitet mir noch heute viel Freude. So habe ich meinen beruflichen Werdegang nie bereut.

» *Wir setzen auf Respekt, Vertrauen, Leidenschaft und Empathie*

Nach welchen Kriterien treffen Sie die Auswahl bei der Einstellung von Auszubildenden?

Wir bilden in Deutschland aktuell 690 Auszubildende aus, in Ingelheim 390, in Biberach 270 und in Dortmund 30. Viele kenne ich persönlich, vor allem die „Leuchttürme“ einerseits und die „Sorgenkinder“ andererseits. Von letzteren haben wir erfreulicherweise recht wenige. Die Einstellung und Betreuung von Auszubildenden fällt in die Verantwortung so genannter Jahrgangleiter. Aber ich nehme selbst auch an einigen Auswahlverfahren teil.

Im Gegensatz zu Berufsschulen haben wir den Vorteil, dass wir unsere Auszubildenden aussuchen können. Bei Boehringer müssen die Azubis eine Grundmotivation für den angestrebten Ausbildungsberuf mitbringen und bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So setzen wir im Rahmen unserer Unternehmensphilosophie auf vier Werte: Respekt, Vertrauen, Leidenschaft und Empathie. Unsere jungen Leute müssen lernen, in Produktion und Labor akribisch nach bestimmten Hygiene- und Herstellvorschriften zu arbeiten, oder sie müssen im kaufmännischen Bereich ihre Fremdsprachenkenntnisse weiterentwickeln. Generell erwarten wir geistige Flexibilität und Teamfähigkeit. Wer kein Teamplayer und Netzwerker ist, der hat bei Boehringer Ingelheim keine Zukunft.

Vielfalt bezieht sich auf viele Bereiche, nicht nur auf Motivation und Leistung...

Um nicht missverstanden zu werden: Zu unserem Unternehmensprofil gehört auch „Diversity & Inclusion“. „Diversity“ bezieht sich nicht nur auf Alter und Geschlecht, sondern auch auf die Herkunft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die 8.500 Mitarbeitenden am Standort Ingelheim kommen aus mehr als 70 verschiedenen Ländern. Im Übrigen bereiten

wir auch Geflüchtete über Orientierungspraktika und über ein Einstiegsqualifizierungsjahr auf eine Ausbildung in unserem Hause vor. Boehringer Ingelheim macht mehr als 90 Prozent seines Umsatzes im Ausland. Folglich sind wir gut beraten, wenn wir uns „divers“ aufstellen.

» *Die Attraktivität des Lehrberufs leidet unter unzureichenden Rahmenbedingungen*

Sie pflegen intensive Kontakte mit Schulen. Welche Beobachtungen machen Sie mit Blick auf die Schule und den Lehrerberuf?

Der Lehrerberuf wird zunehmend herausfordernder. Die Schülerschaft wird immer heterogener, was die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft angeht. Die Lehrkräfte sind oftmals überfordert, der Vielzahl an Ansprüchen gerecht zu werden. Sie benötigen qualifizierte und hochwertige Fortbildungsangebote, und die Schulen brauchen insgesamt mehr Personal in allen Bereichen. Aus meiner Sicht sind die Rahmenbedingungen in den Schulen so unzureichend, dass darunter auch die Attraktivität des Lehrerberufes leidet. Die Personalentwicklungssysteme für Lehrkräfte sind zu starr. Es fehlen überdies die beruflichen Anreize.

Können Sie ein wenig konkreter werden?

Vermutlich lässt sich mein persönlicher Werdegang nicht auf die Schule übertragen. Dennoch: Das System der Bezahlung und Beförderung im Schulbereich muss neu überdacht werden. Gute Arbeit muss angemessen honoriert werden. Wenn sich dennoch viele für den Lehrerberuf entscheiden, liegt dies hoffentlich an der Motivation, aus dem Herzen heraus für Kinder Verantwortung zu übernehmen.

Ein weiterer Aspekt ist die fachliche Bewältigung des Schulalltags im Zuge der technischen Veränderung. Das Lehren und Lernen in einer zunehmend digitalen Welt erfordert hohe Investitionen. Die fehlen aber leider in finanzschwachen Kommunen. Jeder Schule müsste ein Budget zugewiesen werden, um drei- bis fünfjährige Fort- und Weiterbildungen zu einem

bestimmten Thema anbieten zu können. Wohlgermerkt: Es müssen qualifizierte und wertvolle Fort- und Weiterbildungen sein. Diese müssen auch nicht unbedingt in den Ferien stattfinden. Mit anderen Worten: Die Personalentwicklung in der Schule ist unterentwickelt.

» *Die Lehrkräfteausbildung flexibler gestalten!*

Was würden Sie ändern, wenn Sie an den schulpolitischen Stellschrauben drehen könnten?

Ich finde nicht, dass sich die berufliche Biografie eines Lehrers gänzlich auf die Schule beschränken sollte. Warum flexibilisieren wir nicht das System dahingehend, dass

Zum Unternehmensprofil von Boehringer Ingelheim:
www.boehringer-ingelheim.de/unternehmensprofil/unser-unternehmen

der ausgebildete Lehrer seine Berufstätigkeit zunächst in einer anderen Branche aufnimmt, bevor er mit dem Unterrichten beginnt? Auch bei der Lehrerausbildung würde ich eine Flexibilität begrüßen. Nach der Bachelor-Ausbildung sollte das Referendariat beginnen und dann erst die Master-Ausbildung – entweder in Richtung Schule oder in andere Berufsbereiche, wenn die Erkenntnis gewonnen wurde, dass diese eher ansprechen.

» *Fremdsprachenkompetenzen spielen eine immer größere Rolle*

Die Schülerströme bewegen sich zunehmend in Richtung Gymnasium. Welche Perspektiven haben die Abgänger anderer Schularten bei Boehringer Ingelheim?

Der Standort Ingelheim wandelt sich zurzeit in einen Launch-Standort. Das bedeutet, wir produzieren hier neue oder technisch hochkomplexe Produkte, während wir Routineprozesse an andere Standorte oder an Dritte auslagern. Dies bedeutet, dass wir beispielsweise in unseren Produk-

Pinnwand

► **STANDPUNKT**
Ministerpräsident Kretschmann
hält viel von Schulnoten



Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat sich als „Anhänger von Noten“ bezeichnet. „Sie haben zwar den Nachteil, ungenau zu sein. Es versteht sie aber jeder“, sagte der frühere Gymnasiallehrer der Wochenzeitung „Die Zeit“. In geschriebenen Zeugnissen sei oft schwer zu erkennen, was die Formulierungen eigentlich bedeuteten. „Da steht ja nicht drin: ‚Mario ist faul und dumm‘.“

In der von der ehemaligen grün-roten Landesregierung eingeführten Gemeinschaftsschule gibt es allerdings keine Noten bis zum Abschlussjahr. Sie werden nur auf Wunsch der Eltern im Lernentwicklungsbericht ergänzend aufgeführt.

Hr/Quelle: Waiblinger Kreiszeitung 27.04.17

► **FUNDSACHE**
Schullaufbahnentscheidung

Die Elternfrage: An welcher weiterführenden Schule sollen wir unseren Sohn anmelden? Zwar hält die Grundschullehrerin unseren Sohn nicht fürs Gymnasium geeignet, aber in unserem Bundesland zählt letztlich der Elternwunsch

MICHAEL FELTEN (Gymnasiallehrer und Bildungsjournalist; ZEIT ONLINE): Die beste Schulform für ein Kind ist nicht diejenige, zu der die meisten seiner Freunde wechseln oder von der seine Eltern sich später das höchste Einkommen versprechen. Das Hauptkriterium für eine gute schulische Entwicklung ist vielmehr, dass Kinder durch Leistungserwartungen und Lern-tempo einer Schulart weder dauerhaft über- noch unterfordert werden. Sie sollten sich ständig herausgefordert fühlen, aber auch immer wieder Erfolge beim Lernen erleben. Für ihren Sohn könnte also die günstigste Schulform eine sein, die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten Raum gibt und verschiedene Abschlussniveaus anbietet, wie z.B. die Stadtteilschule oder die Realschule. Das sind vielfach überschaubarere, persönlichere Einrichtungen, mit oft weniger breitem Leistungsspektrum. Wenn dann im Laufe der Pubertät



die Arbeitshaltung Ihres Sohnes reift und seine Leistungsfähigkeit steigt, könnte er nach einem guten mittleren Abschluss immer noch eine gymnasiale Oberstufe besuchen beziehungsweise beruhigt dorthin wechseln. Die Zeit in der Sekundarstufe I in diesem Fall keine Loserphase für ihn – und das ist für das jugendliche Selbstwertgefühl allemal besser, als hätte er sich in den labilen Jahren der Pubertät ständig als Versager der Gymnasialklasse gefühlt.

Eigentlich könnte man die Sache mit dem Abitur viel lockerer sehen: Es gibt in Deutschland nämlich 54 verschiedene Wege zur Hochschulreife – warum muss es denn unbedingt der schnellste und kürzeste sein, gerade wenn die Eignung des Kindes noch unklar ist?

Hr/Quelle: zeit.de, 10.03.17

tionsbereichen zukünftig weniger Personal benötigen, gleichzeitig aber durch die Erweiterung unserer Servicebereiche auch Personal aufbauen werden. Dieser Trend verändert unser Ausbildungsberufsportfolio, aber auch die fachlichen Anforderungen und bedingt Höherqualifikationen. So spielen Fremdsprachen- und IT-Kompetenzen eine immer größere Rolle. Die guten Realschülerinnen und Realschüler wechseln seltener in berufliche Ausbildungsgänge, sie bevorzugen nach der Mittleren Reife eher den schulischen Anschluss, z. B. mit dem Ziel „Fachabitur“.

» *Die Betriebe wissen den Realitätsbezug der Realschule plus und der Fachoberschule zu schätzen.*

Wie können sich die Schulen weiter profilieren?

Die Realschule plus hat ein vielfältiges Wahlpflichtfachangebot. Dies gilt es zu schärfen. Die zweite Fremdsprache muss ihren Stellenwert behalten, ebenso muss der naturwissenschaftliche Bereich gestärkt werden. Gerade darin lag und liegt die Chance dieser Schulart. Darüber hinaus dürfen auch die Basics nicht vernachlässigt werden. Dazu gehört vor allem die Mathematik. Die Realschule plus hat einen starken Realitätsbezug zur Arbeitswelt. Das wissen die Betriebe zu schätzen, und deren Bereitschaft, sich den Schulen zu öffnen, hat deutlich zugenommen.

Die Fachoberschule an der Realschule plus hat sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Sie selbst waren anfangs eher skeptisch.

Ich konnte mir zunächst nur schwer vorstellen, dass die Praxisanteile in der Klassenstufe 11 der FOS einen so umfangreichen Raum einnehmen sollten. Mittlerweile unterstütze ich dieses Modell. Die Klasse 11 ist vergleichbar mit dem ersten Ausbildungsjahr. Die Motivationslage der Schülerinnen und Schüler ist sehr positiv. Bei Boehringer Ingelheim absolvieren fünf Schülerinnen und Schüler aus der FOS ein Praktikum. Vier von diesen beabsichtigen, nach dem Fachabitur mit einer Berufsausbildung zu beginnen. Ich bedauere allerdings, dass die Fachrichtun-

gen „Naturwissenschaft“ und „Technik“ unterrepräsentiert sind. Gerade aus diesen Fachbereichen haben wir einen enormen Bedarf an qualifizierten Absolventen.

» *Lehrkräfte müssen mit Courage das einfordern, was sie als Ressourcen benötigen*

Herr Hüppe, Sie sind Mitglied im VRB-Beirat. Dadurch profitieren wir von wechselseitigem Expertenwissen. Welche Empfehlungen möchten Sie unseren Lehrerinnen und Lehrern geben?

Das ist wirklich keine einfache Frage. Nun, ich wünsche den Lehrkräften Courage, das einzufordern, was sie als Ressourcen benötigen. Sie müssen bei der Thematik „Inklusion“ die Stimme erheben, sie müssen bei der Thematik „Digitale Transformation“ die Stimme erheben. Was ich ihnen wünsche, ist, dass sie sich noch stärker in Fachteams einbringen. Weg vom Einzelkämpfer, hin zu mehr Kooperation. Der andere Part, Schulbehörde und Schulträger, muss liefern. Die räumliche Ausstattung muss an die Erfordernisse angepasst werden. Jeder Lehrer benötigt in der Schule einen eigenen Arbeitsplatz. Ein PC-Administrator für das Schulnetz muss dafür sorgen, dass die Technik funktioniert. Die Rolle des Lehrers bzw. der Lehrerin hat sich sehr verändert. Neben der gebundenen Arbeitszeit kommen immer mehr Aufgaben außerhalb der Unterrichtstätigkeit auf die Lehrkräfte zu. Diese sind nicht zu bewältigen bei gleichbleibender Unterrichtsverpflichtung.

Und die Schulleitungen?

Auch die Verantwortungsbereiche des Schulleiters haben eine Dimension erreicht, die einen zusätzlichen administrativen Schulleiter erfordern, damit sich der Pädagogische Schulleiter, der nach wie vor die Gesamtverantwortung tragen muss, auf das Wesentliche konzentrieren kann. In Krankenhäusern gibt es ein vergleichbares Modell, das sich bewährt hat. Auch in die Infrastruktur von Schulen muss mehr investiert werden. Ebenso für den Schulbau. Die Schulen werden immer noch wie vor 100 Jahren gebaut. Wir müssen Schulen ein Stück weit neu erfinden.

» *„Ich bin ein Gestalter.“*

Herr Hüppe, Sie besitzen auch außerhalb ihres beruflichen Engagements kreative Tätigkeitsfelder ...

Diese sind mir sehr wichtig. Ich betätige mich handwerklich und unterstütze meinen Sohn bei der Haussanierung, ich fotografiere leidenschaftlich, vornehmlich Landschaften und Menschen, ich reise sehr gerne ... – Was möchten Sie sonst noch wissen?

Wie würden Sie sich in Kurzform charakterisieren?

Ich bin ein Gestalter – im privaten wie im beruflichen Bereich.

*Das Gespräch führten Bernd Karst und Wolfgang Wünschel für „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“
Fotos: VRB*



ZUR PERSON

Stefan Hüppe stammt aus Duisburg. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er Wirtschaftspädagogik in Köln. Mit dem Abschluss als Dipl. Handelslehrer stieg er 1982 als kaufm. Ausbildungsreferent bei Boehringer Ingelheim ein. 1990 übernahm er die kaufmännische Ausbildungsleitung, vier Jahre später auch die technische. Im Jahr 2000 wurde ihm die Ausbildungsleitung für alle Ausbildungsbereiche am Standort Ingelheim übertragen. 2011 übernahm er die Ausbildungsleitung für die deutschen Ausbildungsstandorte Ingelheim, Biberach, Dortmund und Hannover. Seit 2016 leitet er die Ausbildung und Personalentwicklung Deutschland.

Stefan Hüppe ist Dozent für den Erwerb der Ausbilder-eignung an der Hochschule Mainz und Mitglied in verschiedenen Gremien der beruflichen Bildung (BAVC; AGV Chemie RP; BBA der IHK).

Der VRB nutzt über den „Bildungspolitischen Beirat“ die Expertise von außerschulischen Praktikern. Stefan Hüppe ist Mitglied im „Bildungspolitischen Beirat“ des VRB Rheinland-Pfalz. Bei zahlreichen Gelegenheiten war er Referent.

In unserer letzten Ausgabe führten wir ein Gespräch mit unserem Beiratsmitglied Prof. Dr. Klaus Becker, Präsident der TH Bingen. Weitere Interviews mit unseren VRB-Beiratsmitgliedern werden folgen.

► STUDIE ZUR SCHÜLERZAHLENENTWICKLUNG:

„Der Traum von der demografischen Rendite ist ausgeträumt.“¹

Bertelsmann-Stiftung prognostiziert Wachstum der Schülerzahlen

Während manche noch vor dem Aussterben der Deutschen warnen und Schulpolitiker von der demografischen Rendite träumen, erschreckt die Studie mit einer gegenteiligen Prognose die staunende Öffentlichkeit: „Schülerboom in Deutschland erwartet“.²

Sommerzeit, Ferienzeit, Nachrichtenflaute – der richtige Zeitpunkt für die Veröffentlichung einer Studie, mit der die Bertelsmann-Stiftung wieder Schlagzeilen produzieren und sich als „Rufer in der Wüste“ der Bildungspolitik profilieren kann. Bis zum Jahr 2025 soll es aufgrund steigender Geburtenzahlen und verstärkter Zuwanderung 8,3 Millionen Schüler an Deutschlands Schulen geben – und damit 1,1 Millionen mehr als von der Kultusministerkonferenz (KMK) erwartet. Es drohe ein dramatischer Engpass an Lehrern und Gebäuden, warnt die Stiftung.

Im März dieses Jahres verkündete das Statistische Bundesamt erstmals seit dem Jahr 2000 einen Anstieg der Schülerzahlen. Das Plus von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr sei der verhaltene Beginn eines Trends, der enorm an Fahrt gewinnen wird: 2025 werden nach Schätzung der Stiftung bereits vier Prozent mehr Kinder und Jugendliche die Schulbank drücken als heute; im Jahr 2030 seien es sogar acht Prozent. Die Schulsysteme seien auf den neuen Boom nicht vorbereitet. Hier die Eckpunkte der Prognose:

Lehrermangel droht

Als erste spüren die Grundschulen den Anstieg. Dort fehlen im Jahr 2025 gegenüber heute rund 24.000 Lehrkräfte. An den weiterführenden Schulen sinken die bundesweiten Schülerzahlen zwar zunächst noch einige Jahre. Doch zeitversetzt erreichen die starken Jahrgänge auch die Sekundarstufe.

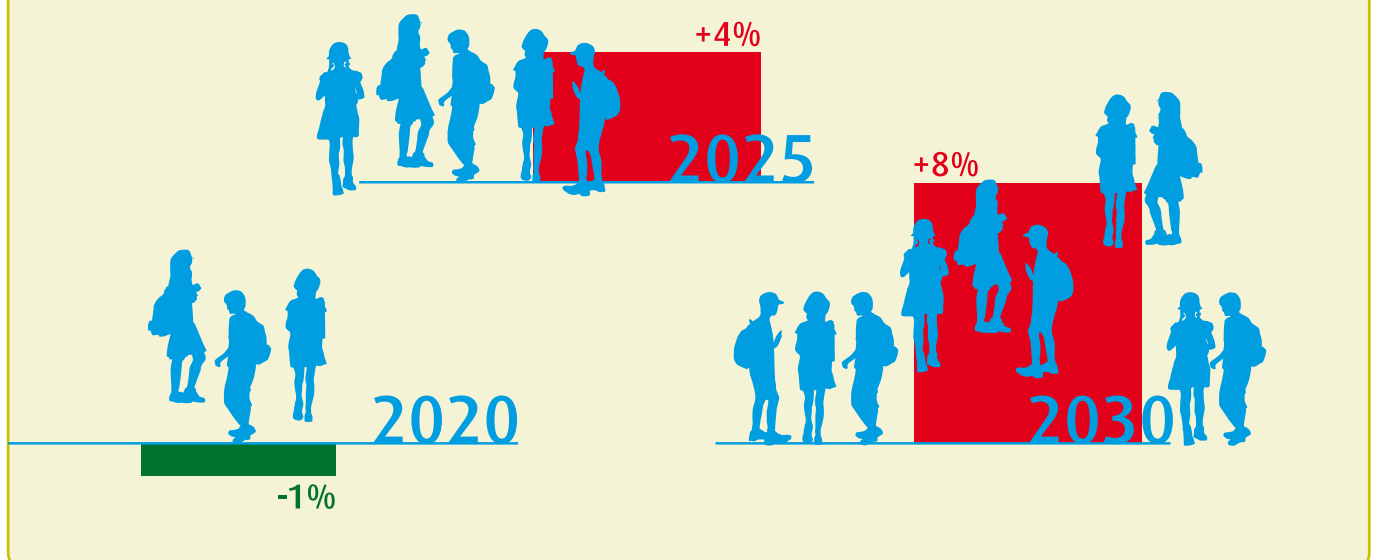
Investitionen im Schulbau erforderlich

Es fehlt nicht nur an Lehrern, sondern auch an Räumen. Rund 1.800 Grundschulen wurden bundesweit seit der Jahrtausendwende wegen Schülermangels geschlossen. Nun gilt es, eine deutliche Trendwende einzuleiten. 2025 werden laut Studie 2.400 Grundschulen mehr nötig sein als heute. Etwas später kommen auf die weiterführenden Schulen ähnliche bauliche Engpässe zu.

Dabei gelten bereits jetzt viele bestehende Schulen als marode: Die Förderbank KfW schätzt den bundesweiten Investitionsstau auf 34 Milliarden Euro.

Deutschlands Schulen stehen vor einem Schüler-Boom

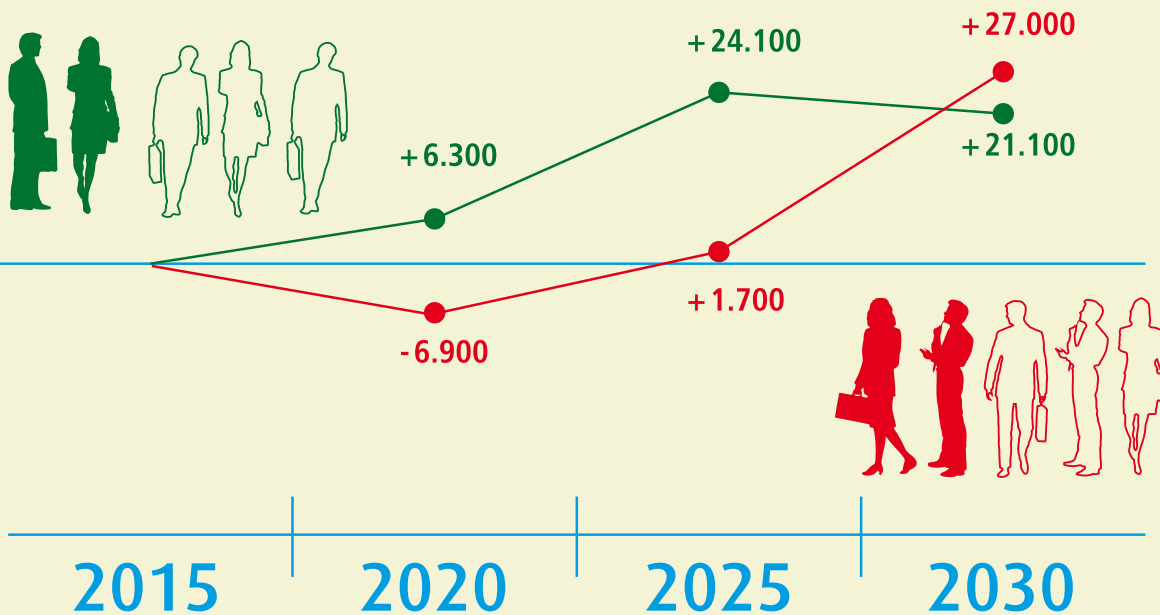
Vorausschätzung der Bertelsmann-Stiftung: Schülerzahl steigt bis 2030 um 8 %



Der Schüler-Boom kommt zuerst in der Grundschule an und setzt sich später in der Sekundarstufe I fort

Zusätzlicher Bedarf an Lehrkräften in der Grundschule

Zusätzlicher Bedarf an Lehrkräften in der Sekundarstufe I



Für ihre Prognosen aktualisierten der Erziehungswissenschaftler Klaus Klemm und der Soziologe Dirk Zorn von der Bertelsmann-Stiftung die Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes vom März 2017. Sie rechneten zudem die jüngsten Geburtenzahlen der Milupa-Geburtenliste ein, einer jährlichen Erhebung des Herstellers von Babynahrung.

Diskussion um Neueinstellungen belebt

„Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen.“ Dieses schöne Zitat, mal Mark Twain, mal Winston Churchill zugeschrieben, trifft auch hier zu. Mit einem „Klemm-Gutachten“ hat die rheinland-pfälzische Landesregierung schon einmal leidvolle Erfahrungen machen müssen.³

Man darf gespannt sein, wie die Berechnungen der KMK ausfallen werden, die im kommenden Jahr bekannt gegeben werden. Die aktuelle Bertelsmann-Prognose habe sie nicht erschüttert, sagt die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU): „Das ist wichtig, aber eine Black Box. Wir machen uns lächerlich, wenn wir nicht wissen, wie viele Schüler

wir im System haben.“⁴ Verbände und Gewerkschaften fordern die Berücksichtigung der neuen Zahlen bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln.

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig hat in ihrer Pressekonferenz zum Schuljahresstart die Zahlen der Bertelsmann-Stiftung als für das Land nicht zutreffend erklärt. Sie geht für unser Bundesland von einer Abnahme der Schülerzahlen bis 2025 um 3,3 Prozent aus und sieht bis 2030 einen weiteren Verlust von 2,4 Prozent.⁵

Unabhängig davon wie man zu der Studie der Bertelsmann-Stiftung steht, sie hat zumindest bewirkt, dass über die Notwendigkeit der Neueinstellung von Lehrkräften und über Schulschließungen neu nachgedacht wird. Die reinen Zahlensummen sagen wenig über die Lage vor Ort aus. So werden in den großen Städten die Zuwächse sehr deutlich sein, während in strukturschwachen Gebieten weiterhin rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen sein werden.

¹ Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung vom 12.07.17; Download der 64-seitigen Studie unter www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/demographische-rendite-adel

² Titel-Schlagzeile der „RHEINPFALZ“ vom 13.07.17

³ Prof. Klaus Klemm prognostizierte 2011 für das Schuljahr 2016/17 einen deutlich sinkenden Lehrkräftebedarf.

⁴ Schwäbische Zeitung, 14.07.17

⁵ SWR, rp-Aktuell, 11.08.17



► BERTELSMANN-STIFTUNG:

Grund zum Jubeln oder zum Jammern?

Bertelsmann-Stiftung lobt „Modernisierung“ des Bildungssystems und kritisiert Einfluss der sozialen Herkunft auf Bildungsabschlüsse

In einer Pressemitteilung zu ihrem „Chancenspiegel“ berichtet die Stiftung über die schulische Entwicklung der letzten 15 Jahre: „Lernte 2002 nur einer von zehn Schülern an einer Ganztagschule, sind es heute knapp vier von zehn. 2002 besuchte lediglich jeder achte Förderschüler eine reguläre Schule, heute gilt das für rund jeden dritten. Und während 2002 nur 38,2 Prozent der Schulabgänger das Recht auf ein Hochschulstudium erwarben, gelingt dies heute 52,2 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss von 9,2 auf 5,8 Prozent.“

Zudem machen viele Länder ihre Schulsysteme durchlässiger: In fünf Bundesländern sind 85 Prozent der siebten Klassen an Schulen mit einer Oberstufe. Sie eröffnen ihren Schülern damit den Weg zum Abitur oder Fachabitur.

Mehr „höhere“ Abschlüsse

In den Augen der Bildungstheoretiker und Zahlenjongleure klingen die Daten sehr positiv. Die Bildungsrealisten vor Ort, also Lehrerinnen und Lehrer mit praktischen Erfahrungen, sind da skeptischer. Bedeutet der ständig wachsende Anteil der Absolventen mit Hochschulberechtigung auch tatsächlich eine Qualitätssteigerung?

Werden die „inklusiv“ unterrichteten Kinder alle tatsächlich besser gefördert als in Förderschulen? Hat die Ganztagschule die Bildungschancen sozial Benachteiligter wirklich verbessert?

Soziale Herkunft beeinflusst Bildungserfolg

Gebetsmühlenartig wiederholt die Untersuchung, dass der schulische Erfolg in Deutschland nach wie vor sehr stark von der sozialen Herkunft abhängt: „So liegen beispielsweise Neuntklässler aus sozioökonomisch schwächeren Milieus in Sachen Lesekompetenz mehr als zwei Schuljahre hinter Klassenkameraden zurück, die in wirtschaftlich besser gestellten Familien aufwachsen.“ Freilich ist es wenig verwunderlich, dass Kinder, die in einem Haushalt ohne Bücher aufwachsen, schlechter lesen.

Kritik der Bildungsrealisten

Kritik an der Studie äußert Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus: „Die Bertelsmann-Stiftung diskreditiert im Endeffekt mit ihrem Alarmismus die Bildungswege außerhalb des Gymnasiums implizit als minderwertig. ... Die Stiftung sollte auch davon Abstand nehmen, PISA-Ergebnisse als Indikatoren für

das Leistungsvermögen von Schülern zu betrachten. Mit PISA wird nämlich ein sehr enges Verständnis von schulischer Bildung propagiert. In PISA kommen nämlich maßgebliche Bildungsbereiche gar nicht vor, die eine umfassende Allgemeinbildung ausmachen – nämlich Fächer wie Geschichte, Politik, Geographie, Kunst und Musik.“

Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender betont, dass hohe Quoten der Hochschulzugangsberechtigung keine Garantie für qualitativ hochwertige Bildung sind: „Der verengte Blick auf Gymnasial- und Abiturquoten sagt gar nichts aus. Entscheidend und gerechtigkeitsrelevant ist doch der erfolgreiche Übergang der Jugendlichen ins Berufsleben. Angesichts von Abiturquoten bis zu 80 Prozent in Frankreich und einer gleichzeitigen Jugendarbeitslosigkeitsrate von über 30 Prozent fragt man sich schon, ob dies gerechter ist.“

„Es ist kaum erträglich, dass das Schulsystem in Deutschland und damit die Arbeit der Pädagogen permanent beschädigt und schlechtgeredet werden“, so Böhm.

Während in den meisten Ländern die Bildungsstudien der OECD und anderer mehr oder weniger kompetenter Institute gelassen und emotionslos zur Kenntnis genommen werden, lösen sie in Deutschland je nach Sichtweise entweder Euphorie oder tiefe Depression aus. Es wird Zeit, die Diskussionen zu versachlichen und die Aussagekraft von sog. „Forschungsergebnissen“ kritisch zu hinterfragen.



► BUCHHINWEIS:

Josef Kraus: Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt

Max Lavueuve, langjähriger Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Philologenverbandes und Mitherausgeber des VRB-Handbuches für Lehrkräfte, hat uns einen Beitrag zur Verfügung gestellt, der mehr ist als eine Buchbesprechung. Er greift darin die Themen des neuen Kraus-Buches auf und nimmt sie zum Anlass, schul- und bildungspolitische Entwicklungen unter die Lupe zu nehmen. Wir drucken einen Auszug ab, in dem es zum einen um den Autor Josef Kraus und zum anderen exemplarisch um die Rolle der Bertelsmann-Stiftung geht.

Im jüngsten seiner zahlreichen Bücher setzt sich Josef Kraus pointiert und mit klarem Blick und Urteil mit den Phänomenen der Bildungs- und Schulpolitik der letzten Jahrzehnte auseinander. Als Gymnasiallehrer, langjähriger Schulleiter und Schulpsychologe hat er dazu auch den praktischen Erfahrungshorizont. Dies unterscheidet ihn von vielen Erziehungswissenschaftlern, deren Einsichten oft nicht vom Blick in die Schulwirklichkeit getrübt sind. Kraus zeigt dazu in seinem Buch auch Entwicklungslinien auf und nennt Namen, so dass man als Leserin und Leser die Themen und deren Entwicklung verfolgen kann. Dabei lässt er kein wichtiges Thema aus, hat immer eine klar begründete eigene Position und sagt, was er für die richtige Lösung hält. Josef Kraus war 30 Jahre Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (siehe Beitrag auf Seite 19).

(...) Besondere Aufmerksamkeit widmet Kraus der Bertelsmann Stiftung und dem Bertelsmann-Konzern mit ihrer fast unbegrenzten Medienmacht, die wie eine Krake in vielen verschiedenen Bereichen aktiv sind. Sie üben durch TV-Sender, Printmedien und Buchverlage großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft aus und beeinflussen die öffentliche Meinung seit vielen Jahren massiv in eine bestimmte Richtung. Dabei reichen die Verbindungen in höchste politische Kreise jeder Couleur genauso wie in die Wirtschaft und manchmal auch bis in die Universitäten und die Wissenschaft. Es ist Josef Kraus besonders dafür zu danken, dass er das komplizierte und von außen fast nicht durchschaubare Geflecht aufgedröselt hat und Namen und die vielen Einflussbereiche nennt, die man als Außenstehender niemals vermutet hätte.



Im Bildungsbereich macht sich die Stiftung seit vielen Jahren mit einer Vielzahl an Studien bemerkbar, die immer nur in die gleiche Richtung gehen: Die „Reform“ des bestehenden Schulwesens in Deutschland zugunsten von Veränderungen, wie sie weitgehend von der politischen Linken gefordert werden. Von Sitzenbleiben über Nachhilfe bis Schulformwechsel und Bildungsauf- und -absteiger – die Themenvielfalt scheint fast unerschöpflich. Es ist dabei für uns interessant, dass auch der Essener Professor Klaus Klemm für mehrere dieser Studien verantwortlich zeichnet; er arbeitete viele Jahre mit dem Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz zusammen

und hatte beachtlichen Einfluss auf die Schulpolitik in unserem Bundesland.

Dabei darf man nicht übersehen, dass der Bertelsmann-Konzern durch die Veröffentlichung seiner Studien, entsprechender Bücher und in letzter Zeit auch mittels digitaler Medien seine eigenen finanziellen Interessen bedient hat und dabei häufig auch noch mit zahlreichen Landesregierungen zusammen arbeitet. Neben Bertelsmann gibt es übrigens auch noch zahlreiche andere Stiftungen wie etwa die Bosch-, die Vodafone-, die Mercator- oder die Schwarz-Stiftung. Sie alle nehmen Einfluss auf die Bildungspolitik, obwohl sie weitgehend außerhalb jeder demokratischen Kontrolle agieren und oft eigene Vorteile im Auge haben. (...)

Das vorliegende Buch ist als ein Buch für Eltern angekündigt, folglich gibt der Autor am Schluss auch klare Empfehlungen an die Eltern. Er rät ihnen, notfalls gegen die Schulpolitik zu revoltieren, Lesen wieder wichtig zu nehmen, auch zuhause, nicht mit allen Mitteln das Abitur für ihr Kind anzustreben und auch die Wichtigkeit anderer Bildungs- und Berufswege anzuerkennen. Die Eltern sollten Mut zur Autorität und zum Vorbild haben, die Kinder in Anspruch nehmen und ihnen auch die Möglichkeit zur motorischen Entwicklung durch Bewegung geben. Und sie sollten die schwierige Sache „Erziehung“ mit einem gehörigen Schuss Leichtigkeit und Humor angehen.

Man kann das Buch von Josef Kraus (Ladenpreis 22,- Euro) nur allen Eltern, aber auch allen Lehrkräften und sonstigen Bildungsinteressierten nachdrücklich empfehlen.

Max Lavueuve

► OFFENER BRIEF:

Jochen Ring schreibt an Martin Spiewak, Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“

Sehr geehrter Herr Spiewak,

durch Ihre bildungspolitischen Erörterungen und Kommentare in der „ZEIT“ habe ich in der Vergangenheit so manche wichtigen Impulse erhalten, die mich immer wieder dazu veranlasst haben, die betreffende Angelegenheit weiterzuverfolgen und in der Fachliteratur zu vertiefen. Für diese Anstöße möchte ich Ihnen danken. Über die Maßen verblüfft haben Sie mich jedoch jüngst durch eine Formulierung, die unter <http://www.zeit.de/2017/07/singapur-pisa-schulen-bildung-schulsystem> in einem Ihrer sehr lesenswerten Aufsätze („Und jetzt werden alle kreativ“ v. 26.2.2017 – Anm. der Red.) zu entdecken ist.

Worthülsen werden gezielt betont

Ihr Artikel gefällt mir einerseits sehr gut, weil Sie am Beispiel Singapur eine Entwicklung beschreiben, die sich, wie ich meine, auch in Deutschland beobachten lässt: Je mehr traditionelle Selbstverständlichkeiten in Bildungsdingen und anderen Bereichen an Gültigkeit verlieren, desto wichtiger scheint es für Bildungspolitiker und ihre Zuarbeiter in der Bildungsadministration zu sein, wenigstens die Worthülse, die an das Verlorene bzw. mutwillig Aufgegebene erinnert, zu betonen. Zwei Beispiele aus meiner Perspektive: Je weniger empathisch und sensibel Prozesse im Erziehungswesen oder auch in anderen Subsystemen der Gesellschaft gestaltet werden, desto mehr werden in den entsprechenden Dokumenten, angereichert mit in jeder Hinsicht korrekten Zitaten aus Managementbüchern und esoterischer Wohlfühl-Literatur, „Empathie“ und „Achtsamkeit“ aufs Schild gehoben. Zweitens: Hat man in den Zeiten, als es noch echte „Polyvalenz“ gab, jemals dieses Wort gehört? Nein; es erlangte erst Bedeutung, als die Absolventen der Lehramtsstudiengänge einen Bachelor oder Master in den Bildungswissenschaften erwarben, der sie wegen eklatanter Abstriche gegenüber den Inhalten der Fachstudiengänge außerhalb des Bildungsbereichs auf einen verschlossenen Arbeitsmarkt stoßen ließ. Getröstet durften sie sich durch den Hinweis fühlen, sie seien polyvalent ausgebildet.

Singapur beschwört neuerdings das „Ganzheitliche“

In ähnlicher Weise wird nun ebenfalls in Singapur mit Begriffen und Floskeln jongliert; hier ist es, so legen Sie sehr schön anschaulich dar, Mode geworden, „das Ganzheitliche“ zu beschwören: „Und – ganzheitlich, ganzheitlich, ganzheitlich – warum reden ausgerechnet die Verantwortlichen in Singapur seit einiger Zeit bloß alle so, als wollten sie sich bei einer Waldorfschule bewerben?“ In all dem Drill, dem die dortigen Kinder und Jugendlichen ausgesetzt sind, kann gemäß der Erkenntnis der Verantwortlichen

ein wenig „Ganzheitlichkeit“ nicht schaden, – sie ist im Gegenteil sogar nützlich, da, so die Hoffnung in Singapur, ein Schüler, der neben dem disziplinierten Lernen am Vor- und Nachmittag und täglicher Nachhilfe (bzw. besser Vor-Hilfe, da der Schulstoff privat oft im Vorhinein erarbeitet wird) am Abend irgendwann zwischendurch auch Theater gespielt und musiziert hat, ein kreativer Ingenieur werden dürfte.

Journalistischer Missgriff

Wie gesagt, Ihr Artikel, sehr geehrter Herr Spiewak, stellt in bewundernswerter Klarheit die Verwendung von Worthülsen, die dazu dienen, einen Mangel zu übertünchen, bloß und hat für mich einen aufklärerischen Wert. Was mir andererseits nun gar nicht gefällt, das ist ein Satz, der Ihnen wohl unbedacht und ohne böse Absicht aus der Feder geflossen sein dürfte und der mich massiv ärgert. Sie schreiben: „Im Vergleich zu den Singapureern sind wir Europäer alle bestenfalls Realschüler.“ Aus diesem Satz, Herr Spiewak, lässt sich eine gehörige Portion Arroganz herauslesen. Mit Ihrer metaphorischen Rede, die den Unterlegenen in einem unterstellten Konkurrenz-Verhältnis als „bestenfalls Realschüler“ bezeichnet, beleidigen Sie – sicherlich ungewollt – eine ehrwürdige Institution, der es zu einem großen Teil mitzuverdanken ist, dass wir über hervorragende Fachkräfte in allen Bereichen der Wirtschaft, des Handwerks und des Handels verfügen und damit beträchtlichen Wohlstand in Deutschland erreicht haben. Sie beleidigen – auch hier ohne Absicht – ebenfalls junge Menschen, deren Begabungen oft in eine praktische Richtung weisen, die dafür Anerkennung verdienen und nicht durch Ihre Wortwahl exkludiert werden sollten. Diese jungen Menschen leeren zwar nicht wie andere ihrer Altersgenossen, die zu Hunderten ein Ethnologie- oder Journalistik-Studium absolviert haben, als schlecht-bezahlte Praktikanten die Papierkörbe diverser Zeitungs-Redaktionen, aber diese Realschüler sind es, die Sie vielleicht demnächst als Feuerwehrleute mit der Rettungsschere aus einem Unfallauto befreien oder als Anlagemechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik dafür sorgen, dass Ihre Wohnung auch an Heiligabend bei minus 15° Celsius warm bleibt. Sie beleidigen schließlich die Realschullehrkräfte, die ein bravouröses Engagement an den Tag legen, um die ihnen Anvertrauten bestmöglich zu fördern, so dass diese später zum Wohl der Gesellschaft wirken und als Gut-Verdiener Steuern entrichten können.

Anerkennung für alle Begabungen

Selbstverständlich wollten Sie, verehrter Herr Spiewak, mit Ihrer Formulierung niemandem wehtun. Der oben zitierte Satz enthüllt jedoch eine Einstellung, die meines Erachtens dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schadet und dringend verändert werden

müsste, damit alle Begabungen, theoretische und praktische, in gleicher Weise Anerkennung finden. Wichtige Protagonisten unter Pädagogen, für die handwerkliche Fähigkeiten genauso viel wert sind wie abstrakt-analytische (oft genug schließt sich beides auch nicht aus) sind Professor Rainer Dollase, der sich als „Kämpfer gegen parasitäre Bildungseliten“ versteht, oder auch Prof. Julian Nida-Rümelin, der in seinen Vorträgen von einem „Akademisierungswahn“ spricht.

Als Gymnasiallehrer bin ich übrigens immer wieder fasziniert von dem hohen Niveau, das manche Abgänger der Realschule im Hinblick auf fachliche Kompetenzen, Arbeitshaltung und Begeisterungsfähigkeit mitbringen, wenn sie zu uns an die Schule, das Martinus-Gymnasium in Linz, wechseln. Einige von ihnen erwerben die Fachhochschulreife, andere legen das Abitur ab, viele immatrikulieren sich für ein duales oder ein FH-Studium, alle sind auf ihre Weise erfolgreich und setzen sich für ein diskriminierungsfreies Gemeinwesen ein.

Mit freundlichen Grüßen
Jochen Ring

Jochen Ring unterrichtet Philosophie, Sozialkunde und Katholische Religion am Martinus-Gymnasium Linz und ist Pressereferent des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz.



Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Philologenverbandes (PhV). Zwischentitel durch die Redaktion.

► **AMTSWECHSEL:**

DL-Präsident Josef Kraus zieht Bilanz nach 30 Jahren Amtszeit

Nachfolger Heinz-Peter Meidinger setzt auf Qualität und Leistung

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) Josef Kraus wurde nach 30-jähriger Amtszeit feierlich verabschiedet. In seiner Rede in Berlin vor dem Bundeshauptausschuss des DL blickte er auf seine gesamte Amtszeit seit 1987 zurück, mit einem besonderen Fokus auf die auch bildungspolitisch bewegte Umbruchzeit 1989/1990.



Als Nachfolger von Josef Kraus wurde der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, gewählt. Der neue Präsident betonte, wie wichtig die starke gemeinsame Stimme des Deutschen Lehrerverbandes für ein differenziertes Schulsystem in Deutschland sei und versprach, sich mit ganzer Kraft in seinem neuen Amt dafür einzusetzen, Kindern und Jugendlichen durch Qualität und Leistung Zukunftschancen zu gewährleisten.

Zur Verabschiedung von DL-Präsident Josef Kraus hatte der Deutsche Lehrerverband zahlreiche seiner Weggefährten aus Wissenschaft, Politik und Kultur eingeladen. Überaus deutlich wurden in vielen Reden und Grußworten Einfluss und Wirkung, die Josef Kraus in diesen Jahren bundesweit in den unterschiedlichsten Kontexten erzielte.

Der VDR-Bundesverband gehört dem DL seit der Gründung des Verbandes im Jahr 1969 an. Das Foto zeigt den VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm (li.) und den Stv. Bundesvorsitzenden Bernd Karst (re.) mit dem scheidenden DL-Präsidenten Josef Kraus.

Bernd Karst

► WAHLJAHR 2017: BUNDESTAG

Kulturhoheit der Länder auf dem Prüfstand

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben – darin sind sich die Wahlanalysen einig – die Wähler auch die schulpolitischen Weichen neu gestellt.

Spielte also Bildungs- und Schulpolitik bei den Bundestagswahlen keine Rolle? Diesen Gedanken legt die Tatsache nahe, dass die Kulturhoheit bei den Bundesländern liegt. Ein Blick in die Wahlprogramme der Bundesparteien zeigt, dass sich Änderungen anbahnen. In den Koalitionsverhandlungen dürfte sich auch entscheiden, wie und von wem schulische Bildung in Deutschland künftig gestaltet werden soll.

Wir haben Slogans und Positionen aus den Bildungsprogrammen der etablierten Parteien für Sie zusammengetragen.



Beste Bildung und Ausbildung

CDU und CSU sind der Garant für gute Bildung und Ausbildung. Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten. Nur dann können sie aus ihrem Leben das Beste machen.

Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache und wird es bleiben. Dennoch gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung, der wir uns stellen: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt die Gleichwertigkeit von Bildung voraus.

Wir werden die berufliche Bildung weiter stärken und hierfür gemeinsam mit Ländern, Kammern und Sozialpartnern das Modell der „Höheren Berufsbildung“ etablieren. Das heißt: Mehr und neue Aufstiegschancen für dual Ausgebildete. Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue attraktive Karriereperspektiven.



Beste Schüler

Egal wo gelernt wird: Schulen müssen strahlen – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes. Überall da, wo es sinnvoll ist, muss der Bund helfen können, Bildung besser zu machen.

Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen.



Investieren in Schulen

Der Bund sollte seine neuen Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbe- reich zu unterstützen, nun rasch nutzen und ein Förderprogramm zur Sanierung von maro- den Schulen auflegen. Auch um einen Ausbau des längeren ge- meinsamen Lernens umsetzen zu können. Denn in unseren Schu- len gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereitstellen. Damit Schulen den Kindern Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können.

Wir GRÜNE streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot kom- plett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können. Wir wol- len auch vergleichbare Schulabschlüsse in ganz Deutschland er- reichen. Dafür muss der Bildungsföderalismus entkrustet werden. Wir schlagen den Ländern eine gemeinsame Bildungsoffensive vor.



Gute Bildung. Für alle.

Bildungspolitik ist Ländersache, trotzdem müssen Bund und Länder in der Bildung zu- sammenarbeiten können. Diese Zusammen- arbeit ist seit 2006 nicht mehr möglich. Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren. Zwischen den Bundesländern bestehen bei Bildungsinfrastruktur, Bildungs- abschlüssen und Bildungswegen große Unterschiede. Die Bun- desregierung hat das Kooperationsverbot nur für ihre Prestige- projekte im Hochschulbereich teilweise aufgehoben. Wir wollen das Kooperationsverbot komplett aufheben und Bildung als Ge- meinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern.



Weltbeste Bildung für jeden!

Deutschland war einmal die weltweit führen- de Bildungsnation. Das können wir wieder sein. Daher: Schauen wir nicht länger zu! Sor- gen wir für weltbeste Bildung für jeden!

Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Auch ideologisches Gezänk und bürokratische Reibungsverluste pas- sen nicht mehr in eine Zeit, in der nicht mehr Bremen mit Bay- ern im Wettbewerb steht, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika und China. Damit wir mit den führenden Nationen mithalten können, brauchen wir mehr Mobilität und mehr Ver- gleichbarkeit zwischen den 16 Ländern. Dafür muss unser Bil- dungsföderalismus grundlegend reformiert werden.



Mut zur Differenzierung

Im Wahlprogramm findet sich keine Positi- onierung zum Thema „Kulturhoheit der Län- der“. Es gibt jedoch folgende Hinweise zu den Bildungsstandards. Diese müssen sich in allen Schulformen an dem jeweils höchsten Niveau in Deutschland ausrichten, da- mit der Übergang von der Schule in die Ausbildung oder zum Studium ohne zu große Enttäuschung verläuft. Zugangsvoraus- setzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

► KOMMENTAR ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017:

Die Volksparteien haben ein Glaubwürdigkeitsproblem

Dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag begegnen viele Politi- kerinnen und Politiker mit Betroffenheitsrhetorik und Schuldzuweisungen gegenüber den Medien. Die abgestraften „Volksparteien“ sollten nicht der Versuchung erliegen, mittels AfD-Verteufelung und Medienschelne von eigenen Versäumnissen abzulenken.

Großen Worten folgen zu oft kleine Taten

Auch bei den Bundestagswahlen 2017 war Bildung ein großes Thema – wie in allen Bundes- und Landtagswahlen davor. In den Wahlprogrammen werden große Erwar- tungen geweckt. Und das ist der eigentli- che Kern des Problems, dem sich nicht nur, aber vor allem CDU und SPD stellen müss- ten: Großen Worten vor Wahlen folgen al- lenfalls kleine Taten nach Wahlen.

Bildungsversprechen werden nicht eingehalten

Die Herausforderungen sind groß, es gibt viele Bildungsbaustellen: Leistungsfähig- keit des Bildungssystems, Studier- und Ausbildungsfähigkeit, Inklusion, Migra- tion, Digitale Bildung usw. Mehrheitlich waren und sind SPD und CDU in Bund und Ländern für Bildung zuständig – ihrer Ver- antwortung sind sie nur bedingt gerecht geworden. Statt Bildungsbaustellen zu ei-

nem erfolgreichen Abschluss zu bringen, werden einfach neue aufgemacht.

Wir erwarten echtes Interesse an zu- kunftsweisender Bildung

Alle bildungspolitischen Vorhaben leiden unter der chronischen Unterfinanzierung des Bildungssektors. Die Kluft zwischen Wahlversprechungen und deren Umset- zung, zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird immer größer. Das können die Regie- rungsparteien nur ändern, indem sie sich ihrer Verantwortung stellen und endlich die Rahmenbedingungen für gelingende Bildung ermöglichen. Wir erwarten auch nach Wahlen echtes Interesse an guter und zukunftsweisender Bildung.

Michael Eich

► AUS DEM ARCHIV:

Helmut Kohl und Schule

Dr. Helmut Kohl war schon zu Lebzeiten als großer Deutscher und großer Europäer in die Geschichte eingegangen. Sein überragendes Werk ist die Einheit Deutschlands. Im Jahr 1990 äußerte er sich in der rheinland-pfälzischen Verbandszeitschrift des VDR als amtierender Bundeskanzler zu den Themen Schule, Lehrerrolle und Beamtentum. Die Fragen stellte der damalige Chefredakteur der „Realschulblätter Rheinland-Pfalz“ Bernd Karst. Die Antworten wurden in der Ausgabe 1/1990, S. 73ff., veröffentlicht. Sie sind auch heute noch aufschlussreich, weshalb wir eine kleine Auswahl in Erinnerung an den am 16. Juni verstorbenen Altkanzler in unserer Zeitschrift aufnehmen.



Helmut Kohl bei seiner Einschulung 1936
Foto: Kopie aus Heft 1/1990 der „realschulblätter“

Bernd Karst: Welche Unterrichtsfächer waren früher Ihre Lieblingsfächer?

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Geschichte und Deutsch, aber auch Religion und Sport.

Welche Eigenschaften sollte ein Lehrer besitzen?

Um den Beruf des Lehrers wirklich gut ausüben zu können, sind viele Eigenschaften vonnöten. Ich nenne die, die mir am wichtigsten zu sein scheinen: Hohes fachliches Können muss unbedingt verbunden sein mit einer überzeugenden Persönlichkeit, die Kindern und Jugendlichen ein Vorbild gibt. Dazu gehören nach meiner Überzeugung auch eine gewisse Strenge und Konsequenz – und zugleich die Fähigkeit zu erkennen, wann Nachsicht geboten ist; beides sollte im rechten Verhältnis zueinander stehen. Entscheidend ist aber die Fähigkeit der Lehrerin oder des Lehrers, eine von Sympathie und Zuneigung geprägte Beziehung zu den Schülern aufzubauen. Ein Lehrer, der die ihm anvertrauten Kinder und Jugendlichen lediglich als Objekte pädagogischer Betreuung betrachtet, hat seinen Beruf verfehlt – wie qualifiziert er im übrigen auch sein mag.

Bitte schildern Sie ein besonderes Erlebnis aus Ihrer eigenen Schulzeit!

Ich erinnere mich noch genau an jenen Tag nach dem Kriege, als wir einen neuen Lehrer bekamen, von dem wir wussten, dass er als ehemaliger Offizier, soeben aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, sich noch nicht in den neuen Umständen zurechtgefunden hatte. Er erwartete von seinen Schülern, dass sie auf seinen schneidenden Befehlston mit unbedingter Disziplin antworteten. Dies wollten meine

Klassenkameraden und ich uns nicht gefallen lassen. Als er am ersten Tag seines Schuldienstes mit einem lässigen „Guten Morgen“ begrüßt wurde, reagierte er äußerst ungehalten und brüllte: „Aufstehen!“ Darauf machte ich ihm als gewählter Klassensprecher deutlich, dass wir uns einen Kasernenton nicht mehr gefallen lassen würden. Wir lebten nun in einer Demokratie, und dazu gehöre, dass auch ein Lehrer sich an neue Umgangsformen gewöhnen müsse. Es muss ein Schock für ihn gewesen sein, aber er begriff schnell, entschuldigte sich, und seither sind wir Schüler mit ihm sehr gut ausgekommen.



► RELAUNCH

Bildung Real – Bundeszeitschrift mit neuem Titel, neuer Optik und neuem journalistischen Format

Mit der letzten Ausgabe hat sich unsere Bundeszeitschrift sichtbar verändert. Der Bundesvorstand hat einen so genannten Relaunch durchgeführt.

Bildung Real heißt der neue Titel. Er ist Dachmarke unseres Bundesverbandes und unserer einzelnen Landesverbände. Zentrale Themen sind die schulpolitischen Leitlinien des VDR-Bundes und der Landesverbände. Das Internet und die sozialen Netzwerke haben generell den Charakter von Zeitungen und Zeitschriften radikal verändert. Diese Veränderung betrifft somit auch unsere Verbandszeitschrift. Bildung Real konzentriert sich künftig stärker auf Hintergrund, Analyse und Orientierung. Unsere Bundeszeitschrift versteht sich nicht als Konkurrenz, sondern als tiefgehende Ergänzung zu anderen Medien. Da wir in einer visuellen Welt leben, hat sich Bildung Real auch einer optischen Neuge-



staltung unterzogen. Die Inhalte bleiben weiterhin primär, aber Texte allein gewährleisten nicht den thematischen Zugang. Neben den grafischen Darstellungsformen haben wir auch das journalistische Format verändert. So gewinnen Hintergrundinformationen, Themenschwerpunkte, Analysen, Meinungsforen, Interviews, Stellungnahmen und Kurzberichte aus den Landesverbänden einen höheren Stellenwert.

Mit der Neukonzeption unserer Bundeszeitschrift wollen wir die Wirksamkeit unserer Verbandsarbeit sicherstellen und erhöhen. Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, nach der Lektüre unserer Bundeszeitschrift zu dem Fazit gelangen: „Ich erfahre mehr als früher!“ oder „Das habe ich

in dieser Deutlichkeit nirgendwo anders gelesen!“, dann hat Bildung Real seinen Anspruch erfüllt.

Carlo Kaden/Bernd Karst

► VRB-STELLUNGNAHME:

Entwurf eines Landesgesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2017/2018 (LBVAnpG 2017/2018)

Der Verband Reale Bildung (VRB) war mit den Entwurfsinhalten nicht einverstanden und forderte im Rahmen der Anhörung der Spitzenverbände den dbb-Landesvorstand auf, die bisher verfolgte Verhandlungsstrategie gegenüber der Landesregierung weiter zu verfolgen. Im Einzelnen führte der VRB in seiner Stellungnahme aus:

1. Wettbewerbsnachteile in der Gewinnung von Lehrkräften

Dass die vom dbb-Landesvorstand geforderte Linearanpassung zur Füllung der durch die Wirkjahre der „5 x 1 %“-Regelung gerissene Bezahlungslücke durch die Landesregierung keine Berücksichtigung erfährt, halten wir für eine gravierende Fehlentscheidung, die langfristig zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen bei der Gewinnung von Lehrkräften führen wird. Der Bedarf an Lehrkräften wird in den kommenden Jahren erheblich zunehmen. Die Bundesländer werden gezielt um Lehrkräfte werben. Rheinland-Pfalz handelt sich durch eine im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechtere Besoldung Wettbewerbsnachteile ein. Schon jetzt vergleichen Lehrkräfte die Besoldungstabellen der benachbarten Bundesländer und kommen zu erstaunlichen Ergebnissen. Rheinland-Pfalz muss durch die Linearanpassung die Wettbewerbsnachteile ausgleichen.

2. Beihilferechtliche Änderung bietet Konfliktpotenzial

Die beabsichtigte beihilferechtliche Änderung ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Annahme, dass ein externer Dienstleister in der Prüfung der Krankenakten Einspareffekte erzielen kann, ist zunächst als ein ungerechtfertigtes Misstrauensvotum des Landes gegenüber seinen Mitarbeitern zu werten. Wir vermuten, dass das Land mit der Änderung Personaleinsparungen erzielen will, die vordergründig zur Entlastung des Haushalts genutzt werden sollen. Die vom Land erwarteten Einsparungen bei den Beihilfeausgaben sind nur dann zu erzielen, wenn den externen Dienstleistern Zielvorgaben gesetzt werden, die zu restriktiven Prüfungen führen müssen und für die Beihilfeberechtigten Konfliktpotenzial bringen werden, die besonders die Gruppe der Pensionäre belasten werden. Wir haben darüber hinaus Zweifel, ob der Datenschutz insbesondere mit Hinblick auf die Einsichtnahme in die Krankenakten die beabsichtigte Änderung rechtfertigt.

Wilfried Rausch

► dbb-RHEINLAND-PFALZ:

Dem Hass keine Chance: Demokratisch handeln – Haltung zeigen!



Unter Leitung der Vorsitzenden Lilli Lenz (vorne Mitte) werteten dbb-Landes- und Hauptvorstand die Tarifrunde 2017 aus. Der stellvertretende dbb-Vorsitzende Gerhard Bold (7.v. links) berichtet von erfolgreicher Arbeit der dbb-arbeitnehmervertretung im Vorfeld der Tarifverhandlungen. Das Plenum zeigte sich zufrieden mit der Warnstreikaktion und auch mit dem erreichten Tarifabschluss und seiner Übertragung auf den Beamtenbereich. Seitens des VRB nahmen Timo Lichtenthäler (4. v. links) und Wolfgang Wünschel teil. Verabschiedet wurden Entschlüsse zu folgenden Themen:

Besoldung und Versorgung: „Faire Bezahlung und kein Austesten rechtlich gerade noch zulässiger Untergrenzen“

Auszug: „... Wir fordern nach wie vor ein Aufholen des Besoldungs- und Versorgungsrückstandes in Höhe von insgesamt sechs Prozent zusätzlich zu linearen Tarifergebnisübertragungen. Ein Einstieg hierfür wäre die Festlegung von jeweils mindestens einem zusätzlichen Prozent für das Jahr 2017 und das Jahr 2018.

Fairness und Angemessenheit müssen bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz oberste Priorität haben. Insbesondere angesichts der aktuellen Aufgaben- und Belastungsentwicklung auf allen Dienstebenen dürfen Regierung und Politik

nicht darauf verfallen, den unteren Rand des nach der Bundesverfassungsgerichtsrechtsprechung gerade noch rechtlich Zulässigen bei Besoldungs- und Versorgungsentscheidungen auszuloten.

Attraktive und wettbewerbsfähige Bezahlungsbedingungen sind aus Gewerkschaftssicht nämlich das A und O bei der Nachwuchsgewinnung und speziell bei der Fachkräftegewinnung, bei der Motivationssteigerung und damit bei der Qualitätssicherung in der öffentlichen Aufgabenerfüllung ...“

Personalpolitik: Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst

Auszug: Der öffentliche Dienst in Deutschland ist in zweifacher Hinsicht vom demografischen Wandel betroffen: Es geht darum, auf einem immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt geeigneten Nachwuchs für die unterschiedlichsten Aufgaben der Verwaltung zu gewinnen. Gleichzeitig muss der öffentliche Dienst aber auch älter werdenden Beschäftigten gerecht werden.

Eine demografiegerechte Personalpolitik ist daher für alle Ebenen der Verwaltung von wachsender Bedeutung. Das schließt – trotz aller haushaltspolitisch gebotener Sorgfalt – eine aufgabengerechte Personalausstattung des gesamten öffentlichen Dienstes

ein. Vor diesem Hintergrund muss die Kompetenz auch des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz durch erfolgreiche Nachwuchsgewinnung, hohe Motivation und Nutzung aller Potenziale gesichert werden.

Im Handlungsviereck aus Personalbedarfsanalyse, Qualifizierung/ Wissenstransfer, familienfreundlichem Arbeiten sowie Sicherung der Arbeitsfähigkeit müssen nicht nur konkrete Maßnahmen (weiter-)entwickelt werden, sondern es müssen dafür auch die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Dem Hass keine Chance: Demokratisch handeln – Haltung zeigen!

Auszug: „Schon ein Blick auf die aktuelle Nachrichtenlage und die Kommentarspalten in den elektronischen Medien reicht für folgende Feststellung aus:

Aggressivität in Sprache, Umgangsformen und konkretem Handeln nimmt in immer mehr Bereichen des täglichen Lebens zu.

Aus unseren Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden wissen wir, dass dies insbesondere für den öffentlichen Dienst zutrifft ...

Der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz bekräftigt die Absicht und den Inhalt des Erklärungsentwurfs.

Hass, Aggression und Angst zerstören Gemeinschaft – egal ob in der Schule, auf dem Amt, im Betrieb, in der Nachbarschaft oder zwischen den Nationen Europas. Sachliche und respektvolle Kon-

troversen, wie wir sie in der pluralistischen Gesellschaft und im privaten Leben brauchen, werden dadurch zunehmend erschwert.

Diese Verrohung im sozialen und politischen Umgang wirkt sich auf das Alltagsleben in Rheinland-Pfalz aus und ist auch im öffentlichen Dienst deutlich spürbar.

Wir appellieren deshalb an alle, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so unsere Demokratie zu bewahren.

Dafür setzen wir uns ein.“

Text: Wolfgang Wünschel

Foto: Malte Hestermann



dbb und VRB demonstrieren gemeinsam

Archivfoto: Wünschel

► SOMMERTAGUNG LANDESHAUPTVORSTAND:

Wahlanalyse und verbandspolitische Impulse

In bewährter Tradition traf sich der Landeshauptvorstand zu seiner jährlichen Sitzung in den Sommerferien, um sich über die verbandspolitische Arbeit auszutauschen. Der Bezirk Trier lud als Ausrichter des zweitägigen Arbeitstreffens nach Kell am See in den Hunsrück ein. Themenschwerpunkt waren die verbandspolitischen Weichenstellungen für das neue Schuljahr.



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler begrüßte die LHV-Mitglieder, blickte auf den Personalratswahlkampf zurück, griff die aktuellen schulpolitischen Themen auf, würdigte die zahlreichen VRB-Projekte und dankte für das große Engagement und die vielfältige Unterstützung der VRB-Gremien und VRB-Mitglieder.

Michael Eich, er war der Leiter des Wahlkampfteams, referierte mit Blick auf die Personalratswahlen über die Ergebnisse, die der VRB im Bereich der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen erzielen konnte, sowie über die daraus resultierenden Strategien. Für die künftige Verbandsarbeit beschrieb er neue Impulse.

In den Arbeitsgruppen tauschten sich die Tagungsteilnehmer unter anderem über ihre Schulbesuche, die Delegiertentreffen sowie den Dialog mit den Mitgliedern innerhalb der drei Bezirke aus. Aus diesen Erfahrungen leitete man neue Akzente für den inhaltlichen Dialog und verbandspolitische Impulse ab.

2. Bild von oben: Die Koordination der Verbandsmedien, den VRB-Facebook-Auftritt und die Gestaltung der Homepage nahmen die zuständigen Referenten Holger Schwab, Saskia Zimmermann und Gerhard Hein (von li.) in den Blick. Diskutiert wurde auch die Etablierung einer VRB-App.

3. Bild von oben: Mehrere Arbeitsgruppen verlegten ihre Beratungen ins Freie. Ehrenmitglied Alfons Denig (re.) beteiligte sich an den Diskussionen über die Delegiertenarbeit und die Mitgliederbetreuung. Unter anderem wurden die Vergünstigungen des dbb vorsorgewerks genannt, die den VRB-Mitgliedern zur Verfügung stehen. (www.dbb-vorteilswelt.de)

Bild unten: In der von Bernd Karst (2.v.re.) moderierten Arbeitsgruppe „Fachkongress 2018“ wurden Themen und Referentenvorschläge gesammelt sowie Organisationsfragen erörtert. Auch diesmal engagiert mit dabei: Jutta Grabkowski (li.), die frühere Landesvorsitzende.



Text: Christoph Krier
Fotos: Wolfgang Wünschel

PISA-Studie bestärkt Forderungen des VRB nach kleineren Klassen

Nicht die kognitiven Leistungen in Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften, sondern das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler steht im Mittelpunkt der aktuellen PISA-Studie, die 2015 durchgeführt und jetzt veröffentlicht wurde. Der dritte von insgesamt fünf Bänden der PISA-Studie konzentriert sich auf Indikatoren, die sowohl negative Ergebnisse abdecken (z.B. Angst, schlechte Leistung), als auch auf positive Impulse, die eine gesunde Entwicklung fördern (z.B. Interesse, Engagement, Motivation).

Zusammenfassung der PISA-Ergebnisse 2015:
www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/PISA_2015_Zusammenfassung.pdf

„Einen Schock löst diese dritte PISA-Studie nicht aus“, kommentiert Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung Rheinland-Pfalz, die Ergebnisse. Beim ersten weltweiten Vergleich vor 16 Jahren fielen die deutschen Schüler durch schlechte Leistungen auf. Mittlerweile liegen sie diesbezüglich im oberen Mittelfeld. „Das Gesamtbild wird allerdings getrübt durch die Zunahme von Mobbing“, erklärt Lichtenthäler. Fast jeder sechste Fünfzehnjährige in Deutschland wird nach der neuen Erhebung regelmäßig Opfer von massiven Angriffen körperlicher und seelischer Misshandlungen durch Mitschüler. „Es kann nicht angehen, dass so viele Kinder und Jugendliche unter Mobbing leiden. Die Lehrkräfte leisten immer mehr Beratung und Unterstützung, aber sie sind zeitlich völlig überfordert. Denn in Klassen mit bis zu 30 Schülerinnen und Schüler sind die pädagogischen Möglichkeiten der individuellen Zuwendung eingeschränkt“, erklärt die VRB-Bezirksvorsitzende Saskia Zimmermann (Neustadt).

Stärker Hinsehen

Bengjamin Bajraktari (Koblenz) sieht die Notwendigkeit eines stärkeren Hinschauens und Helfens. „Vorbeugung ist die beste Methode gegen Mobbing. Diese erfolgt aber nicht nur im Klassenverband, sondern auch in vielen Einzelgesprächen.

Die Problematik Cybermobbing und damit verbunden die Gefahr, dass Identität und Selbstwertgefühl unserer Schüler zerstört werden, können wir nicht ignorieren“, so der VRB-Bezirksvorsitzende Koblenz.

Es liegt offenbar nicht am vermeintlichen „Notendruck“, wenn Jugendliche in Deutschland Angst vor dem Schulbesuch haben, hebt VRB-Bezirksvorsitzender Christoph Krier (Trier) hervor: „Die aktuelle PISA-Studie, die im Auftrag der OECD das Lernumfeld und Lernverhalten von 15-Jährigen analysiert, hat die These widerlegt, wonach es an deutschen Schulen besonders großen Schulstress und hohen Leistungsdruck gibt“.

„Mobbing macht Schule zur Qual. Wir müssen deutlich machen, dass Gewalt an Schulen keine Chance hat.“ Der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler will verstärkt darauf hinwirken, dass die Landesregierung die Klassenmesszahlen senkt. „Wir sind Lehrer geworden, weil wir Unterrichten und Erziehen von Kindern und Jugendlichen als unsere berufliche Lebensaufgabe gewählt haben. Ich sehe die Landesregierung in der Pflicht, unsere verantwortungsvolle Aufgabe durch die Schaffung kleinerer Klassen und verbesserter Rahmenbedingungen zu unterstützen. Die PISA-Studie unterstreicht die positiven Effekte kleiner Klassen.“

Pädagogische Handlungsfähigkeit

Der VRB fordert eine Klassenhöchstgrenze von 25 Schülerinnen und Schülern ab Klassenstufe 7 an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen bzw. eine Klassenhöchstgrenze von 20 Schülerinnen und Schülern in den Berufsreife-Klassen. „Eine Senkung der Messzahlen bewirkt ein

Zugewinn an pädagogischer Handlungsfähigkeit.“ Die Landesregierung dürfe nicht nur fordern, sie müsse auch investieren, so Lichtenthäler.

Zum Hintergrund

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen.

Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen. Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.

► IM GESPRÄCH MIT DEN LANDESVORSITZENDEN KAREN CLAASSEN UND TIMO LICHTENTHÄLER:



Erfordert guter Unterricht die Nutzung digitaler Medien?

Unsere Gesellschaft ändert sich ständig und mit ihr ändern sich die Anforderungen und Erwartungen an die Schulen. Schulen stellen sich neuen Entwicklungen, auch dem digitalen Wandel. Er hat die Schulen mittlerweile in rasantem Tempo erfasst. Aber ohne die Lehrerinnen und Lehrer gelingt das Lernen in einer digitalen Welt nicht. Sie stehen vor großen Herausforderungen. Am Rande der Mitteldeutschen Bildungskonferenz in Halle „Schule von Luther bis zur Industrie 4.0“ thematisiert Bernd Karst, stellvertretender VDR-Bundesvorsitzender, im Gespräch mit Karen Claassen, Landesvorsitzende Saar, und Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, das Lehren und Lernen in einer digitalen Welt. Zur Sprache kommt auch die aktuelle Schulpolitik in Rheinland-Pfalz und im Saarland – wir drucken das in der VRB-Bundeszeitschrift veröffentlichte Interview in Auszügen ab.

RBiRP: Frau Claassen, wir haben heute eine Lehrergeneration, die zunehmend vertraut ist im Umgang mit digitalen Medien ...

Karen Claassen: ... aber die Vorstellung, dass jüngere Lehrkräfte generell besser als ältere Lehrkräfte mit digitalen Medien umgehen können, entspricht nicht meiner Beobachtung.

Timo Lichtenthäler: Zustimmung. Dennoch muss es einen niederschweligen Zugang zum Medium geben. Unsere Lehrerinnen und Lehrer brauchen die Sicherheit, dass die Technik nicht versagt. Sie muss auch im Sinne einer effizienten Nutzung der Unterrichtszeit funktionieren. Die Schulen brauchen einen technischen Assistenten, der die Lehrkräfte bei Bedarf unterstützt. Die Systeme werden komplexer. Wir müssen die Lehrkräfte vor der technischen Überforderung schützen.

Vielerorts werden die unzureichenden Rahmenbedingungen beklagt. Wer digitale Bildung will, muss investieren. Was erwarten Sie konkret von der Politik?

Karen Claassen: Ich erwarte endlich ein Umdenken der Politiker. Die Ideologisierung der Bildungspolitik hat die Lehrkräfte in den Schulen in vielerlei Hinsicht vor kaum zu bewältigende Aufgaben gestellt. Nicht nur personell, sondern auch materiell und sächlich sind viele Schulen nicht auf die aktuellen und künftigen Aufgaben vorbereitet. Voraussetzungen, wie geschultes Fachpersonal auf allen Ebenen, ein funktionierendes Internet, WLAN, Laptops für die Schüler usw. gibt es entweder nur punktuell oder gar nicht. Die Schulen brauchen Zeitressourcen, um Konzepte zu erstellen.

Dies geht nicht ohne zusätzliche Lehrerstellen. Politik muss erheblich mehr investieren. Wer Deutschland als Bildungs Nation nach vorne bringen will, muss hierfür auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Timo Lichtenthäler: Es muss sichergestellt sein, dass die technische Infrastruktur gegeben ist. Was nützt die beste Fortbildung, wenn das Wissen danach nicht sofort unterrichtlich ausprobiert und angewendet werden kann?

Gute sächliche und personelle Rahmenbedingungen sind unverzichtbare Gelingensvoraussetzungen. Aber erfordert ein guter Unterricht zwangsläufig eine stärkere Nutzung digitaler Medien?

Karen Claassen: Ein guter Unterricht wird von einer motivierten, pädagogisch und fachlich gut ausgebildeten Lehrkraft getragen. Die motivierende und emotionale Komponente im Unterricht ist der Mensch und diese Voraussetzung ist die Hauptsäule für das Gelingen eines guten Unterrichts. Der Einsatz digitaler Medien kann eine große Bereicherung für einen attraktiven Unterricht sein. Dafür muss ein funktionierendes Team aus Fachkräften einen reibungslosen Ablauf beim Einsatz der Medien gewährleisten.

Nur wenige Lehrer können die Geräte professionell warten und programmieren. Das ist auch nicht ihre eigentliche Aufgabe. Es wird zunehmend einen gezielten Einsatz von Medien im Unterricht geben. Dabei spielt aber auch die Vermittlung der Medienkompetenz eine zentrale Rolle.

Timo Lichtenthäler: Guter und qualitativer Unterricht hat viele Gelingensbedingungen. In erster Linie sind hier die Fachlichkeit und die Beziehungsgestaltung zu den Schülerinnen und Schülern zu nennen. Eine Methodenvielfalt kann auch dazu beitragen. Es ist daher unabdingbar, dass sich der Medieneinsatz an den Erfordernissen der Unterrichtsinhalte und der Lerngruppen orientiert.

Rheinland-Pfalz und Saarland sind benachbarte Bundesländer, aber agieren schulpolitisch sehr unterschiedlich. In beiden Bundesländern werden die Bildungsministerien von der SPD geführt, allerdings in unterschiedlichen Koalitionen. Wie wirkt sich das auf die Schulpolitik aus?

Karen Claassen: Die Bildungspolitik im Saarland ist weniger pragmatisch. Sie wird ideologisch geführt, was gerade in den Gemeinschaftsschulen zu immer größeren Problemen führt.

Timo Lichtenthäler: Die seit rund einem Jahr regierende Ampelkoalition hat im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Realschule plus, die von der SPD-geführten Landesregierung 2009 auf den Weg gebracht wurde, zu stärken. Anfang des Jahres fand in der Landeshauptstadt eine öffentlichkeitswirksame „Woche der Realschule plus“ statt. In der inneren Ausgestaltung hat der VRB erreicht, dass zum Schuljahr 2017/18 zunächst an Realschulen plus ab 540 Schülern eine weitere Funktionsstelle geschaffen wird. Dennoch lässt die rheinland-pfälzische Landesregierung in gesamtgesellschaftlichen Fragen, wie zum Beispiel Inklusion und

Migration, wirksame Unterstützungs- und Entlastungsinstrumente vermissen.

Schule und Verbandsarbeit erfordern einen enormen Zeitaufwand. Was unternehmen die beiden Landesvorsitzenden, wenn sie sich nicht in der Schule aufhalten oder für ihren Verband unterwegs sind?

Karen Claassen: Mein Partner und ich erleben und genießen das Saarland und das Land Rheinland-Pfalz und, wenn die Zeit reicht, auch den Rest vom wunderbaren Deutschland. Wir sind oft auf Fußballplätzen, da alle vier Kinder mit Leidenschaft gegen das Leder treten. Die Pflege von Freundschaften und gutes Essen gehören zu meinem Leben ebenso wie Sport und ein gemütliches Zuhause.

Timo Lichtenthäler: Die Zeit außerhalb der Schule und Verbandsarbeit gehört meiner Familie und meiner kleinen Tochter. Gelegentlich schaue ich mir als Anhänger von Eintracht Frankfurt ein Spiel in der Commerzbank Arena an. Dass diese Leidenschaft meinen rheinland-pfälzischen Vorstandkollegen, die dem 1.FC Kaiserslautern oder Mainz 05 zugetan sind, nicht unbedingt gefällt, weiß ich sehr wohl. Aber letztlich schauen sie tolerant über meine Vorliebe zu einem hessischen Fußballverein hinweg.

*Das Gespräch führte Bernd Karst für
„Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“*




ZUR PERSON

Timo Lichtenthäler (39) absolvierte sein Referendariat an der Maximilian-zu-Wied-Realschule, wo er nach dem Examen seine Unterrichtstätigkeit als Realschullehrer in den Fächern Deutsch und Biologie aufnahm.

Seine weiteren Stationen waren die Realschule plus Linz und die Heinrich-Heine-Realschule plus Neuwied. Seit 2014 ist Timo Lichtenthäler stellvertretender Schulleiter an der Realschule plus Adenau mit Fachoberschule.

Seine Stationen im Verband führten ihn vom Bezirksvorstand Koblenz (Bezirksvorsitzender) zum Landesvorstand des Verbandes Reale Bildung (VRB).

Seit März 2016 ist Timo Lichtenthäler rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung (VRB) im VDR.



ZUR PERSON

Karen Claassen (50) studierte die Fächer Biologie und Chemie und arbeitete danach vier Jahre im sozialen Bereich mit benachteiligten Kindern. Einige Jahre widmete sie sich als Honorartrainerin und Übungsleiterin der Leichtathletik.

Ihre schulischen Stationen waren Hanau (Haupt- und Realschule), Gründau (Förderstufe) und Langenselbold (Integrierte Gesamtschule). Seit 2013 unterrichtet Karen Claassen an einer Gemeinschaftsschule in Saarbrücken.

Im November 2016 wurde Karen Claassen zur saarländischen Landesvorsitzenden des Verbandes Reale Bildung (VRB) im VDR gewählt.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG:

Fehlstarts zum Schuljahresbeginn vermeiden

Verband Reale Bildung fordert Personal und bessere Ausstattung

Der Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz (VRB) fordert die sofortige Verbeamtung der ausgebildeten Vertretungslehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen, um einen erneuten personellen Fehlstart zu vermeiden. „Der Lehrerberuf ist hoch und steigt kontinuierlich in den nächsten Jahren auch infolge der zunehmenden Pensionierungen. Viele Lehrerinnen und Lehrer sitzen auf gepackten Koffern und wissen nicht, wie es beruflich weitergeht. Viele Eltern wissen nicht, ob die Unterrichtsversorgung an der Schule ihres Kindes gesichert ist. Rheinland-Pfalz darf sich keinen bildungspolitischen Stillstand leisten“, erklärt der Vorsitzende des Verbandes Reale Bildung (VRB) Timo Lichtenthäler.

„Baustellen gibt es nicht nur auf den Straßen. Die jedoch werden erkennbar bearbeitet. Im Schulbereich hingegen bleiben zahlreiche Probleme ungelöst. Die Klassen sind allgemein zu groß, die Arbeitsbedingungen widersprechen vielerorts den Erfordernissen,

die digitale Ausstattung ist unzureichend, die Voraussetzungen für Lehren und Lernen sind eingeschränkt“, so der Verband Reale Bildung in seiner Stellungnahme zum Schulstart 2017/2018.

„Die Ansprüche an einen zeitgemäßen Unterricht und an schulische Beratung und Unterstützung sind enorm gestiegen. Der Anteil der außerunterrichtlichen Arbeitszeit übertrifft mittlerweile die reine Unterrichtszeit“, so Lichtenthäler (VRB). Konsequenzen daraus habe das Bildungsministerium bislang noch nicht gezogen. „Wenn die Landesregierung an der personellen Ausstattung spart und gleichzeitig den Schulen zusätzliche Aufgaben ohne entsprechende Entlastungen überträgt, dann sind Verärgerungen und Qualitätseinbußen vorprogrammiert.“ Solche Fehlstarts seien aus Sicht des Verbandes Reale Bildung (VRB) vermeidbar. Noch gebe es „Last-minute-Korrekturmöglichkeiten“ seitens des Bildungsministeriums.

► FUNDSACHE:

Ifo Bildungsbarometer: Digitalisierung, Abschlussprüfungen und Bildungsausgaben

Bei der Digitalisierung zeigen sich die Deutschen überraschend zuversichtlich: 54 Prozent sehen sich selbst als Gewinner, nur 16 Prozent sehen sich als Verlierer der Digitalisierung. Das ist eines der Ergebnisse des neuen Ifo Bildungsbarometers, einer repräsentativen Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.

Die Ausweitung der Digitalisierung an den Schulen findet breite Zustimmung: Digital- und Medienkompetenzen sollen ab dem Grundschulalter vermittelt, Schulen mit Breitband-Internet, WLAN und Computern ausgestattet und mehr Unterrichtszeit für das selbständige Arbeiten am Computer genutzt werden.

Darüber hinaus wurde wieder die Meinung zu einer Vielzahl von bildungspolitischen Themen abgefragt. Beispielsweise spre-

chen sich überwältigende Mehrheiten von 87 bis 91 Prozent für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen beim oder für das Erreichen des Haupt- bzw. Realschulabschluss und für das Abitur aus.

Insgesamt werden die Schulen in Deutschland schlechter beurteilt als in den Vorjahren. Note 1 oder 2 vergaben nur noch 24 Prozent der Befragten, zuvor waren es 2014, 2015 und 2016 zwischen 28 und 30 Prozent.

Parallel dazu hat sich die Bereitschaft zu mehr Ausgaben für die Bildung erhöht. 81 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen oder stark steigen sollten, 2014 waren es nur 71 Prozent.

Wü/Quelle: Ifo NL 2017-3; Link: www.cesifo-group.de/de/ifoHome/research/Departments/Human-Capital-and-Innovation/Bildungsbarometer/Bildungsbarometer2017.html

An Weichenstellungen mitwirken

Wolfgang Seebach wechselt in den Ruhestand und hält Verbindung



Wolfgang Seebach wird auch künftig im VRB-Landesvorstand mitarbeiten.

Foto:Wünschel

Die Realschule plus Cochem verabschiedete Wolfgang Seebach am Ende des Schuljahres nach 38 Dienstjahren als Realschullehrer mit einer würdevollen Feierstunde in den Ruhestand.

Der Wechsel dahin ist für ihn eine Zäsur, denn er gibt ihm neue Spielräume für seine vielfältigen Interessen. Seine alte Schule wird in Fragen der Digitalisierung auch künftig auf ihn zählen können, genau wie der Turnverein Cochem, in dem er sich seit 1979 als Aikido-Übungsleiter engagiert. Und vor allem wird er bei „seinem“ VRB weiter im Landesvorstand mitarbeiten und die Mitgliederverwaltung betreuen.

Wolfgang Seebach stammt aus der Pfalz. Nach der zweiten Staatsprüfung in den Fächern Physik und Erdkunde erhielt er eine

Stelle in Cochem. Hier hat er auch sein privates Glück gefunden und Wurzeln geschlagen.

Als Impulsgeber für seine Tätigkeiten im Verband und in den Personalvertretungen vor Ort beziehungsweise in Haupt- und Bezirkspersonalrat sieht er den langjährigen VDR-Bezirksvorsitzenden Hanns Peters, den früheren HPR-Vorsitzenden Wolfgang Wünschel sowie seinen leider früh verstorbenen Kollegen Manfred Büll.

Wolfgang Seebach ist Zahlen- und Organisationsexperte. Er selbst arbeitet zwar gerne im Hintergrund, aber seine Finanz-, Daten- und Publikationsanalysen stehen im Zentrum vieler Verbandsentscheidungen.

Mitglied des Hauptpersonalrates war Wolfgang Seebach von 2007-2013, danach wechselte er auf Wunsch des Verbandes in den Bezirkspersonalrat. Seine Arbeit in den Stufenvertretungen sieht er als bereichernd an. Sie bot die Chance, an weitreichenden bildungspolitischen und schulorganisatorischen Weichenstellungen mitzuwirken und Fragen sowie Anregungen aus dem schulischen Alltag einzubringen und zu klären. „Der persönliche Gewinn bestand für mich auch darin, gleichsam an der Quelle zu sitzen und schulrechtlich auf der Höhe zu sein.“

Jungen Kolleginnen und Kollegen rät er, sich über den schulischen Alltag hinaus zu interessieren und zu engagieren. Der VRB biete dafür eine gute Plattform.



Auch der Turnverein Cochem, wo er sich seit 1979 als Aikido-Trainer engagiert, kann weiterhin auf ihn zählen.

Foto: privat





► JAHRESTAGUNG SENIORENVERTRETUNG VDR-BUND:

Kernthema Beamtenversorgung

In Königswinter kamen Seniorenvertreter des VDR und des VRB auf Bundesebene zu ihrer Jahrestagung zusammen. Sie tauschten sich über aktuelle Themen aus. Diese erstreckten sich von der Problematik der Flüchtlingsbetreuung über bildungspolitische Entwicklungen, über Beamtenversorgung bzw. Rente bis hin zu aktuellen Informationen aus der dbb Seniorenvertretung. Eine Überraschung dieser Veranstaltung war ein abendlicher Ausflug zum Drachenfels.



Christa Nicklas, die wie immer die Leitung übernommen hatte, wartete mit einem abwechslungsreichen Programm auf.

Lehrerin
Marianne Schäfer nannte zwölf verschiedene Institutionen, mit denen ihre Schule in Verbindung steht, damit die Jugendlichen umfassend betreut werden können und Aussicht auf einen erfolgreichen Hauptschulabschluss haben.



Timo Lichtenthäler stellte das Konzept „Wir stärken die Reale Bildung gemeinsam“ vor. Im Vorfeld der Personalratswahlen in Rheinland-Pfalz waren auch moderne Medien wie Youtube kein Tabu mehr.

Netzwerkarbeit bei der Integration von Flüchtlingen unerlässlich

Aufmerksam verfolgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, was die Lehrerin Marianne Schäfer, die zusammen mit dem Flüchtlingjungen Ali Reza Basti und der Sozialarbeiterin Gierend aus dem Saarland angereist war, über ihre Arbeit mit Flüchtlingen an der Klarenthaler Katherine-Weißgerber-Schule zu erzählen wusste. Den Lehrkräften komme eine zentrale Rolle zu: Sie müssen Beziehungs-, Sozial- und Netzwerkarbeit leisten, Sprach-, Kultur- und Berufsvermittler sein, Integrationsförderer und -forderer und ein ausgefeiltes Unterrichts- und Erziehungskonzept erstellen.

Der Nachmittag stand im Zeichen von verbandsinternen und verbandspolitischen Themen, die vom Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm und vom Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler dargeboten wurden.

Möglichkeiten der Altersversorgung: Umfangreiches Geflecht

Kernthema des zweiten Seminartages war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Beamtenversorgung sowie die Renten- und Besoldungsanpassung, worüber Andreas Becker, Leiter des Geschäftsbereichs Besoldung und Versorgung des dbb, informierte. Die Altersversorgung eines Versorgungsempfängers setzt sich aus der Beamtenversorgung einschließlich einer evtl. betrieblichen Altersversorgung und einer privaten Altersversorgung (Rürup, Riester) zusammen. Bezugsgrößen für die Berechnung sind die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge, die ruhegehaltsfähige Dienstzeit und die jährliche Steigerungsrate.

Ubbo Minks vom Bayerischen Realschullehrerverband gab einen Einblick in die komplizierte Materie der Doppelversorgung im Ruhestand. Er sprach von Witwengeld und Witwenrente, die nach

altem und neuem Recht berechnet wird, von kleiner und großer Witwenrente und von der Höchstgrenzenregelung. Auch die Versorgungsehe, das Waisengeld und Halb-Waisengeld waren ein Thema, ebenso wie Rente wegen Erwerbsunfähigkeit und Rentenminderung.

Ausflug mit ortskundiger Führung

Wilfried Rausch, der rheinland-pfälzische Vertreter, erwies sich als sachkundiger Fremdenführer bei einem Ausflug zum Drachenfels. Mit der ältesten Zahnradbahn Deutschlands erreichten die Seminarteilnehmer das Plateau, von dem sie einen herrlichen Panoramablick auf den Mittelrhein mit der Insel Nonnenwerth hatten, auf die Höhenburgen des Siebengebirges, die Weinberge, auf Rhöndorf mit dem Konrad-Adenauer-Haus und die Köln-Bonner Bucht.

Am letzten Seminartag war der stellvertretende Vorsitzende der Seniorenvertretung



VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhme äußerte sich zu bildungspolitischen Entwicklungen. Sein Vortrag stand unter dem Thema „Demokratie, Verantwortung, Teamgeist, Respekt, Toleranz, Identität“



Ubbo Minke verdeutlichte mit Beispielen für die Rentenberechnung seine Ausführungen.

Jürgen Becker hält eine ergänzende eigenverantwortliche Altersversorgung für durchaus sinnvoll.



Ein wichtiges Anliegen für Klaus-Dieter Schulze ist die Sicherung einer auskömmlichen Rente. Ein angemessener Lebensstandard sollte gewährleistet sein.



Wilfried Rausch zeigte, dass er nicht nur ein guter Kenner dieser Landschaft ist, er überraschte auch mit profunden Kenntnissen der regionalen Geschichte.

des dbb, Klaus-Dieter Schulze, ins dbb forum gekommen, um über Aufgaben und Inhalte der Bundesseniorenvertretung zu informieren. Es werden Fachtagungen initiiert, die für Senioren relevante Themen wie Sicherheit im Alltag, Mobilität, Internet und Pflege anbieten. Auch zwei Hauptversammlungen finden im Jahr statt, bei der die Einzelgewerkschaften des dbb vertreten sind.

Zum Abschluss zwei Wünsche

Aus dem Teilnehmerkreis wurden zwei Wünsche an den Vorsitzenden der dbb-Seniorenvertretung herangetragen. Eine Rentenauskunft durch den dbb wäre wünschenswert, damit die Betroffenen rechtzeitig Planungssicherheit erhalten. Außerdem sollte sich der dbb stark machen gegen Altersdiskriminierung, die sich vor allem bei der Kreditvergabe, der Autoversicherung und der Reiserücktrittsversicherung bemerkbar machten.

Christa Nicklas dankte zum Schluss allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierte Mitarbeit. Sie bat darum, die dbb-Informationen und das Angebot von Veranstaltungen an die Basis weiter zu geben.

*Text (Auszug): Werner Hillen
Fotos: Carlo Kaden*

Literatur- und Quellenhinweise:

Internet:

www.beamtenversorgung-in-bund-und-laendern.de

Literatur:

*Die Beamtenversorgung in Bund und Ländern, Stand: Mai 2016, Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V., Ratiborweg 1, 40231 Düsseldorf
Kontakt: Mail: info@d-b-w.de, Tel.: 0221/7300335; Preis: 7,50 Euro*



► KORREKTUR Unbeabsichtigt: Fotorätsel

Zahlreiche Leserinnen und Leser haben es bemerkt: Auf Seite 42 der letzten Ausgabe war Finanzministerin Ahnen, die an der Mainzer Woche der Realschule plus teilnahm, beim besten Willen nicht zu erkennen. Die Bildunterschrift lief ins Leere.

Wir heilen das in zwei Teilen.

Heute verknüpfen wir die Original-Bildunterschrift mit einem Portrait, das uns die Pressestelle des Finanzministeriums zur Verfügung stellte.

Und in der nächsten Ausgabe informieren wir in einem Kurzinterview, wie Finanzministerin Doris Ahnen bildungs- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnet.

Wü

Realschule plus: Startschuss einer Informationskampagne

„Dass sich Finanzministerin Doris Ahnen an der Woche der RS plus beteiligte, hatte wohl auch symbolische Bedeutung. Als Bildungsministerin brachte sie die Realschule plus auf den Weg. Beim Besuch der Kanonikus-Kir Realschule plus mit Fachoberschule sagte sie: „Es ist sehr erfreulich, dass die Realschule plus die Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz dabei unterstützt, einen zukunftssichernden Abschluss zu erlangen.“



(Foto: FM RLP/HeikeRost.com)

► BILANZ Unterricht in Herkunftssprache für mehr als 14 200 Schüler

Fünf Jahre nach Einführung des Herkunftssprachenunterrichts an Schulen in Rheinland-Pfalz wird das zusätzliche Angebot rege genutzt. Mehr als 14 200 Kinder und Jugendliche aus Familien mit ausländischen Wurzeln erhielten im zurückliegenden Schuljahr drei bis fünf Wochenstunden in ihrer Muttersprache. Am häufigsten unterrichtet wird Türkisch (7030), gefolgt von Russisch (2323), Arabisch (950) und Italienisch (867). «Nur wer seine Muttersprache gut beherrscht, kann auch Deutsch und andere Sprachen gut lernen», sagte Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) der Deutschen Presse-Agentur.

Hr/Quelle: Mainzer Allgemeine Zeitung 12.07.2017

► URTEIL: KREIS MUSS FÜR BEFÖRDERUNG ZAHLEN Schulweg darf auch über die Grenze führen

Der Kreis Südliche Weinstraße muss die Beförderungskosten zweier Schüler übernehmen, obwohl deren Familie jenseits der Grenze in Frankreich lebt. Das hat das Verwaltungsgericht in Neustadt entschieden. Die 2000 und 2003 geborenen Schüler wohnen mit ihrer Familie im französischen Wissembourg und besuchen eine Realschule plus in Bad Bergzabern. Seit Jahren übernahm der Kreis die Fahrkosten. Im Juni 2015 teilte er dann mit, eine weitere Übernahme der Kosten sei nicht möglich. Dafür müssten die Schüler ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben. Dagegen klagte die Familie – mit Erfolg. Das Gericht verwies auf die geltende Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU: Ein Arbeitnehmer aus einem EU-Mitgliedstaat darf aufgrund seiner Staatsangehörigkeit im Hoheitsgebiet des anderen Mitgliedstaates mit Blick auf Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen nicht anders behandelt werden als inländische Arbeitnehmer.

Ra/Quelle: RZ vom 12. 8. 2017 (VG Neustadt – 2 K 1054/16.NW)

Eltern wünschen eine bessere Unterrichtsversorgung

Der Landeselterntag 2017 fand in Gerolstein statt und stand unter dem Leitthema „Zukunft Schule – Anspruch und Wirklichkeit“. Den Plenarvortrag hielt Gastreferent Dr. Peter Struck unter der Überschrift „Das Bildungshaus brennt!“ Der Redner erläuterte den Zuhörern die Bausteine effizienten Lernens. Seit dem PISA-Schock habe sich einiges bewegt, dennoch reiche dies nicht aus. Den Lernenden mangle es an Schlüsselqualifikationen, vor allem an persönlichen Kompetenzen, sowie an vernetztem Denken, meinte Struck.



Foto: www.123rf.com

Schulqualität benötigt u.a. eine starke Schulleiterpersönlichkeit und Konsens im Kollegium.

Was ist eine gute Schule?

Der Referent gab aus seiner Sicht Antworten auf die Frage „Was ist eine gute Schule?“ In einer guten Schule werde viel klassisch kognitiv gelernt, Schüler und Schülerinnen sowie Lehrkräfte fühlen sich wohl und die Schule werde gut nachgefragt. Für Schulqualität sei nicht allein eine Regierung oder Geld verantwortlich. Es brauche vielmehr eine starke Schulleiterpersönlichkeit, Konsens im Kollegium, Schwerpunktsetzung an der Schule und Individualisierung.

Nach dem Plenarvortrag hatten die Anwesenden die Möglichkeit, sich in Gesprächsrunden des „World-Café“ auszutauschen über Themen wie Medien im Unterricht, elterliche Schulmitgestaltung, Gelingensbedingungen für Inklusion, Lernen fürs Leben und Umgang mit Unterrichtsausfall. Beim letzten Themenkreis zeigte sich deutlich, dass sich die Eltern eine bessere Unterrichtsversorgung wünschen.

Landeselternsprecher fordert Lehrerversorgung von 110 Prozent



Dr. Thorsten Ralle

An der Realschule plus wünschen sich die Elternvertreter niedrigere Klassenmesszahlen und eine höhere Lehrerrückmeldung. Damit könne man Schülerinnen und Schülern im Unterricht besser gerecht werden. Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle forderte eine Lehrerversorgung von 110 Prozent, um auch kurzfristig auftretende Probleme ausgleichen zu können.

Am Nachmittag stellte sich Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig den Eltern

in einer Podiumsdiskussion. Sie betonte, dass es für eine gelingende Erziehungspartnerschaft von Schule und Eltern wichtig sei, sich partnerschaftlich auf Augenhöhe zu begegnen: „Dazu gehört für mich vor allem auch gegenseitige Wertschätzung.“

Dr. Thorsten Ralle zeigte sich mit der Veranstaltung zufrieden. Er rief die Landesregierung auf, die zusätzlich erwarteten Steuermehreinnahmen in die Bildung fließen zu lassen.



Anna Becker
anna.becker@vr-bp.de

► GESPRÄCH MIT DER ADD-SPITZE:

Informationskampagne kann Schulentwicklungsarbeit nicht ersetzen!

Zu einem Gespräch mit dem ADD-Präsidenten Thomas Linnertz und der Leiterin der Schulabteilung Brigitte Fischer trafen sich am Anfang der Sommerferien Mitglieder des Landesvorstandes in Trier. Schwerpunktthema des ersten Austauschs mit der ADD-Spitze war die Schulentwicklung der Schulart Realschule plus. Im Gespräch bemängelte der VRB, dass die Informationskampagne zu wenig durch tatkräftige Unterstützung und gezielte Schulentwicklungsarbeit (auch durch die ADD) flankiert wird.



**Teilnehmer: Heinz-Jörg Dähler,
Brigitte Fischer, Thomas Linnertz,
Timo Lichtenthäler, Marlies Kahn und
Michael Eich
(nicht im Bild: Wilfried Rausch)**

Stärkung der Schulart Realschule plus erfordert vielseitigen Einsatz.

Der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler stellt die unterschiedlichen Entwicklungen der Realschulen plus in den Regionen dar. Es gäbe erfreuliche Beispiele, die deutlich machten, dass die Realschulen plus guten Zuspruch der Eltern erführen. Es gäbe allerdings auch zahlreiche Beispiele von Schulen, die um ihre Zukunft aufgrund zurückgehender Schülerzahlen bangen müssten. An der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen könne es nicht liegen. Engagiert stellen sich die Realschulen plus den vielfältigen Anforderungen, die von Gesellschaft, Politik und Bildungsministerium an diese gestellt werden.

Aus Sicht der Verbandsvertreter reicht eine Informationskampagne nicht aus, die Realschule plus zu stärken. Eine Weiterentwicklung der Realschule plus erfordere eine intensivere Begleitung der



ADD-Präsident Thomas Linnertz betont, dass die ADD bestrebt ist, in den Regionen ein vollständiges Angebot an Schulen vorzuhalten.

ADD-Präsident und Schulabteilungsleiterin reagieren ausweichend auf die Forderung des VRB, die Poolstunden zur Profilbildung der Realschule plus nicht länger für DaZ-Unterricht zweckzufremden.

Schulentwicklungsarbeit der Schulträger durch Ministerium und ADD, eine stärkere Einbindung der Grundschulen in Beratung und Empfehlung und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit aller Beteiligten.

Timo Lichtenthäler stellt in Frage, ob die Informationskampagne ausreicht, die Schulart Realschule plus zu stärken.

Thomas Linnertz und Brigitta Fischer würdigen die gute Arbeit und das Engagement der Lehrkräfte an den Realschulen plus. Die ADD verfolge aufmerksam die unterschiedliche Schulentwicklung in den Regionen. Der ADD sei bewusst, dass die fehlende Akzeptanz in einigen Regionen auf verunsicherte Eltern zurückzuführen sei. Hier müsse entgegengesteuert werden. Die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu verbessern, sei das vorrangige Ziel der ADD. Hierzu müssten auch die Lehrkräfte an den Realschulen plus ihren Beitrag leisten. Abteilungsleiterin Brigitta Fischer zeigt sich mit den ADD-Schulreferenten überzeugt, dass die Lehrkräfte sich noch stärker mit ihrer Schulart identifizieren müssen, indem sie selbstbewusst mit positiver Einstellung nach außen ihre Schulart vertreten und sich nicht entmutigen lassen.

VRB fordert, dass die Veränderungen am Arbeitsplatz Schule stärker berücksichtigt werden müssen.

Zweites Schwerpunktthema des Gesprächs sind die Veränderungen am Arbeitsplatz Schule. Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich übernimmt die Gesprächsführung seitens des

Verbandes. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die Themen verändertes Schülerverhalten, Unterrichtsversorgung, Neufassung der Dienstordnung und Lehrergesundheit.

Mit Sorge verfolge der Verband die Veränderungen des Schülerverhaltens. Der erhöhte Zuspruch im Unterricht wie auch außerhalb des Unterrichts sei von den Lehrkräften nur mit erhöhtem Aufwand zu leisten. Gesundheitliche Auswirkungen aufgrund der zunehmenden Belastungen seien erkennbar. Auf Dauer könnten die Lehrkräfte diesen Belastungen nicht standhalten. Die Landesregierung und ADD müssten endlich realisieren, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Unterrichtsverpflichtung müsse herabgesetzt werden und die Pauschale für besondere Aufgaben müsse erhöht werden. Dass die Lehrkräfte an Realschulen plus sich im Vergleich zu den anderen Schularten der Sekundarstufe I nur mit der sogenannten „Drittelpauschale“ zufriedengeben müssten, sei aufgrund der gewachsenen Aufgaben nicht zu rechtfertigen.

Michael Eich konstatiert, dass auch der Anteil der ungebundenen Arbeitszeit ständig zunimmt.

Michael Eich beklagt, dass die Realschulen plus in der inneren Ausgestaltung ihrer Schulen an Grenzen stoßen. Entwicklungen, die Ministerium und ADD zu verantworten hätten, seien nicht förderlich, die Stärken der Realschulen plus und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln.

Als Beispiel nennt Michael Eich die Verwendung der Poolstunden. Diese seien beim Start der neuen Schulart als Plus vom Ministerium zugewiesen worden, um den Einzelschulen Schulentwicklungsprojekte zu ermöglichen. Insbesondere kleinere Schulen benötigten diese Poolstunden für die Organisation des Wahlpflichtbereichs und für die Einrichtung von zusätzlichen Klassen ab der Klassenstufe 7. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass DaZ an



Auseinander gehen die Sichtweisen, was die Belastung der Lehrkräfte an Realschulen plus anbelangt. Der VRB sieht die ADD in der Pflicht, sich der zunehmenden Belastung der Lehrkräfte zu stellen.



Realschulen plus mit den Poolstunden finanziert werden müsse und damit die Möglichkeiten für die ursprünglich geplante Verwendung erheblich eingegrenzt würden. Wie bei den anderen Schularten auch müsse DaZ an Realschulen plus mit zusätzlichen Zuweisungen an Lehrerstunden realisiert werden.

ADD-Präsident Thomas Linnertz ermutigt die Realschulen plus, nicht jedem Anspruch gerecht werden zu wollen.

ADD-Präsident und Schulabteilungsleiterin heben hervor, dass ihnen die Weiterentwicklung der Realschulen plus am Herzen läge. Sie betonen, dass sich jede Schule den Herausforderungen stellen und entsprechende Konzepte mit Unterstützung der ADD zur Bewältigung der Anforderungen entwickeln müssten. Es sei allerdings auch notwendig, über die von außen und innen gestellten Ansprüche nachzudenken. Jedem Anspruch müsse die Schule nicht nachkommen. Die Anregungen des Verbandes zur Personalgewinnung an den Fachoberschulen (FOS) werden von beiden positiv bewertet. Die ADD wird das Bewerbungsverfahren bei den Planstellen im BBS-Bereich überprüfen. Schulabteilungsleiterin Brigitte Fischer stellt in Aussicht, dass bei der Personalgewinnung für die FOS Gymnasiallehrkräfte in allgemeinbildenden Fächern im Bewerbungsverfahren noch stärker einbezogen werden.

Stellenabbau in der ADD wird in engem Austausch mit dem Bildungsministerium realisiert werden.

Auf Nachfragen seitens der Verbandsvertreter erläutert ADD-Präsident Thomas Linnertz die Vorgehensweise von Ministerium und ADD. Die Wertschätzung für die ADD und deren Arbeit sei im politischen Raum hoch, so dass im Einvernehmen mit dem Bildungsministerium gute Lösungen gefunden werden können, um die Vorgaben der Landesregierung umzusetzen. Bildungsministerium und ADD seien sich darüber einig, dass die Schulabteilung in der ADD der sensibelste und wichtigste Bereich sei. Einsparungen in diesem Kernbereich würden sehr genau abgewogen werden. Auf alle Fälle sagt der ADD-Präsident den Verbandsvertretern zu, dass es auf der Ebene der Schulreferenten keine Einsparungen geben werde.

Abschließend würdigen die Gesprächsteilnehmer den Gesprächsverlauf, der kontroverse Themen nicht aussparte und in einem an der Sache orientierten Dialog konstruktiv-kritisch abhandelte.

Fotos: Wilfried Rausch



► KEIN HANDY AM WOCHENENDE Schüler nicht in Grundrechten verletzt

Zieht ein Lehrer das Mobiltelefon eines Schülers wegen einer Unterrichtsstörung ein und wird das Gerät lediglich über das Wochenende einbehalten, kann die Maßnahme nach Rückgabe nicht ohne Weiteres auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin entschieden.

Der klagende Schüler besuchte im Schuljahr 2014/15 die neunte Klasse einer Sekundarschule in Berlin. Die weiteren Kläger sind seine Eltern. An einem Freitag ließ sich der Klassenlehrer des Schülers dessen Mobiltelefon wegen Störung des Unterrichts aushändigen. Eine Rückgabe des Handys an den Schüler selbst lehnte der stellvertretende Schulleiter zunächst ab und behielt das

Gerät über das Wochenende ein; am darauffolgenden Montag konnte es die Mutter im Schulsekretariat wieder abholen. Mit seiner Klage wollten seine Eltern und er festgestellt wissen, dass die Einziehung und Verwahrung des Handys rechtswidrig gewesen sei. Die Maßnahme habe ihn in seiner Ehre verletzt und gedemütigt.

Die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts wies die Klage als unzulässig ab. Nachdem das Handy wieder herausgegeben worden sei, könne die begehrte Feststellung nur ausgesprochen werden, wenn die Kläger ein besonderes Interesse hieran hätten. Daran fehle es. Nachdem der Schüler die Schule verlassen habe, werde sich das Geschehen dort nicht wiederholen. Eine etwaige



Diskriminierung wirke jedenfalls nicht mehr fort. Schließlich liege hierin auch kein schwerwiegender Grundrechtseingriff. Die fehlende Gebrauchsmöglichkeit des Handys über das Wochenende greife nicht in das elterliche Erziehungsrecht ein. Auch wenn der Schüler eigenem Vorbringen zufolge „plötzlich unerreichbar“ gewesen sei, stelle dies keine unzumutbare Beeinträchtigung seiner Grundrechte dar.

Gegen das Urteil kann die Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg beantragt werden.

Hr/Urteil der 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin vom 4. April 2017 (VG 3 K 797.15)

► HÖHERE EINSICHT Freiheitsberaubung in der Schule?

Unter der Überschrift „Lehrer muss wegen Freiheitsberaubung nachsitzen“ berichtete DIE ZEIT am 24.8.2016 über ein Urteil des Amtsgerichts Neuss (Az.: 12 Ds 33/16), das für Diskussionen in den Lehrerzimmern sorgte.

Ein Lehrer hatte in einer sechsten Klasse eine Nacharbeit unter Aufsicht angeordnet und Schüler nach dem Unterricht am Verlassen des Klassenzimmers gehindert. Zwei Schüler, die offensichtlich der Meinung waren, sie seien nicht verpflichtet, im Klassenzimmer zu bleiben, riefen nach dem Klingeln per Handy die Polizei und berichteten, hier würden Schüler festgehalten und geschlagen ...

Der Amtsrichter sprach den Pädagogen vom Vorwurf der Körperverletzung frei. Er verurteilte ihn allerdings wegen Freiheitsberaubung, beließ es aber bei einer „Verwarnung mit Strafvorbehalt“. Er verknüpfte das mit der Auflage, dass sich der Realschullehrer im Umgang mit undisziplinierten Schülern fortbilden müsse.

Der Lehrer nahm das Urteil nicht an, ging stattdessen in die Berufung vor das Landgericht Düsseldorf. Das Landgericht (27.2.2017 - Az.: 5 Ns 63/16) hat den Lehrer nicht nur freigesprochen. Es hat darüber hinaus auch sein Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, warum der Fall überhaupt vor einem Strafgericht verhandelt wurde ...

Wü

Umgang mit Passwörtern

Bei der Nutzung von schulinternen Lernplattformen müssen sich Schüler in der Regel zu Schuljahresbeginn Passwörter zulegen. Im Umgang mit Passwörtern und bei möglichem Missbrauch mit Passwörtern zeigen sich gerade in konkreten Einzelfällen Unkenntnis und Unsicherheit. Wir wollen im Austausch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über konkrete Fälle aus der Schulwirklichkeit zur Klärung beitragen.



Ein Schüler unternimmt keine Anstrengung, sein Passwort vor seinen Mitschülern geheim zu halten. Ein Mitschüler nutzt die Kenntnis und verwendet das Passwort seines Mitschülers missbräuchlich, um im Unterricht unerlaubte Seiten aufzurufen oder Emails mit fragwürdigen und beleidigenden Inhalten gegenüber Lehrkräften und Mitschülern zu verschicken.

Welche Sanktionen hat der Schüler, der mit den Passwörtern anderer Unfug treibt, zu erwarten?

Das kommt grundsätzlich auf die Nutzungsordnung der Schule an. Hier sollten die Sanktionen bei Verstößen gegen die Ordnung sehr genau geregelt werden. Gibt es keine genau formulierte Nutzungsordnung, so kommt es auf die Einsichtsfähigkeit des Schülers an. Erkennt er das Ausmaß seiner Verfehlung, so kann er auch für den angerichteten Schaden in Anspruch genommen werden.

Schulische Sanktionen sind zunächst erzieherische Maßnahmen, bei ernsteren Verfehlungen können es aber auch Ordnungsmaßnahmen sein.

Erzieherische Maßnahmen können z. B. ein Eintrag in das Klassenbuch, das Nachsitzen oder das Beheben eines selbst angerichteten Schadens sein. Im oben genannten Fall könnte man den Schüler also auffordern, alle beleidigenden Inhalte wieder zu löschen und sich bei den betroffenen Personen zu entschuldigen. Im Vordergrund sollte dabei immer der erzieherische Zweck stehen. Wichtig

dabei ist das konsequente Durchsetzen der Maßnahmen durch jeden Lehrer und bei jedem Verstoß.

Um die Ordnung in der Schule aufrecht zu erhalten, gibt es auch einen Katalog an Ordnungsmaßnahmen, die Lehrer bei schweren Verfehlungen aussprechen können. Er ist im §97 der rheinlandpfälzischen Schulordnung zu finden. Danach kann die Teilnahme am Unterricht untersagt werden. Der Schulleiter kann bei ernsteren Vergehen aber auch einen Verweis von der Schule erteilen.

So könnte es sich z.B. anbieten, dem Schüler zumindest zeitweise nicht mehr allein sondern immer nur noch an der Seite des Lehrers Zugang zu den Lernplattformen zu geben. Je nachdem wie intensiv die rechtsverletzende Handlung ist, könnte es auch zu einem zeitweisen Verweis von der Schule bis – im Wiederholungsfall – zum Ausschluß von der Schule führen.

Trägt der Schüler, der sein Passwort nicht genügend schützt, eine Mitschuld?

Schüler sind für die unter ihrer Nutzerkennung erfolgten Handlungen verantwortlich. Deshalb müssen Passwörter vertraulich gehalten werden. Soweit einem Schüler klar ist, dass er sein Passwort nicht weitergeben darf und er es auch vor Missbrauch schützen muss, leistet er zumindest einen Beitrag zu den Rechtsverletzungen, wenn er sein Passwort nicht genügend schützt. Natürlich ist er dabei geringer zu bestrafen als der Verursacher selbst. Auch dieser Umstand sollte in der Nutzungsordnung klar geregelt werden.



Passwort: Passwort



Ein Schüler hat sich das Passwort eines Mitschülers, der sorgsam damit umgeht, angeeignet und gibt dieses Passwort an Mitschüler weiter, die damit Unfug treiben.

Kann auch der Schüler, der indirekt durch die Weitergabe am Unfug beteiligt ist, belangt werden?

Ja, durch die Weitergabe hat er die Rechtsverletzung ja erst möglich gemacht. Daher kann man auch Maßnahmen gegen den Schüler verhängen, der ein fremdes Passwort lediglich weitervergift.

Hat nicht jeder Schüler die Pflicht, das Passwort anderer Mitschüler zu schützen?

Passwörter sind immer vertraulich zu behandeln. Sollte die Gefahr bestehen, dass sie in die Hände von Dritten gelangen, müssen Sie sofort geändert werden. Wer ein fremdes Passwort erfährt, ist verpflichtet, dieses der Aufsichtsperson mitzuteilen.



Klassenarbeiten werden immer häufiger im Computerraum geschrieben. Täuschungsversuche durch missbräuchliche Verwendung von Passwörtern kommen vor. Es gibt Fälle, dass Mitschüler die Arbeiten zum Schaden ungeliebter Klassenkameraden manipulieren.

Welche Möglichkeiten hat ein Fachlehrer bzw. die Schulleitung im Verdachtsfall, den Vorgang zu prüfen?

Sind die Computer an das Internet angeschlossen, ist eine Protokollierung der Arbeiten schon aufgrund der neuen Regelungen der Vorratsdatenspeicherung (§ 113 e TKG) für die Schule verpflichtend. Allerdings greift sie in das Fernmeldegeheimnis der einzelnen Schüler ein. Alle Nutzer der Computer und bei Minderjährigen ebenfalls die Erziehungsberechtigten müssen daher in die Protokollierung einwilligen bzw. darüber informiert werden.

Man unterscheidet zwischen der privaten und der schulischen Nutzung des Internets durch die Schüler und Lehrkräfte. Ist die Internetnutzung ausschließlich für schulische Zwecke erlaubt, so muss die Schule die Betroffenen (bei minderjährigen Schülern deren Eltern) über die Protokollierung der Daten informieren. Ist jedoch ebenfalls eine private Nutzung erlaubt, um z. B. im PC-Raum oder in einem anderen Raum der Schule in den Freistunden ins Internet zu gehen, so wird eine ausdrückliche Einwilligung der Schüler und Lehrkräfte in die Protokollierung benötigt. Auch hier gilt: handelt es sich um Minderjährige, so ist ebenfalls die Einwilligung der Eltern erforderlich.

Bei Verdacht des Fachlehrers kann nach Mitteilung an die Schulleitung diese den Schuladministrator beauftragen, in die Protokolle des Computerraums zu schauen. Soweit die Schulleitung es für erforderlich hält und die Schüler entsprechend informiert oder eingewilligt haben, kann nachvollzogen werden, wer an welchem Computer mit welchem Passwort gearbeitet hat. Die Auswertung der Daten darf immer nur nach Verdacht, mit schriftlicher Protokollierung und nach dem Vier-Augen-Prinzip erfolgen.

Können Netzwerkbetreiber Hilfen und Unterstützung anbieten?

Unter Umständen schon: Es kommt darauf an, wer die Protokolle auslesen darf. Dies entscheidet die Schulleitung. Wenn die gesamte Netzwerkadministration ausgelagert ist, kann man die Protokollierung auch dem Netzwerkbetreiber übertragen. Voraussetzung, er hält sich an das deutsche oder mindestens an das europäische Datenschutzrecht und seine Server liegen in Deutschland bzw. innerhalb der europäischen Union.



Ein Administrator übergibt im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft Administratorrechte an Schüler, um ihnen Anwendungsmöglichkeiten zu bieten oder ihren Sachverstand für die Schulgemeinschaft zu nutzen.

Ist dies zulässig?

Grundsätzlich trägt die Schulleitung die Verantwortung für den Datenschutz, welche sie jedoch regelmäßig an den Systemadministrator delegiert. Wenn mit der Schulleitung vereinbart wurde, dass Administratorrechte an Schüler wiederum weiter übertragen werden, ist es theoretisch möglich, dies zu tun. Allerdings ist dies praktisch nicht zu empfehlen, da die Administratorrechte sehr weit in das Fernmeldegeheimnis hineinwirken und Jugendliche das Ausmaß womöglich noch nicht übersehen können. Ausnahmen bilden möglicherweise Klassen in Berufsbildenden Schulen im Bereich IT.

Die Schüler sollten verpflichtet werden, die Regeln des technischen und organisatorischen Datenschutzes einzuhalten. Das heißt, die Daten und Software müssen systematischen durch Firewall- und Antivirenprogramme und durch regelmäßige Softwareaktualisierungen (Updates) gesichert werden. Hierfür ist die Nutzung von Virenschutzprogrammen kostenfrei über eine Landeslizenz möglich. Diese Einstellungen dürfen von den Schülern nicht verändert oder deaktiviert werden. Ebenfalls dürfen das Netzwerk und die Zugriffsrechte nicht verändert werden. Das Kopieren von Programmen ist auch grundsätzlich untersagt.

Haftet der Administrator, wenn Schüler die ihnen verliehenen Rechte missbräuchlich verwenden?

Das kommt darauf an, an wen die Administratorenrechte delegiert wurden. Grundsätzlich trägt für den Datenschutz die Schulleitung die Verantwortung. In der Regel delegiert sie diese jedoch an einen Systemadministrator. Dieser würde haften, sofern er eine Pflichtverletzung begangen hat. Erfüllt er seine Fürsorge- und Aufsichtspflichten gegenüber den Schülern, kommt keine Haftung in Betracht.

Worauf müssen Schulen im Umgang mit Passwörtern besonderen Wert legen?

Schulen sollten darauf Wert legen, dass jeder Schüler nur ihm bekannte individuelle Zugangsdaten mit einem Passwort erhält, mit dem er sich im Netzwerk der Schule anmelden kann. Das Passwort sollte mindestens acht Stellen beinhalten, nicht leicht zu erraten sein und eine beschränkte Gültigkeit haben. Ohne diese Zugangsdaten sollte die Arbeit an den schulischen Geräten nicht möglich sein.

Die Zugangsdaten müssen immer vertraulich behandelt werden. Sie sind sofort zu ändern, wenn die Gefahr besteht, dass sie jemand anderem zugänglich gemacht wurden. Die Schüler sind für die unter ihrer Nutzererkennung erfolgten Handlungen verantwortlich und das Arbeiten unter einer fremden Kennung ist verboten. Wer ein fremdes Passwort erfährt, ist verpflichtet, dieses der Aufsichtsperson mitzuteilen.



Rechtsanwältin Antonia Dufeu

ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



▶ LEHRERBESOLDUNG Schlusslicht Rheinland-Pfalz

Das Informationsportal „lehrerfreund.de“ hat die Lehrerbesoldung in einzelnen Bundesländern verglichen, was sich angesichts der unterschiedlichen Bedingungen z.B. bezüglich Einstufung, Arbeitszeit, Verbeamtung etc. als sehr schwierig erwiesen hat.

In der folgenden Tabelle sind die Abweichungen der Lehrergehälter in den Bundesländern vom Bundesdurchschnitt aufgeführt, sowohl für 2010 als auch für 2015. Im Fokus steht das Bruttogrundgehalt der Besoldungsordnung A (Beamte); in Bundesländern, in denen Lehrer/innen nicht verbeamtet werden, liegt das Netto bspw. entsprechender Tarifgehälter entsprechend niedriger.

	Abweichung vom Bundeschnitt		Veränderung 2010 > 2015
	2015	2010	
Hamburg	+8,7 %	+5,1 %	13,9 %
Sachsen-Anhalt	+8,2 %	-0,1 %	17,8 %
Hessen	+7,0 %	-1,2 %	17,8 %
Baden-Württemberg	+2,2 %	+4 %	9,4 %
Bayern	+1,2 %	0 %	12,1 %
Sachsen	-0,2 %	-0,1 %	10,9 %
Thüringen	-1,3 %	+1,4 %	8,6 %
Berlin	-1,8 %	-8 %	16,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	-1,8 %	-0,7 %	10,0 %
Bremen	-2,5 %	-0,7 %	9,4 %
Niedersachsen	-2,8 %	-0,6 %	8,9 %
Nordrhein-Westfalen	-2,9 %	-0,7 %	9,0 %
Schleswig-Holstein	-2,9 %	-0,1 %	8,4 %
Brandenburg	-3,4 %	-2,1 %	9,8 %
Saarland	-3,8 %	+1,9 %	5,8 %
Rheinland-Pfalz	-4,0 %	+2,1 %	5,3 %
Bundesschnitt			11,0 %

Das Grundgehalt liegt bei den Spitzenreitern um 8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, die Schlusslichter Saarland und Rheinland-Pfalz liegen etwa 4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Inflation zwischen 2010 und 2015 lag bei ungefähr 6 Prozent. Lediglich im Saarland und in Rheinland-Pfalz konnte die Entwicklung des Lehrergehalts nicht mit der Inflation Schritt halten.

Anmerkung: Eine faktische Gehaltskürzung ist mit der von den Regierungsparteien viel zitierten „sozialen Gerechtigkeit“ und mit den wachsenden Aufgaben der Lehrkräfte nicht vereinbar. Hier ist schnelles Handeln der Landesregierung geboten!

Hr /Quelle: www.lehrerfreund.de/schule/1s/lehrer-gehalt/3707

▶ GEHALTSKÜRZUNG Genehmigung für Nebenjob

Beamte brauchen für einen Nebenjob die Genehmigung des Dienstherrn. Das Verwaltungsgericht Trier verhängte jüngst eine Gehaltskürzung von 10 Prozent für ein Jahr gegen einen Landesbeamten, der ohne Okay vom Chef im Internet Antiquitäten verkauft hatte (Az. 3 K 3700/16.TR).

Hr/Quelle: www.test.de/Beamte-Nebenjob-ohne-Erlaubnis-5137707-01

▶ FUNDSACHE Ein Viertel der Lehrer ist bis 2027 in Ruhestand

Rheinland-Pfalz. Für viele rheinland-pfälzische Lehrer rückt der Ruhestand immer näher: 10.200 hauptamtliche Lehrkräfte im Land waren im Schuljahr 2016/17 älter als 54 Jahre. Wie das Statistische Landesamt mitteilte, erreicht ein Viertel der Pädagogen in den kommenden zehn Jahren die Altersgrenze für den Ruhestand. Parallel dazu haben 2016 rund 1.300 junge Erwachsene die Zweite Staatsprüfung der Lehrerausbildung bestanden – 5 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

RZ Kreis Altenkirchen vom Mittwoch, 19. Juli 2017, Seite 3

▶ STUDIE Kurz- und langfristige Effekte des Sitzenbleibens

Sollten Schülerinnen und Schüler bei schlechten Leistungen die Klasse wiederholen? Die ifo-Forschungsprofessoren Guido Schwerdt (Konstanz) und Martin West (Harvard) nutzen zusammen mit Marcus Winters (Boston) aus, dass es im US-Bundesstaat Florida feste Regelungen zum Sitzenbleiben auf der Basis von Tests gibt, um die Auswirkungen des Sitzenbleibens für die Schülerinnen und Schüler zu berechnen.

Die Studie, die ursprünglich im ifo Zentrum für Bildungsökonomik entstanden ist und jetzt im Journal of Public Economics (Link: www.sciencedirect.com/science/article/pii/S004727271730097X) veröffentlicht wurde, findet, dass sich die Schülerleistungen im Lesen und in Mathematik in den ersten Jahren nach der Nichtversetzung verbessern. Zwar nehmen die positiven Effekte mit der Zeit ab, es finden sich aber keine negativen Effekte.

Wü/Quelle: ifo-Newsletter 2017-3

► VRB-STELLUNGNAHME (AUSZUG):

Neufassung Dienstordnung

Das Bildungsministerium hat im Frühjahr den Verbänden den Entwurf einer Neufassung zur Stellungnahme vorgelegt. Der Verband Reale Bildung hat dem Ministerium empfohlen, den vorgelegten Entwurf zurückzunehmen. Aus unserer Sicht trägt der neue Entwurf den Veränderungsprozessen an den Schulen nicht Rechnung und orientiert sich zu sehr am alten Entwurf. Die grundsätzlichen Aussagen im Orientierungsrahmenplan Schulqualität (ORS) werden kaum aufgegriffen, berücksichtigt und weiterentwickelt.



Der Verband hat dem Bildungsministerium eine sehr ausführliche Stellungnahme vorgelegt. Im Folgenden geben wir die grundsätzlichen Ausführungen unserer Stellungnahme wieder.

Die Institution Schule hat in den vergangenen Jahrzehnten gravierende Wandlungen erfahren. Diese betreffen sowohl den pädagogischen wie auch den organisatorischen Bereich. Beispielhaft nennen wir die Ganztagschule, das Projekt erweiterte Selbstständigkeit (PES) und die Einführung der Inklusion. All diese Neuerungen erforderten von den Schulen, Qualitätsentwicklungsarbeit zu leisten. Gleichzeitig hat sich die Personalsituation an den Schulen verändert. So werden Personen mit unterschiedlichen Professionen in den Schulen eingesetzt, die die Qualitätsarbeit entscheidend beeinflussen. Vorrangig zu nennen wären hier die pädagogischen Fachkräfte, die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter oder die Integrationshelfer. Folgerichtig haben das Bildungsministerium und die ADD Verwaltungsvorschriften und Rundschreiben auf den Weg gebracht, um die schulische Organisation unter den gewandelten Voraussetzungen zu gewährleisten.

Veränderter Personalsituation Rechnung tragen

Eine Neufassung der Dienstordnung hat diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Die Dienstordnung muss „eine systematische und transparente Regelung von zentralen wiederkehrenden Abläufen innerhalb des Systems“ („ORS“, Seite 11) bieten. Letztlich muss eine Dienstordnung Grundlage „für ein effektives,

effizientes und transparentes Schulmanagement bieten“ („ORS“, Seite 11). Dabei darf eine Dienstordnung nach unserem Ermessen Schulmanagement nicht nur als Aufgabe der Schulleitung benennen, wie es der vorgelegte Entwurf nahelegt. Schulmanagement in unterschiedlichen Funktionen ist Aufgabe aller an der Schule eingesetzten Personen.

Pflichtenkatalog engt Schulen zu stark ein

Der vorgelegte Entwurf einer Dienstordnung ist nach unserer Einschätzung nicht geeignet, die oben aufgezeigten Kriterien eines Schulmanagements zu gewährleisten. Er hält zu stark an den Vorgaben der alten Fassung fest. Er berücksichtigt nicht die an den Schulen eingesetzten Personengruppen. Er ist zu umfangreich. Der Katalog von Pflichten engt die Schulen zu stark ein. Vor allem kritisieren wir, dass mit der Neufassung weitere Anforderungen und Belastungen des schulischen Personals ohne Bewertung des Umfangs beschrieben werden, denn: „Wirksame Lehr- und Lernprozesse in der Schule stehen im engen Zusammenhang mit dem Umgang mit beruflichen Anforderungen und Belastungen sowie mit förderlichen Arbeitsbedingungen. Letztere stärken nicht allein die Berufszufriedenheit der Lehrkräfte. Sie sichern und verbessern auch die Qualität“ („ORS“, Seite 14).

Wir teilen nicht die Auffassung des Bildungsministeriums, dass die Neufassung der Dienstordnung „eine Unterstützung für die Gestaltung der Zusammenarbeit von Lehrkräften, Schulleiterinnen und Schulleitern im Schulalltag sein“ kann.

Wertschätzung für die Lehrkräfte geboten

In den Vorbemerkungen zur Dienstordnung weist das Ministerium darauf hin, dass eine von Respekt und Wertschätzung getragene Kultur des Miteinanders eine wesentliche Grundlage für eine gute Zusammenarbeit im Schulalltag ist. Aus unserer Sicht ist es daher geboten, auch seitens des Ministeriums die nötige Wertschätzung gegenüber Lehrkräften und Schulleitungen in Verwaltungsvorschriften zum Ausdruck zu bringen.

Anmerkung der Redaktion:

Die vollständige Stellungnahme findet sich auf der VRB-Homepage.

Pinnwand

► FUNDSACHE

„Digital-Gipfel“: Gut gerüstet für die digitale Welt?

Der sog. Digital-Gipfel wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ausgerichtet. Er fand am 12. und 13. Juni in Ludwigshafen und der Region Rhein-Neckar statt. Der Digital-Gipfel bringt Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen, um den digitalen Wandel zu gestalten.

Ein Schauplatz war das Leininger Gymnasium in Grünstadt. Dort traf sich Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig mit Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, Prof. Dr. Christoph Meinel, Direktor des Hasso-Plattner-Instituts, Achim

Berg von Bitkom, Wolfgang Gollub, Vorstandsvorsitzender MINT EC, sowie der Schulleiterin Oberstudienrätin Cornelia Diehl, um der Frage nachzugehen, wie digital Deutschlands Schulen sind.

Rheinland-Pfalz sieht sich auf einem guten Weg. Als Belege führte Ministerin Hubig das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ und die Entwicklung des „Schulcampus Rheinland-Pfalz“ an. In einer Presseerklärung vom 12. Juni fasste sie als Ziel des Landes zusammen: „Unser Ziel ist, dafür zu sorgen, dass an allen



Schulen Kinder und Jugendliche fit für die digitale Welt gemacht werden – und das unabhängig von der sozialen Herkunft. So leistet digitale Bildung ihren Beitrag zur Chancengleichheit.“

Wü/Quelle PM der BM v. 12.6.2017 - Weitere Informationen (zum Digital-Gipfel) finden sich unter www.initiaved21.de/veranstaltungen/digitalgipfel-2017-der-bundesregierung

► 2. RUNDER TISCH MINT

Erste Ergebnisse der MINT-Initiative

Die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu fördern, ist ein bildungspolitisches Anliegen in Rheinland-Pfalz. Gerade in den MINT-Bereichen fehlen Nachwuchskräfte, und Frauen sind immer noch stark unterrepräsentiert.

Dies möchte die Bildungsministerin gerne ändern. Deshalb trafen sich bereits im November 2016 der sog. Ovale Tisch zur Fachkräftesicherung, Vertreter aus der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Schulen, um eng zusammenzuarbeiten, bereits bestehende Angebote abzustimmen und durch eine gute Vernetzung und Stärkung noch mehr junge Menschen für die MINT-Bereiche zu begeistern.

Sechs Arbeitskreise arbeiten nun intensiv an verschiedenen MINT-Themengebieten und beim 2. Runden Tisch MINT wurden die ersten Ergebnisse präsentiert.

Ministerin Dr. Stefanie Hubig betont, dass es wichtig ist, die individuellen Bedürfnisse einer Region zu berücksichtigen und die Akteure vor Ort einzubeziehen, damit eine Stärkung des MINT-Bereichs besonders wirksam ist.

Folgende Maßnahmen sollen jetzt zeitnah greifen:

- Ab Oktober 2017 wird es eine MINT-Homepage geben, auf der Termine, Fortbildungsangebote und auch MINT-Aktionen dargestellt werden.

- Alle Grundschulen und weiterführenden Schulen erhalten Technik-Kisten. Diese sollen als Ergänzungsmaterial dienen und bestehende Konzepte mit den Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft ergänzen. Die Lehrkräfte sollen geschult und fortgebildet werden.
- Im Pädagogischen Landesinstitut wird eine zentrale Koordinierungsstelle für alle Fortbildungen im MINT-Bereich eingerichtet.
- Die weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz erhalten die Möglichkeit, ihren Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I ein neu geschaffenes MINT-Zertifikat zu vergeben. Dies soll Anreize schaffen, sich im MINT-Bereich zu engagieren.
- Bis Januar 2018 soll eine MINT-Geschäftsstelle eingerichtet werden. Mit Errichtung der MINT-Geschäftsstelle startet auch der „MINT-Regionen-Förderwettbewerb“. Im Wettbewerb erfolgreiche Regionen können eine Anschubfinanzierung von 30.000 Euro erhalten. So können MINT-Projekte weiterentwickelt werden. Die MINT-Geschäftsstelle soll diese Weiterentwicklung unterstützen und begleiten.

Heidi Becker



► INTERVIEW:

„Digitale Bildung gibt es nicht.“

Im Gespräch mit Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer

Manfred Spitzer hat zahlreiche Bücher veröffentlicht. Die bekanntesten sind u.a. „Lernen“ (2002), „Digitale Demenz – Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen“ (2012) und „Cyberkrank! Wie das digitalisierte Leben unsere Gesundheit ruiniert“ (2015).



Der renommierte Gehirnforscher und Bestseller-Autor wird durchaus kontrovers gesehen. Er hat Gegner in der digitalen Medienwelt, die ihn teilweise scharf angreifen. In seinen Publikationen und öffentlichen Auftritten fällt auf, dass Manfred Spitzer besonderen Wert darauf legt, seine Positionen zu belegen. RBiRP hatte am Rande seines Vortrags „Digitale Demenz“, den er im Rahmen eines Sparkassen-Forums im südpfälzischen Herxheim hielt, Gelegenheit zu einem Gespräch.

RBiRP: Was ist wichtig für die Entwicklung des Sozialverhaltens?

Prof. Manfred Spitzer: Dass man Sozialverhalten auch tatsächlich einige Stunden pro Tag wirklich erlebt. Der Umgang mit anderen Menschen verschiedenen Alters, verschiedene Backgrounds und so weiter, wenn man viel von dem Umgang hat, dann lernt man auch, sich sozial zurechtzufinden.

„Mitgefühl kann man nicht am Bildschirm lernen“?

Ja! Mitgefühl kann man nicht am Bildschirm lernen, denn dafür

braucht es reale menschliche Interaktionen und Begegnungen. Die hat man am Bildschirm nicht und deswegen lernt man es dort auch nicht.

Sie haben über digitale Sucht gesprochen und dabei auf Südkorea verwiesen. Dort habe man etwas Entscheidendes gelernt.

In Südkorea, dem Land mit der besten digitalen Infrastruktur und mit der weltweit größten Smartphone-Produktion, hat man gelernt, dass Smartphones Sucht erzeugen. Das waren 2011 noch zehn Prozent, mittlerweile sind mehr als 30 Prozent der unter 19-jährigen smartphonesüchtig. Anti-Sucht-Kampagnen haben nicht funktioniert. Nun gibt es seit Mai 2015 ein Gesetz, das Folgendes regelt: Wenn jemand unter 19 ein Smartphone kauft, dann sorgt eine Software, die aufgespielt werden muss, dafür, dass der Zugang zu der schlimmsten Gewalt und Pornografie gesperrt ist, dass die Zeit gemessen wird, in der das Smartphone benutzt wird (wenn sie eine bestimmte Dauer überschreitet, werden die Eltern benachrichtigt) und dass der Zugang zu Spiele-Servern

nach Mitternacht geblockt wird. Man schützt also die nächste Generation vor den schlimmsten Folgen der Smartphone-Nutzung ganz aktiv per Gesetz.

Ist das die Zukunft?

Ich glaube, das ist ein Teil der Zukunft. Ich meine, der andere Teil ist Aufklärung. Es ist ja nicht so, dass die Lehrerinnen und Lehrer die Computer in die Schulen bringen – die sehen, dass es nicht funktioniert. Erwartungen artikulieren vor allem die Eltern, die Angst haben, dass es ihren Kindern mal schlechter geht, dass sie abgehängt werden. Es wird ihnen tagtäglich suggeriert, dass die Zukunft digital sei. Eltern wollen, dass ihre Kinder digital in der Schule lernen. Sie glauben, dass die Kinder dadurch schlauer würden und sich dann besser in der Welt zurechtfinden. Das stimmt einfach nicht, digital macht Lernen schlechter, das ist x-mal nachgewiesen.

Gibt es eine Brücke zu „digital macht schlau“?

Digital macht eben nicht schlau. „Digital macht schlau“ sagen die Medien selbst dauernd. Man muss die Lobby sehen, die digitale Medien verbreitet und davon lebt. Wichtig ist, hinsichtlich der Effekte digitaler Medien in der Bildung wachsam und kritisch zu bleiben. Was man wissen muss, ist, dass die Bildung leidet. Wenn wir der Digitalisierung der Bildungseinrichtungen nicht Einhalt gebieten, verstärken wir in der jetzigen jungen Generation das Risiko für eine demenzielle Entwicklung im Alter.



Ich gebe Ihnen nun Satzanfänge mit der Bitte, sie zu vervollständigen:

Smartphone-Verbot in der Schule...

...macht die Schüler besser.

Computer im Klassenzimmer...

...die Kinder lernen dadurch deutlich und nachweisbar schlechter.

Bildung hilft...

...zum Beispiel gegen Demenz. Der beste Prädiktor für wenig Demenz ist gute Bildung.

Man hört immer häufiger den Begriff der digitalen Bildung...

Die gibt es gar nicht. Es gibt nur Bildung.

Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Das Gespräch für RBiRP führte Wolfgang Wünschel

ZUR PERSON

Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, „Jahrgang 1958, studierte Medizin, Psychologie und Philosophie in Freiburg, wo er sich auch zum Psychiater weiterbildete und die Habilitation für das Fach Psychiatrie (1989) erlangte. Er war von 1990 bis 1997 als Oberarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg tätig. Zwei Gastprofessuren an der Harvard-Universität und ein weiterer Forschungsaufenthalt am Institut for Cognitive and Decision Sciences der Universität Oregon prägten seinen Forschungsschwerpunkt im Grenzbereich der kognitiven Neurowissenschaft und Psychiatrie. Seit 1997 hat er den Lehrstuhl für Psychiatrie der Universität Ulm inne und leitet die seit 1998 bestehende Psychiatrische Universitätsklinik in Ulm.“

(Homepage Uniklinik Ulm)

„Es war uns wichtig, uns zu verabschieden.“

„Und sie sind uns auch schon sehr ans Herz gewachsen“ – das war das Fazit des auf die letzten Ausgaben dieser Zeitschrift verteilten Interviews mit den drei Landauer Psychologiestudentinnen, die sich zwei Jahre lang in der ehrenamtlichen Sprachförderung für Migrantenkinder an der Konrad-Adenauer-Realschule plus engagiert haben. Im Gespräch mit RBiRP blicken Holly Britton, Luise Smidoda und Leonie Zeising zurück – und zugleich nach vorn.



Leonie Zeising, Luise Smidoda und Holly Britton (v.li.) sagen der Landauer Konrad-Adenauer-Realschule plus (KARS) Ade. Hier hatten sich die Psychologiestudentinnen zwei Jahre lang Woche für Woche ehrenamtlich in der Sprachförderung für Migrantenkinder engagiert. Wir haben sie in dieser Zeit unter lebhaftem Interesse unserer Leser begleitet. Vor diesem Hintergrund erscheint es angemessen, dass Schulleiter Manfred Schabowski dem Engagement der Studentinnen eine Leuchtturmfunktion zuschreibt. Wir wünschen den dreien viel Erfolg im anstehenden Masterstudium.

Eine persönliche Bereicherung

Bei einer Sache sind sich alle drei einig: die Arbeit mit den Kindern haben sie immer gern gemacht. Luise Smidoda und Holly Britton sind überzeugt: „Was man reinsteckt, bekommt man zurück. Die Kinder haben uns auch ins Herz geschlossen.“ Es sei zwar manchmal anstrengend gewesen, aber stets eine Abwechslung zum Studium und eine persönliche Bereicherung, was den Umgang mit Kindern betrifft. Schließlich schreiben alle drei ihre Bachelorarbeiten über Kinder und Jugendliche. Leonie Zeising setzt sich beispielsweise mit Gerechtigkeitserfahrungen in der Schule und deren Auswirkungen auseinander.

Den Umgang mit Kindern und Jugendlichen wollen die Studentinnen auch in Zukunft suchen und vielleicht auch zu einem Be-

standteil ihrer Berufe machen. Übung in diesem Bereich haben sie ja nun zur Genüge.

Wertschätzung und Interesse

Am Ende des Schuljahres und am Ende ihres Engagements an der KARS war es den dreien wichtig, sich zu verabschieden. Das haben sie bei einem gemeinsamen Abschiedspicknick mit den Kindern getan. Sie haben damit ihren Schützlingen zum Abschluss noch einmal das Wichtigste aus Ihrer gemeinsamen Arbeit gegeben: Wertschätzung und Interesse.

Das Gespräch führten Regina Sersch und Wolfgang Wünschel

Lehrplanentwurf für das Fach Musik in der Sekundarstufe I

Der neue „Lehrplan Musik für die Sekundarstufe I“ konnte von 163 Seiten auf 63 Seiten im Umfang erheblich reduziert werden. Diese Reduktion war zum einen möglich, weil nicht für jede Schulart separat die Themenbereiche behandelt wurden. Zum anderen konzentriert sich der Lehrplan auf die Entwicklung des musikalischen Selbstkonzeptes. So wurde der Abschnitt über das fächerübergreifende Arbeiten von 22 Seiten auf eine Seite reduziert. Der Entwurf beruft sich auf das Modell des „musikalisch-semiotischen lernpsychologischen Funktionskreises“ von Maria Spychiger.

Leitbild

Das Leitbild – die musikdidaktische Ausrichtung – wurde erweitert und gänzlich neu formuliert:

1. Musikpraxis als „Verständige Musikpraxis“
2. Musik als kulturelles Phänomen
3. Kompetenzen
4. Ästhetische Erfahrungsräume
5. Üben und Gestalten – Mit Aufnahme des Punktes „Üben und Gestalten“ wird auf die besondere Bedeutung des Übens in der Musik hingewiesen.
6. Vorhaben – Neu ist auch der Punkt „Vorhaben“. Die „Vorhaben“ entsprechen in etwa zeitlich jenen 40 Prozent der Stunden, die durch den alten Lehrplan inhaltlich nicht festgelegt waren.
7. Profilklassen – Profilklassen (Bläser-, Streicher-, Chor-/Singklassen etc.) finden erstmals in einem Lehrplan Erwähnung.
8. Musikleben in der Schule – Das Musikleben in der Schule hat schon immer eine große Rolle für das Schulleben gespielt, wird aber im Lehrplan Musik in der Sekundarstufe erstmals erwähnt (vgl. Orientierungsrahmen Schulqualität VII).

...

Themenfelder und Themen

Die Anzahl der Themenfelder und Themen wurde im Vergleich zum alten Lehrplan erheblich reduziert. Drei Themenfelder (A. „Musik der europäischen Tradition“, B. „Musik in interkultureller Vielfalt“ sowie C. „Musik der Alltagswelt“) bilden alle Themen der Orientierungsstufe sowie die Themen für die Klassen 7 bis 9/10 ab. Die Zahl der Themen wurde im Vergleich zum alten Lehrplan in etwa halbiert.

Zu allen Themen werden ausgehend vom Leitbild

1. zentrale Begriffe / Aspekte
2. Beispiele
3. Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs
4. Mögliche „Vorhaben“ genannt.

...

Fachübergreifendes Arbeiten und fächerverbindendes Lernen

Hier dient eine Beispielsammlung als Anregung.

Profilklassen

Die Profilklassen (Bläser-, Streicher-, Chor-/Singklassen etc.) finden erstmals in einem Lehrplan Musik in der Sekundarstufe I Erwähnung. Er nimmt auch klar zum Musiklernen in Profilklassen Position.

Leistungsfeststellung

Im Abschnitt „Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung“ wurde der alte Text komplett übernommen, aber um musikspezifische Aspekte ergänzt:

Bewertungskriterien können hierbei sein:

- rhythmisch-metrische Sicherheit
- Intonation
- Zusammenspiel
- Tongebung/Ausdruck
- Gespür für formale Zusammenhänge

Die intensive Auseinandersetzung zwischen Lehrenden und Lernenden bezüglich der Notenfindung ist ein wichtiger Teil für die Entwicklung eines künstlerischen Urteilsvermögens.

...

Zusammenfassung

Durch die Konzentration auf die Entwicklung des musikalischen Selbstkonzeptes konnte der Lehrplan knapp und übersichtlich gehalten werden. Folgerichtig bleiben Querschnittsaufgaben wie Prävention, ökonomische Bildung, Berufsorientierung unerwähnt bzw. das fächerübergreifende Arbeiten wird sehr knapp gehalten.

Neu an diesem Lehrplan ist, dass die Bedeutung des Übens in der Musik herausgestellt wird. Weiterhin neu ist, dass „Vorhaben“ vorgeschrieben sind. Die Verteilung der Themen sowie die Gestaltung der „Vorhaben“ wird zurecht den Schulen überlassen.

Die Schwerpunktschulen müssen klären, wie im Musikunterricht die Herausforderung der Inklusion gelöst werden kann. Auch die Beantwortung der Frage nach der Ausstattung der Musikräume fällt von Schule zu Schule so unterschiedlich aus, dass diese nicht im Rahmen des Lehrplans beantwortet wird.

Wir weisen darauf hin, dass sowohl kooperative Realschulen plus als auch integrative Realschulen plus im Unterschied zu Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen leider nicht über Fachberaterinnen und Fachberater verfügen.

Der VRB wünscht sich Unterstützung bei der Implementierung dieses neuen Lehrplans: Das gilt insbesondere für eine Zusammenstellung von „Vorhaben“, den Austausch von einzelnen Themenfeldern, Formen der Leistungsfeststellung und das Unterrichten von Schwerpunktkindern.

Anm. der Redaktion: Die vollständige Stellungnahme, bei der wir von unserem Kollegen Hans Dieter Scheid wesentlich unterstützt wurden, finden Sie auf der VRB-Homepage



Bezirk Koblenz

► DELEGIERTENTAG IM VRB-BEZIRK KOBLENZ:

Eine erfolgreiche Veranstaltung mit Mehrwert und Zukunftspotenzial



Kolleginnen und Kollegen aus 17 Schulen folgten der Einladung des Bezirksvorstandes zu einem Delegiertentag in Koblenz. Durch das Programm führten Benjamin Bajraktari (Mitte) und Nicole Weiß-Urbach (2.v.re.). Beide wurden durch einen Vortrag von Hans-Jürgen Struck (2.v.li.), der sowohl seit Jahrzehnten VRB-Mitglied als auch ebenso lange Delegierter an der Crucenia RS plus Bad Kreuznach ist, unterstützt.

Foto: Christian Theissen

Delegiertenarbeit stärken – Vernetzung im Bezirk Koblenz ausbauen!

In seinem Eingangsreferat stellte Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari die Arbeit des Bezirksvorstandes vor und zeigte an konkreten Beispielen die erreichten Ziele in der Verbandsarbeit auf. Für den Bezirksvorstand stehe in der Prioritätenliste an vorderer Stelle, in den nächsten Jahren die Vernetzung der Delegierten im Bezirk Koblenz auszubauen. Dieses Ziel, so Benjamin Bajraktari, könne nur gemeinsam mit den Delegierten umgesetzt werden. „Wir benötigen die Unterstützung der Delegierten vor Ort, um neue Impulse für die Delegiertenarbeit zu setzen, die sinnvollerweise in eine noch engere Vernetzung der Delegierten an den Schulen führen muss.“ Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen tauschten sich daher am Vormittag rege in Gruppengesprächen und Erarbeitungsphasen über ihre Aktivitäten an ihren Schulen aus.

Der Delegiertenleitfaden muss überarbeitet werden

In einem Impulsreferat berichtete Hans-Jürgen Struck nach dem Mittagessen von seiner Arbeit als Delegierter. Hans-Jürgen Struck, der über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt, lieferte mit seinen Ausführungen einen wertvollen Beitrag für die anschließende Arbeitsphase. Auf der Grundlage eines in die Jahre gekommenen Leitfadens für Delegierte überarbeiteten die Kleingruppen diesen Leitfaden und passten ihn ihren Wünschen entsprechend an. Die Zusammenführung der Arbeitsergebnisse durch Nicole Weiß-Urbach und Benjamin Bajraktari mündete dabei in einem Fazit: „Wir stärken die Vernetzung, indem wir diese Veranstaltung weiter ausbauen. Unser Ziel ist es dabei immer, den Wünschen und Bedürfnissen unserer Mitglieder gerecht zu werden, ohne dabei die formalen Kriterien aus dem Auge zu verlieren.“

Motivation für Delegiertentätigkeit kann vielfältig sein

Am Rande der Veranstaltungen stellten sich einige Delegierte im Rahmen einer kurzen Videobotschaft vor. Hierbei nannten sie auch Gründe für ihre Teilnahme am Delegiertentag des VRB-Bezirks Koblenz. „Ich habe bereits im Vorbereitungsdienst und später auf dem Weg zur Planstelle wertvolle Unterstützung durch den VRB erhalten und möchte jetzt als Delegierter etwas zurückgeben“, so Sebastian Schuler von der Grund- und Realschule plus St. Goarshausen. Claudia Ramrath von der Nelson Mandela Realschule plus Dierdorf fügte ergänzend hinzu: „Den Einsatz und die Unterstützung des VRB möchte ich gerne an meinen Kolleginnen

und Kollegen verdeutlichen“. Das Video zur Veranstaltung finden Sie ebenfalls auf der Homepage des VRB sowie auf der Facebook- und Youtube-Seite.

Abseits des offiziellen Programms bot der Delegiertentag aber auch genügend Raum für informelle Gespräche, in denen sich die Delegierten neben ihrer Arbeit vor Ort auch über derzeit aktuelle Themen austauschen konnten.



► BESUCH AN DER IGS MAIFELD IN POLCH:

Profil und Herausforderungen einer Schule im Aufbau

Der Bezirksvorstand Koblenz suchte den Kontakt mit Dr. Charlotte Ebenig, Schulleiterin der IGS Maifeld, um sich vor Ort an der Schule einen Eindruck über die pädagogische Arbeit an einer IGS im Aufbau zu verschaffen. Das Gespräch führten Benjamin Bajraktari, Bezirksvorsitzender und Mitglied im Bezirkspersonalrat RS plus, Margit Lenarz und Christina Sanders, Mitglieder des Bezirksvorstandes.

Pädagogisches Programm der Schule

Die IGS Maifeld startete zum Schuljahr 2009/10, ist demnach jetzt im achten Aufbaujahr, und 2018 wird dort das erste Abitur abgelegt werden. Es gibt seit einiger Zeit einen großen Zulauf für die IGS, da die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern die geleistete pädagogische Arbeit zu schätzen wissen.

Die IGS Maifeld ist Schwerpunkt- und Ganztagschule. In den Klassenstufen 5 und 6 gibt es verschiedene Profilklassen, eine Bläserklasse, eine Forscherklasse und eine Sportklasse. Die Schülerinnen und Schüler, die am Profilverhalten teilnehmen, haben zwei Unterrichtsstunden mehr pro Woche. Die Wahlpflichtfächer (als Fremdsprachenangebote gibt es Französisch und Latein) werden nach einem Schnupperjahr in der Klasse 6 endgültig festgelegt. Ab Klasse 7 gibt es eine äußere Differenzierung auf zwei Niveaus in den Hauptfächern, ab Klasse 9 dann auch in Physik und Chemie, während die Hauptfächer jetzt auf drei Niveaustufen unterrichtet werden.

Personalsituation

Das Kollegium insgesamt ist relativ jung. Man freut sich mit den jungen Müttern; dadurch bedingt gibt es natürlich auch häufiger Vertretungsverträge, sodass sich Lehrkräftewechsel leider nicht verhindern lassen. Die Schulleitung empfindet die Tatsache, dass momentan nur Sek II-Lehrkräfte eingestellt werden als keine glückliche Personalstrategie, da die Schule in Zukunft auch Sek I-Lehrkräfte – ganz besonders für die Wahlpflichtfächer – benötigen wird. Längerfristig müssen, so Dr. Charlotte Ebenig, unbedingt auch wieder mehr Sek I-Lehrkräfte eingestellt werden.

Disziplinierter Standort erschwert Kommunikation

Dr. Charlotte Ebenig sprach auch über die Problematik des disziplinierten Standortes, die seit der Schulstrukturreform nicht wenige Schulen betrifft: Beide Schulgebäude der IGS sind etwa 350 Meter voneinander entfernt. Viele Lehrkräfte unterrichten in beiden Gebäuden und müssen daher in den Pausen „pendeln“. Diese Pausen stehen damit weder zur Erholung noch zur wichtigen



Bezirksvorstand Koblenz vor Ort: Benjamin Bajraktari, Margit Lenarz und Christina Sanders tauschten sich mit Schulleiterin Dr. Charlotte Ebenig über die pädagogische Arbeit an einer IGS im Aufbau aus. Foto: Benjamin Bajraktari

Kommunikation der Lehrkräfte untereinander bereit. Ein Ausgleich dafür ist laut Aussage der Schulbehörde nicht möglich.

Der Verband Reale Bildung vertritt die Lehrkräfte an den Integrierten Gesamtschulen

Benjamin Bajraktari bedankte sich für das offene Gespräch. Er betonte, dass der Verband Reale Bildung die Entwicklungen an den Integrierten Gesamtschulen genau verfolgen sollte. Der VRB sieht sich in der Verantwortung, die Kolleginnen und Kollegen an den Integrierten Gesamtschulen zu vertreten und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wichtig sei, dass die zunehmenden Belastungen der Kolleginnen und Kollegen auch an den Integrierten Gesamtschulen zu wirksamen Entlastungen führen müssten.



Christina Sanders ist die IGS-Vertreterin im Bezirksvorstand Koblenz

► TECHNOLOGIE IM KLASSENZIMMER:

„Lord Of The Board“ – Smartboard-Schulung für LAA

Vor den Sommerferien lud der VRB-Bezirksverband Koblenz die Examenskandidatinnen und -kandidaten des Staatlichen Studienseminars für das Lehramt an Realschulen plus in Koblenz zu einer Smartboard-Schulung in die Clemens Brentano-/Overberg Realschule plus ein.



Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari sowie die Vorstandsmitglieder Nicole Weiß-Urbach, Gerhard Hein und Christian Theisen begrüßten 15 interessierte Lehramtsanwärterinnen und -anwärter aus Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen, die der Einladung des VRB gefolgt waren.

Nicole Weiß-Urbach führte mit den jungen Nachwuchslehrkräften eine arbeitsteilige Smartboard-Schulung für Anfänger und Fortgeschrittene durch. Für einige LAAs war diese Fortbildung ein Erstkontakt mit diesem Medium. Marco Cicoria, VRB-Delegierter an der Römerwallschule Rheinbrohl, unterstützte die Vorstandsmitglieder vor Ort tatkräftig.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zeigten sich interessiert und signalisierten Interesse an einer Folgeveranstaltung. Sie erhielten

von Benjamin Bajraktari und seinem VRB-Team darüber hinaus Praxistipps zum Einstellungsverfahren nach dem Vorbereitungsdienst, die die Grundlagen für individuelle Beratungsgespräche bildeten.

Zum Ende der Veranstaltung waren sich Vorstandsmitglieder und Teilnehmer einig: „Das war eine rundum informative und lohnenswerte Veranstaltung.“

Fotos: Christian Theisen



„Lord Of The Board“-Smartboardschulung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter 2.0 und Infos zur Einstellungssituation

30. November 2017 • 14.30 bis 17.30 Uhr • Clemens-Brentano-/Overberg RS plus Koblenz

Anmeldung per E-Mail bis zum 24. November 2017: nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► BEZIRKSVORSTAND KOBLENZ AUF DEM UNI CAMPUS IN KOBLENZ:

„Fit für den Vorbereitungsdienst“

Mitglieder des Bezirksvorstandes und des Örtlichen Personalrats der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter nahmen an der diesjährigen Veranstaltung des Zentrums für Lehrerbildung (ZfL) für zukünftige Lehramtsstudierende teil.



Benjamin Bajraktari, Bezirksvorsitzender im VRB-Bezirk Koblenz, Joanna Boehlke und Christian Theisen, beide Mitglieder des Bezirksvorstandes, berieten Lehramtsstudierende vor und nach der Veranstaltung ganz im Sinne des Veranstaltungsmottos „Fit für den Vorbereitungsdienst“. Unterstützt wurden die Vorstandsmitglieder von Nico Cordes (ÖPR-Vorsitzender der LAA am Studienseminar in Wallertheim), seiner Stellvertreterin Shaila Baris und Lehramtsanwärter Marcel Werner vom Studienseminar Koblenz.

Am Stand des VRB herrschte reger Andrang. Rund 60 angehende Lehramtsanwärterinnen und -anwärter wurden individuell mit Informationen aus der Praxis versorgt. Die Studierenden zeigten sich dabei sehr interessiert und dankbar für die nützlichen Tipps und Hilfen.

Allgemeine Informationen zum Bewerbungsverfahren und zur zweiten Ausbildungsphase erhielten die künftigen Nachwuchslernkräfte durch die ADD und das Studienseminar Koblenz.

Fotos: Christian Theisen und Marcel Werner



Der VRB hat einen „Wegweiser“ für den Vorbereitungsdienst herausgegeben. Diesen und weitere Informationen stehen auf der Homepage des VRB zum Download bereit:

www.vrb-rlp.de/service/junglehrer-anwaerter-infos oder scannen Sie einfach den folgenden QR-Code:





Bezirk Neustadt

► VRB VOR ORT:

„Starke Schule“

Der bundesweit größte Schulwettbewerb prämiert alle zwei Jahre Schulen, die am besten zur Ausbildungsreife führen. Saskia Zimmermann besuchte die IGS Contwig und RS plus Ramstein-Miesenbach.



Die IGS Contwig erreichte den dritten Platz in Rheinland-Pfalz. Die Schule wurde insbesondere für ihr Inklusionskonzept ausgezeichnet. Schulleiter Thomas Höchst beantwortete unsere Fragen.

„Inklusion leben“ ist das Motto, welches der Schulleiter als Grund für den Erfolg beim Wettbewerb „Starke Schule“ nennt. Es sei der Versuch, jedem Schüler gerecht zu werden. Hierfür seien innerhalb der Schulgemeinschaft verschiedene Konzepte entwickelt worden, deren Verbindlichkeit nicht an der pädagogischen Freiheit einer Lehrkraft ende.

„Inklusion leben“ ist das Motto, welches der Schulleiter als Grund für den Erfolg beim Wettbewerb „Starke Schule“ nennt. Es sei der Versuch, jedem Schüler gerecht zu werden. Hierfür seien innerhalb der Schulgemeinschaft verschiedene Konzepte entwickelt worden, deren Verbindlichkeit nicht an der pädagogischen Freiheit einer Lehrkraft ende.

Ein Beispiel für den Aufbau einer typischen Unterrichtseinheit: Die Lehrkraft entscheidet sich für ein Thema und führt in dieses nach eigenem Ermessen ein, um dann eine Lernstandsanalyse durchzuführen. Aufgrund der Auswertung kann die Lehrkraft eine individuelle, qualitativ- und quantitativ differenzierte Automatisierungs- und Übungsphase ausarbeiten und die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zum Lernerfolg begleiten. Bevor das Wissen abschließend in einer differenzierten Klassenarbeit angewandt wird, erhält jeder Schüler einen individuellen Lernplan,

mit dem er sich selbst vorbereiten kann. Den Lernplan selbst erhalten die Schülerinnen und Schüler in digitaler Form über die Lernplattform Moodle, so dass Eltern und Erziehungsberechtigte einen Einblick erhalten und auch noch Papierkosten gespart werden können.

Der Förderkompass einer jeden Schülerin oder eines jeden Schülers gehört ebenfalls zum inklusiven und individuellen Förderkonzept der Schule. Es werden in allen Jahrgangsstufen verschiedene Fördermaßnahmen, zum Beispiel in Form von fachspezifischen AGs oder für die persönliche Methoden- und Sozialkompetenz, angeboten. Mit dem Förderkompass kann die Teilnahme an den Maßnahmen und dadurch auch der Förderstand der Lernenden individuell aufgezeigt werden.

Schulleiter Höchst betont, das an dieser Schule gelebte inklusive Unterrichtskonzept baue auf einer starken Teamarbeit auf. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiteten konsequent zusammen. Die zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen würden für den individuellen Austausch genutzt.

Auch die Realschule plus Ramstein-Miesenbach wurde als „Starke Schule“ in Rheinland-Pfalz prämiert.

Berufsorientierung wird an der Realschule plus am Rechwald in Ramstein-Miesenbach großgeschrieben. Nicht zuletzt deswegen wurde die Schule in ein länderübergreifendes Netzwerk aufgenommen, das den Lehrkräften den Zugang zu zahlreichen akkreditierten Fortbildungen zur Unterrichts- und Organisationsentwicklung ermöglicht. Das ist der Gewinn für das Erreichen des vierten Platzes in Rheinland-Pfalz beim Schulwettbewerb „Starke Schule“.

Schulleiterin Antonia Miecke ist sichtlich stolz auf ihre Schule, ihr Kollegium und ihre Schülerschaft. Die Konzepte der Schule insbesondere in den Bereichen der Inklusion und der Berufsorientierung haben Anerkennung und Honorierung im bundesweit größten Schulwettbewerb gefunden und wurden entsprechend honoriert.

Um den Schülerinnen und Schüler eine gute Vorbereitung auf die Berufswelt zu geben, hat das gesamte Kollegium an einer Fortbildung im Rahmen zweier Studientage zur Kompetenzanalyse Profil AC teilgenommen. Die daraus resultierenden Erfahrungen fließen bereits in der Orientierungsstufe in den Unterricht durch eine gezielte Förderung der Selbst-, Sozial- und Methodenkompetenz ein. Darüber hinaus gibt es noch viele weitere Maßnahmen, wie mehrere verpflichtende Praktika oder Kooperationen mit lokalen Betrieben, die der Berufsorientierung dienen. Ein prägendes Element ist die Woche der Berufsorientierung. Innerhalb dieser Zeit können sich die Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse über verschiedene Berufe informieren, an Workshops mit unterschiedlichen Kooperationspartnern teilnehmen und so praxisna-

Die „Starke-Schule“-Wettbewerbsbedingungen haben die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Berufswelt im Blick. Die IGS Contwig hat auch hierzu ein Konzept, beginnend mit der Orientierungsstufe, entwickelt. Mit verschiedenen

Aktionstagen, Berufsparcours, bis zu vier Praktika beginnend ab Klasse 8 und der Potenzialanalyse wird mit der Berufsorientierung ein Schwerpunkt gesetzt. Ein weiterer Bestandteil sind verschiedene Kooperationen mit diversen Partnern aus der Region. Die IGS Contwig arbeitet u.a. mit lokalen Betrieben, mit Sportvereinen und auch der Fachhochschule Kaiserslautern zusammen.

Für einen gelingenden Einstieg in die Berufswelt ist der Umgang mit digitalen Medien notwendig. Daher wurden Tablet-Klassen eingerichtet. Die Tablet-Nutzung ist in der Oberstufe verbindlich. Die Schüle-

rinnen und Schülern sollen damit nicht nur im verantwortungsvollen Umgang geschult werden, sondern auch den zukünftigen Anforderungen in Beruf und Studium gewachsen sein.

Schulleiter Thomas Höchst als Autor:

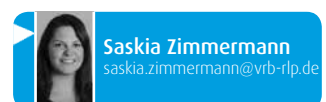
*Inklusion ist möglich!
Erfahrungen und praktische
Unterrichtsbeispiele einer
inkluisiven Gesamtschule*

(ISBN: 978-3-403-23253-7)
Persen-Verlag



he Einblicke in die Berufswelt erhalten. Neben den praktischen Erfahrungen liegt ein weiterer Schwerpunkt innerhalb dieser Woche in der Gestaltung einer ordnungsgemäßen Bewerbung.

Neue Projekte, die eingeführt werden, beginnen in der Regel in der Orientierungsstufe. Dabei ist es Antonia Miecke und ihrem Team wichtig, diese auch zu evaluieren. Ihr Erfolgsrezept: „Man muss auch den Mut haben, Fehler zu erkennen, daraus zu lernen – und dann ein Projekt gegebenenfalls sein zu lassen.“



► VRB IM REM:

Die Geschichte des Papsttums von der Antike bis zur Renaissance

Einzigartige Exponate, darunter kostbare Leihgaben aus dem Vatikan und anderen Museen, sah die VRB-Gruppe im Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museum und erhielt dazu Erläuterungen von Dr. Viola Skiba, der Kuratorin der Ausstellung.

Gleich zu Beginn erwartete die Teilnehmer ein Höhepunkt der Ausstellung, die Capsella de Samagher – ein 1500 Jahre altes Elfenbeinkästchen mit der frühesten Darstellung des Apostelgrabes. Sie war zufällig bei Bauarbeiten entdeckt und beinahe von Arbeitern „entsorgt“ worden, so die Kuratorin.



Foto: VRB

Ein bedeutsames Exponat, das älteste Fragment der Vulgata-Übersetzung der Bibel von Kirchenvater Hieronymus (gestorben 420) konnten die Teilnehmer sehen. Ebenfalls ein Highlight der Ausstellung ist der Papst-Kaiser-Rotulus, eine fast sieben Meter lange Schriftrolle, die in voller Länge präsentiert wurde. Das 600 Jahre alte Dokument ist farbenprächtig ausgestattet und reiht geistliche und weltliche Herrscher seit den Anfängen der Päpste aneinander und gibt so Zeugnis der „alten Ordnung“.

Bestaunen konnten die VRB'ler auch die roten Schuhe von Papst Benedikt XVI. Bereits seit der Antike trugen Päpste rote Schuhe. Im Römischen Reich unterstrichen sie damit den Status des Papstes und hoben ihn von den unteren Ständen ab, so die Kuratorin.

Nach dem 90-minütigen Rundgang mit noch weiteren interessanten Exponaten hatten die Teilnehmer, dank der professionellen Erläuterungen durch Frau Dr. Skiba, einen guten Einblick über die gemeinsame Vergangenheit von Katholiken und Protestanten erhalten.

Im Café am Rathaus vertiefte die Gruppe das Gesehene und vereinbarte, bei der ab 29. Oktober 2017 im REM präsentierten Ausstellung „Kernräume der Reformation. Der Südwesten und Europa“, quasi eine Fortsetzung der gesehenen Ausstellung, wieder dabei zu sein.



Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de

Veränderungen Lehrkräfteausbildung Realschule plus Seminar Mainz nach Wallertheim verlegt

Das Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus Mainz hatte zuletzt seinen Sitz in Oberdiebach. Hier gab es auch die Teildienststelle Rhein-Nahe. In den Sommerferien wurde die Teildienststelle geschlossen und die **Stammdienststelle nach Wallertheim verlegt** (siehe Amtsblatt Nr. 8 vom 24. Juli 2017).

Den ersten neuen Ausbildungsjahrgang werden wir dort im August 2018 begrüßen können. In der kommenden Ausgabe von RBiRLP werden wir den neuen Seminarstandort vorstellen.

Saskia Zimmermann



Bezirk Trier

► VRB-DELEGIERTE IM DIALOG:

Kindeswohlgefährdung verhindern

Turnusgemäß kamen die VRB-Delegierten der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen des Bezirks Trier zu ihrem Jahrestreffen in Mertesdorf zusammen, um sich über die Delegiertenarbeit auszutauschen und sich zugleich über aktuelle Themen, die in den Kollegien der einzelnen Schulstandorten diskutiert werden, zu informieren.



Jahrestreffen in Mertesdorf: Die VRB-Delegierten schätzen den vertrauensvollen und wertschätzenden Dialog, um die Verbandsarbeit weiter zu stärken. Anja Meine vom Kinderschutzdienst Trier referierte im zweiten Teil der Veranstaltung über das Thema „Verdachtsfall Kindeswohlgefährdung“.

Neuer Delegiertenleitfaden

Dabei stand neben den Herausforderungen des Schulalltags der Erfahrungsaustausch erfahrener Kolleginnen und Kollegen mit jüngeren Delegierten im Fokus. Gemeinsam diskutierte man über Ideen und Herangehensweisen, um die Verbandsarbeit weiter zu stärken und in die Kollegien zu transportieren.

Der Delegiertentag wurde von den Teilnehmern als gewinnbringend und anregend empfunden. Durch die gemeinsam erarbeiteten Impulse, die in die Delegiertenarbeit einfließen werden, soll die Verbandsarbeit weiter gestärkt und noch transparenter für die Kolleginnen und Kollegen dargestellt werden. Um die Delegierten in ihrer Tätigkeit und ihrem Engagement zu unterstützen, soll der „Delegiertenleitfaden“ neu aufgelegt werden.

Fachvortrag Kindeswohlgefährdung

Im Anschluss an das Delegiertentreffen folgte ein Fachvortrag des Kinderschutzdienstes Trier e.V. mit dem Leitthema „Verdachtsfall Kindeswohlgefährdung – Wie agieren, wenn das körperliche, geistige und seelische Wohl eines Kindes in Gefahr ist?“

Dieser Bereich verlangt eine besonders sensible Herangehensweise. Auch mit langjähriger Berufserfahrung ist man von einer solchen Situation sehr herausgefordert. Referentin Anja Meine frischte Vorkenntnisse auf, vermittelte neue Inhalte und nannte mögliche Anlaufstellen.

Die Referentin berichtete von ihrer alltäglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Anja Meine erläuterte den Zuhörern, wo man



Die Kolleginnen und Kollegen erarbeiten gemeinsam Impulse, die in die Kommunikation mit den Schulen einfließen sollen.

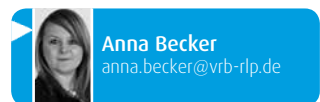
in Fällen von Kindeswohlgefährdung Hilfe erhalten kann. Das könne beim Jugendamt sein. Vieles lasse sich auch über den Kinderschutzdienst oder ähnliche Organisationen lösen. Hier finden Kinder und Eltern, aber auch Lehrkräfte Hilfe und Beratung.

Handlungsleitfaden zur Aufklärung

Anja Meine beschrieb Risikofaktoren der Kindeswohlgefährdung (u. a. Trennung, Scheidung oder auch außerfamiliären Belastungen). Mögliche Indikatoren, die darauf schließen lassen könnten, seien z. B. Entwicklungsverzögerungen bzw. -störungen.

Nur schwer nachzuweisen seien Erscheinungsformen von Vernachlässigungen, psychischer und sexueller Gewalt, was eine aktive Hilfe einschränke. Als Handlungsorientierung händigte die Expertin den Anwesenden hilfreiches Material aus, so beispielsweise den Handlungsleitfaden der ADD Trier zur Aufklärung im Umgang mit sexueller Gewalt.

Fotos: Holger Schwab



► JUBILAR REINHOLD WACKER:

Geburtstagsbesuch



Bezirksvorsitzender Christoph Krier (li.) und die stellv. Bezirksvorsitzende Katharina Becker gratulieren Dr. Reinhold Wacker zum 90. Geburtstag.

Der Jubilar zeigt sich nach wie vor an Schul- und Bildungspolitik interessiert und blickt mit seinen Gästen kritisch auf die rheinland-

pfälzische Bildungslandschaft. Er macht darauf aufmerksam, dass die heutigen Rahmenbedingungen nicht mehr ausreichen, jedem Kind individuell gerecht zu werden. Darüber hinaus hinterfragt er, ob die schulischen Leistungsansprüche mit den Qualifikationsquoten mitgewachsen sind.

Trauer um Wolfgang Friebe

Ehemaliger Referatsleiter des Landesmedienzentrums verstorben



Wolfgang Friebe wurde 1940 in Beuthen/Oberschlesien geboren. Nach der Flucht nach Bayern und späterem Umzug nach Wiesbaden, wo er sein Abitur ablegte, studierte er an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Nach dem Studium und

seinem Zweiten Staatsexamen in den Fächern Mathematik und Physik am Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an Realschulen in Mainz trat Wolfgang Friebe 1969 seine erste Lehrerstelle an der Realschule Wörrstadt an und wechselte ein Jahr später an die Kanonikus-Kir-Realschule Mainz.

Im räumlich benachbarten Studienseminar bildete er zunächst als Fachleiter für Physik (ab 1973) und dann als Stellvertretender Seminarleiter künftige Realschullehrkräfte aus. Er erwarb sich hohe Wertschätzung.

Nach Schließung des Mainzer Studienseminars übernahm Wolfgang Friebe die Leitung der Informationsstelle Schule und

Computer mit Sitz in Mainz, später die Referatsleitung im Landesmedienzentrum.

In Auslandsschulen war Wolfgang Friebe ein gefragter Experte. Er leitete Fort- und Weiterbildungsseminare, u.a. an Deutschen Schulen, so an der Humboldtschule in Mexiko.

Wolfgang Friebe verstarb am 2. September. Der VRB gedenkt seinem langjährigen Mitglied und Experten im Bereich der informatischen Bildung in Anerkennung und Dankbarkeit.

Bernd Karst

8. Ingelheimer Fachkongress am 8. März 2018 Thematischer Schwerpunkt: Schule im europäischen Kontext

Hauptredner: Udo van Kampen, Journalist, ehemaliger Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios in New York und Brüssel

Tagungsort: Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim • Neuer Markt 3
Organisation: heidi.becker@vrb-rlp.de



FEEDBACK AN DIE REDAKTION

Jedesmal, wenn ich die Rubrik „Schule und Recht“ unserer VRB-Justiziarin Antonia Dufeu lese, beneide ich die Kolleginnen und Kollegen im aktiven Dienst um diese professionelle juristische Hilfestellung. Bei so mancher schwierigen Entscheidung, die ich als Schulleiter damals treffen musste, wäre ich für eine solche Unterstützung dankbar gewesen.

(H. K., Pirmasens)

Unsere Zeitschrift beeindruckt mich mit vielfältigen und berechtigten Forderungen für die RS plus. Sie zeigt sowohl für Lehrerinnen und Lehrer als auch für Schülerinnen und Schüler Wege zu erfolgreichem Arbeiten im schulischen Alltag auf. Mir gefällt darüber hinaus, dass die Anliegen optisch und sprachlich ansprechend präsentiert werden.

(R. T., Koblenz)



Foto: fotolia.de

Bezirk Trier

- 103. Geburtstag**
Karl Denkel 18. Dezember
- 94. Geburtstag**
Leo Michels 13. September
- 90. Geburtstag**
Horst Faust 26. November
- 84. Geburtstag**
Hartmut Konz 19. September
Bernhard Heisig 3. November
- 81. Geburtstag**
Hans Thielen 4. Oktober.
Eduard Gerten 13. Oktober
Berthold Becker 14. Dezember
- 80. Geburtstag**
Hermann Erschens 12. September.
Gerd Leibenguth 22. Oktober.
Heinz-Albrecht Becker 16. Dezember
- 79. Geburtstag**
Hans Jung 28. Oktober.
- 78. Geburtstag**
Paul Schwab 1. Oktober.
Friedel-Norbert Müller 20. November
- 77. Geburtstag**
Ilse Becker 9. September
- 75. Geburtstag**
Carola Stern-Gilbaya 24. September
- 74. Geburtstag**
Gerd Schwerdtner 21. Oktober
Enno Harms 19. Dezember
- 73. Geburtstag**
Ilka Backes 18. Oktober
Peter Binzen 14. Dezember

- 71. Geburtstag**
Brigitta Westhäusler 19. September
- 71. Geburtstag**
Georg Schmitt 27. September.

Bezirk Koblenz

- 89. Geburtstag**
Luise Löwer 25. Oktober
- 82. Geburtstag**
Luise Tonn 26. November
Klaus-Peter Wyrwoll 27. November
- 81. Geburtstag**
Günter Tretschok 14. Dezember
- 80. Geburtstag**
Edwin Langer 2. Oktober
- 78. Geburtstag**
Jürgen Helbach 15. Oktober
- 77. Geburtstag**
Wolfgang Kaiser 30. November
- 76. Geburtstag**
Renate Schulze 8. November
Winfried Schley 11. Dezember
- 75. Geburtstag**
Heinz Georg Lipp 3. September
Ingrid Seume 3. Oktober
Rolf Monnerjahn 28. Oktober
Hans-Jürgen Reih 16. November

74. Geburtstag

- Dorothee Frey 10. September
- Gunhild Schulte-Wissermann 22. Oktober
- Bernd Kreuzer 14. November

73. Geburtstag

- Wolfgang Redwanz 15. September
- Brigitte Hirsch 22. September
- Hans-Toni Kollig 4. Oktober
- Gerhard Schäfer 27. Oktober
- Karl-Bernd Dahse 22. November

72. Geburtstag

- Hildegard Wagenbach 21. Oktober

Bezirk Neustadt

- 91. Geburtstag**
Dr. Walter Kallenbach 25. Dezember
- 90. Geburtstag**
Inge Pieroth 19. Oktober
- 88. Geburtstag**
Wolfgang Panzer 16. Oktober
- 87. Geburtstag**
Gerda Erbacher 17. September
Günther Kohl 22. Oktober
- 85. Geburtstag**
Rudolfine Zehetner 21. Dezember
- 83. Geburtstag**
Johannes Hoffmann 11. Oktober
Reinhold Glock 2. Dezember
- 82. Geburtstag**
Herbert Grunwald 29. Oktober
Heribert Brechter 4. November
- 80. Geburtstag**
Klaus Kiefer 4. Dezember
Oskar Francke 21. Dezember
- 78. Geburtstag**
Gert Hörner 15. September
- 77. Geburtstag**
Wiltrud von Scharpen 10. September
- 76. Geburtstag**
Erika Ellrodt 25. Oktober
Hildegard Lee 3. November
Christel Greiner 28. November
Ulrike Reuter-Schneider 8. Dezember

75. Geburtstag

Werner Schmitt	16. September
Horst Korber	28. September
Ingrid Gärtner	11. Oktober
Rita	
Alterauge-Asmuth	23. Oktober
Walter Frank	23. Oktober
Uta Walter	4. November
Ingrid Drewing	12. Dezember
Heidi Ackermann	30. Dezember

74. Geburtstag

Otto Hauck	12. Dezember
------------	--------------

73. Geburtstag

Renate Auerbach	4. September
Hiltrud Lorenz	6. September
Christel Klesmann	24. Dezember

72. Geburtstag

Herbert Auerswald	4. Oktober
Traudel Kothe	10. Oktober

71. Geburtstag

Mathias Berens	2. September
Gerda Hoenes	17. November

70. Geburtstag

Bernd Foss	26. Oktober
Rüdiger Spangenberg	14. Dezember
Beate Bär	15. Dezember
Inge Strobel	20. Dezember

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

Vorschau auf das nächste Heft



In der kommenden Ausgabe:

- setzen wir uns mit der Überarbeitung der Schulordnung auseinander,
- informieren wir über Entwicklungsimpulse für die Fachoberschulen,
- berichten wir über unsere Gespräche mit CDU, SPD sowie mit Ministerin Hubig,
- stellen wir den neuen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes vor,
- blicken wir auf den Bundesrealschultag 2018 in Mainz,
- schauen wir uns den neuen Seminarstandort Wallertheim an,
- laden wir zum Fachkongress 2018 ein,
- berichten wir über Fortbildungen für die neu gewählten Schul-Personalräte.

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.


 KlarText!

Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz: Wir vermissen echte Wertschätzung

In den vergangenen Monaten mussten sich die Verbände und Personalvertretungen mit einer ganzen Reihe von Neufassungen und Entwürfen zu Verordnungen und Verwaltungsvorschriften wie z.B. „Mehrarbeit im Schuldienst“, „Dienstordnung“ und „Übergreifende Schulordnung“ auseinandersetzen. Als Verband Reale Bildung kommen wir nicht umhin, ernüchtert festzustellen, dass die häufig beschworene Wertschätzung und Anerkennung unserer Arbeit als Lehrkräfte noch nicht einmal im Ansatz ihren Niederschlag in diesen Neufassungen findet.

Mainz ignoriert Mehrbelastungen

Mit den genannten Entwürfen wird die grundlegende Fehlentwicklung der vergangenen Jahre fortgeführt: Die rheinland-pfälzische Landesregierung ignoriert die gewachsenen Belastungen der Lehrkräfte weitgehend, die sie durch ihre Bildungspolitik (Stichworte: Schulstrukturreform, Inklusion und Migration) maßgeblich mitverursacht hat. Mainz hat eine massive Ausdehnung der ungebundenen Arbeitszeit der Lehrkräfte zu verantworten, schaut aber dort beharrlich nicht hin. Dafür soll nun noch genauer hingeschaut und sichergestellt werden, dass wir Lehrkräfte ja keine einzige Stunde im Rahmen unserer Unterrichtsverpflichtung (gebundene Arbeitszeit) zu wenig halten. Mehrarbeitstatbestände im Kontext der ungebundenen Arbeitszeit (z. B. Integrationsarbeit oder Kooperation mit außerschulischen Partnern) werden nicht berücksichtigt.

Werden in Mainz und Trier Lehrerklichees salonfähig?

Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass Lehrkräfte weit über die eigentlich vorgesehene Arbeitszeit hinaus ihren Dienst verrichten und die unterrichtsfreie Zeit in den Ferien für Korrekturen, die Erstellung von Unterrichtsmaterialien und Fortbildungen nutzen. Mit der neuen VV „Dienstordnung“ soll offensichtlich eine weitere Arbeitszeitverdichtung für Lehrkräfte und Schulleitungen vorgenommen werden, die auch darauf abzielt, (vermeintliche) Freiräume in den Ferien einzuengen. Lehrkräfte müssen nun damit rechnen, in den Ferien zur Übernahme von „besonderen Aufgaben“ verpflichtet zu werden wie z. B. für die Erstellung von Arbeitsplänen und Gutachten sowie für die Vorbereitung, Gestaltung und Leitung von schulinternen Fortbildungen. Schulleitungen geht es nicht besser, sie müssen selbst am 1. Weihnachtsfeiertag und zu Neujahr für die Schulbehörde telefonisch erreichbar sein.

Rheinland-pfälzische Lehrkräfte: Abgehängt bei der Besoldung

Es entsteht der Eindruck, dass unser Dienstherr unsere permanente Verfügbarkeit und unsere Bereitschaft, immer neue Aufgaben zusätzlich anzunehmen, als Grundkonstante voraussetzt. Die Ansprüche an uns Lehrkräfte wachsen beständig. Was dagegen nicht im gleichen Maße wächst, ist unsere Besoldung. Inzwischen bildet Rheinland-Pfalz bei der Besoldung der Lehrkräfte im Bundesvergleich das Schlusslicht.

KlarText: Die Landesregierung verspielt mehr und mehr das Vertrauen der Lehrkräfte. Wer zulässt, dass die rheinland-pfälzischen Lehrerinnen und Lehrer bei der Besoldung vom Rest der Bundesrepublik abgehängt werden, gleichzeitig aber die Ansprüche an Lehrkräfte stetig erhöht und mittels Verwaltungsvorschriften die Arbeitszeit immer mehr ausdehnt, dem droht jegliches Maß verloren zu gehen. Auch das Ansehen und die Glaubwürdigkeit des rheinland-pfälzischen Parlaments leiden Schaden, weil es sich dieser Fehlentwicklung nicht einmal ansatzweise entgegenstellt und gleichzeitig sich selbst eine mehr als ordentliche Diätenerhöhung genehmigt. Wir Lehrerinnen und Lehrer dürfen für unsere Arbeit und unser Engagement ordentliche Arbeitsbedingungen und eine der wirtschaftlichen Entwicklung angemessene Besoldung erwarten. Wir erwarten echte Wertschätzung.




Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

(sofern bekannt) IBAN BIC

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



VRB-Handbuch für Lehrkräfte

Vorschau 57. Ergänzung – Kurzübersicht

Aktualisiert werden das Inhaltsverzeichnis (1.1), die Adressen „Ministerium“ (1.11) und „Schulpsychologische Beratungszentren“ (1.13). Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

Rainer Gierlich geht in **„Teilzeit nach dem Sabbatjahrmmodell...“** (4.31) u. a. auf Fragen zu Beihilfe- und Pensionsansprüchen sowie zu Nebentätigkeiten ein.

Die Möglichkeit, Altersteilzeit anzutreten, endete am 31.12.2016. Speziell für Lehrkräfte verlängerte die Landesregierung die bestehende Altersteilzeitregelung. Rainer Gierlich informiert in seinem Beitrag **„Altersteilzeit für beamtete Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz“** (4.36) u. a. über Formen, Beantragung und Geltungsdauer der Neuregelung.

In **„Ländertausch – Versetzungen von Lehrkräften zwischen den Bundesländern“** (4.70) erläutert Gerhard Peifer die Möglichkeiten zur Versetzung in ein anderes Bundesland. Er erläutert, worauf wechselwillige Lehrkräfte achten müssen.

Im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform (2006) erhielten die Länder das Recht, die Besoldung und Versorgung ihrer eigenen Beamten in alleiniger Verantwortung zu regeln. Es dauerte bis zum Jahre 2013, bis sich Rheinland-Pfalz ein landesspezifisches Beamtenversorgungsgesetz gab. Bereits zwei Jahre später erfolgte eine partielle Neufassung, die ab dem 25.6.2015 gültig ist: Vor diesem Hintergrund hat Rainer Gierlich den Beitrag **„Beamtenversorgung für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz“** (5.15) neu

gefasst. Er beschreibt die wichtigsten Tatbestände, die bei der Pensionsberechnung eine Rolle spielen.

Aktualisiert werden die **„Steuerfragen“** (5.40). Darin gibt Hartmut Ross nützliche Hinweise zu den Aufwendungen, die bei Lehrkräften „berufstypisch“ sind und in anderen Kommentaren häufig „zu kurz kommen“. Auch der Beitrag „Werbungskosten“ wird im Licht der aktuellen Rechtsprechung aktualisiert.

In der Neufassung seines Beitrages **„Elternmitwirkung“** (6.1) aktualisiert Wilfried Rausch nicht nur die Rechtsgrundlagen. Er baut die Kapitel über die individuellen und die kollektiven Elternrechte zu Handlungs- und Verfahrens-Handreichungen im Schulalltag aus. Zu den individuellen Elternrechten gehören z. B. die Wahl der Schullaufbahn, das Beratungs- und das Informationsrecht sowie individuelle Mitwirkungsrechte.

„Die rheinland-pfälzische Ganztagschule in Angebotsform“ (14.40) ist eine Erfolgsgeschichte. Seit dem Start des Landesprogramms in 2002 hat sich die Zahl der Ganztags Schülerinnen und -schüler fast vervierfacht. In der Neufassung seines Beitrags gibt Johannes Jung Hinweise u. a. zu Organisations- und Finanzfragen sowie Informationen zu verschiedenen Unterstützungsleistungen.

VRB-HANDBUCH

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.

